

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 2.50 Mk. monatlich, 1.10 Mk. vierteljährlich, 3.50 Mk. halbjährlich, 6.50 Mk. jährlich. Einzelhefte 10 Pf. Sonntagsblätter 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mk. pro Monat. Eintragung in die Postämter-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interfons-Gebühr
 Beträgt für die hochgehaltene Annoncenstelle oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 28. November 1908.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Entwurf eines Arbeitskammergesetzes.

Gestern Abend ist dem Reichstag der vor wenigen Tagen angekündigte Entwurf eines Arbeitskammergesetzes zugegangen. Der Gesetzentwurf schafft keine Arbeiterkammern, keine Vertretung von Arbeitern, sondern auf sogenannter paritätischer Grundlage aufgebaute, im wesentlichen lediglich beratende Kammern.

Die Arbeitskammern sollen nicht die gesamte Arbeiterklasse umfassen, vielmehr sind von der Teilnahme an der Arbeitskammer die im Handel und Verkehr, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Fischerei und Schifffahrt, in Eisenbahnbetrieben beschäftigten Arbeiter, Bureauangestellte, Gärtner und andere ausgeschlossen. Im Gegensatz zu der am 4. Februar d. J. im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Vorlage ist der Handwerksbetrieb hinzugezogen. An Stelle von Arbeiterkammern, die für alle großjährigen Arbeiter und Arbeiterinnen in der gesamten Industrie, im Gewerbe, im Bergbau, im Handel, Verkehr und der Landwirtschaft auf Grund eines geheimen Wahlrechts zusammengesetzt sind, um Gutachten über die Arbeiter betreffende Angelegenheiten abzugeben, Anträge zu stellen, Erhebungen zu veranstalten, bei der Ausgestaltung, Durchführung und Beaufsichtigung des Arbeiterschutzes und der Förderung korporativer Arbeitverträge mitzuwirken, will der Gesetzentwurf keine Vertretung von Arbeitern, keine selbständige Interessenvertretung. Unter dem Vorwande der Parität will er Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl zu Arbeitskammern heranziehen, denen nicht die Wahrnehmung von Interessen der Arbeiter, sondern im wesentlichen dekorative Aufgaben zufallen sollen. Der Vorsitzende soll ein Beamter sein.

Die so gebildeten Kammern sind weit entfernt davon, Arbeitskammern zu sein, welche die Interessen aller Arbeiter wahrnehmen könnten. Ja, nicht einmal die Interessen der Industriearbeiter sind sie bei der geschilderten Zusammensetzung wahrzunehmen geeignet. In den Gewerkekammern, in den Handelskammern, in den Landwirtschaftskammern und in den Handwerkskammern ist es der Regierung nicht eingefallen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter dem Vorhinein eines Beamten zu vereinen; selbständig vertreten die Arbeitgeber ihre Interessen. Da, wo es gilt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, findet zunächst eine Zersplitterung der Arbeiter dahin statt, daß lediglich Industriearbeiter den Kammern angehören sollen, ferner wird die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen durch die Besetzung der Kammern mit einer gleich großen Anzahl von Arbeitgebern und einem Beamten zum Vorsitzenden nahezu unmöglich gemacht, auch wenn nicht im Gesetz die Aufgaben der Arbeitskammern so abgegrenzt und eingeeignet wären, daß eine Vertretung der Interessen der Arbeiter in diesen Arbeitskammern unmöglich ist. Viel eher ist aber unter dem Scheine paritätischer Gleichheit die Wahrnehmung von Interessen der Arbeitgeber durch die sogenannten Arbeitskammern ermöglicht.

Die Anlehnung der Arbeitskammern an die Einteilung der Bezirke der gewerblichen Berufsgruppen, wie sie der am 4. Februar d. J. veröffentlichte Entwurf vorsah, ist fallen gelassen. Der Inhalt des 45. Paragraphen umfassenden Gesetzentwurfs besteht im wesentlichen im folgenden: Für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Gewerbezweiges oder mehrerer verwandter Gewerbezweige sind auf sachlicher Grundlage, soweit nach dem Stand der gewerblichen Entwicklung ein Bedürfnis besteht, Arbeitskammern zu errichten. Die Arbeitskammern sind rechtsfähig. Als Aufgaben der Arbeitskammern führt der Entwurf auf: Pflege des wirtschaftlichen Friedens, Wahrnehmung der gemeinschaftlichen wirtschaftlichen und gewerblichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der in ihm vertretenen Gewerbezweige, sowie die auf dem gleichen Gebiete liegenden besonderen Interessen der beteiligten Arbeitnehmer. Den Arbeitskammern soll es obliegen, ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern, die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung der gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sowie der besonderen Interessen der Arbeiter durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Entgegen dem Entwurf vom 4. Februar sollen die Arbeitskammern nicht einmal befugt sein, Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihm vertretenen Gewerbezweige in ihrem Bezirk zu veranstalten. Auf Ansuchen von Staats- und Gemeindebehörden sollen sie Gutachten nicht etwa über Gesetzgebungsfragen, sondern über den Erlass von Ausnahmestimmungen von der Sonntagsruhe, über behördliche Maßnahmen zum Schutz von Leben und Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter, über Schutz von Arbeiterinnen und Jugendlichen, über Ausdehnung des Fabrikarbeiterschutzes auf Werkstätten und dergleichen, erstatten dürfen. Gestattet ist den Arbeitskammern auch, Wünsche und Anträge, die ihre Angelegenheiten betreffen, zu beraten, und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer zum Zweck haben, anzulegen.

Danach sind die Arbeiter völlig außerstande, in oder durch die Arbeitskammern ihre speziellen Interessen irgendwie vorzunehmen. Sie sind unter Vormundschaft der Arbeitgeber und eines beamteten Vorsitzenden ge-

stellt. Das Ergebnis der so gestalteten Arbeitskammern kann nicht Wahrnehmung von Arbeiterinteressen sein.

Die Arbeitskammern sollen ferner als Einigungsamt angerufen werden können, wenn es an einem Gewerbegericht fehlt oder die beteiligten Arbeitnehmer in den Bezirken mehrerer Gewerbegebiete beschäftigt sind, oder wenn die Einigungsverfahren des zuständigen Gewerbegerichts erfolglos verlaufen sind.

Als Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Sinne des Arbeitskammergesetzes sollen die gewerblichen Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung erachtet werden. Die Handelsgeschäfte, landwirtschaftlichen Betriebe, die Eisenbahnen und die Betriebe, die unter der Meeres- oder Marineverwaltung stehen, sollen von der Arbeitskammer ausgeschlossen werden.

Die Errichtung von Arbeitskammern erfolgt durch Verfügung der Landeszentralbehörde. Nach der Vorlage vom 4. Februar erfolgte die Errichtung der Arbeitskammern durch Beschluß des Bundesrates.

Wahlberechtigt sollen Deutsche beiderlei Geschlechts sein, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben, im Bezirk der Arbeitskammer tätig sind und denjenigen Gewerbebezügen als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehören, für welche die Arbeitskammer errichtet ist. Wahlbar sind diejenigen Wahlberechtigten, welche das 30. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens einem Jahre denjenigen Gewerbebezügen als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehören, für welche die Arbeitskammern errichtet sind und in dem der Wahl vorausgegangenem Jahr für sich oder ihre Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht empfangen oder die empfangene Unterstützung erstatet haben.

Die Wahlen sind unmittelbar und geheim und finden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt. Die Mitglieder der Arbeitskammer und ihre Ersahmänner werden auf sechs Jahre gewählt.

Die aus der Errichtung und Tätigkeit der Arbeitskammern erwachsenden Kosten sind für jede Arbeitskammer von denjenigen in ihrem Bezirk belegenen Gemeinden zu tragen, in welchen sich Betriebsstätten der in ihr vertretenen Gewerbebezüge befinden oder Arbeitnehmer dieser Gewerbebezüge den Wohnsitz haben. Die Gemeinden sind ermächtigt, durch Ortsstatut zu bestimmen, daß die nach dem Verteilungsplan für die verschiedenen Gemeinden auf sie entfallenden Kostenanteile von den Inhabern der in der Gemeinde belegenen beteiligten Betriebsstätten und denjenigen beteiligten Arbeitnehmern erhoben werden, welche in der Gemeinde den Wohnsitz haben.

Die Sitzungen der Arbeitskammern werden von den Vorsitzenden anberaumt, auf Antrag von zwei Dritteln der Mitglieder muß die Einberufung einer Sitzung der Arbeitskammer oder Abteilung erfolgen. Die Sitzungen der Arbeitskammern und ihrer Abteilungen sind öffentlich. Die Beschlüsse werden durch Stimmenmehrheit gefaßt. Zu den Sitzungen kann die Aufsichtsbehörde einen Vertreter entsenden, der auf sein Verlangen jederzeit gehört werden muß. Aufsichtsbehörde ist, falls die Landeszentralbehörde keine anderweitigen Bestimmungen trifft, die höhere Verwaltungsbehörde, in der die Arbeitskammer ihren Sitz hat. Der Vorsitzende kann die Beschlüsse der Arbeitskammern mit aufschiebender Wirkung beanstanden. Die Aufsichtsbehörde entscheidet über seine Beanstandung endgültig. Die Aufsichtsbehörde kann ferner, wenn die so eigenartig zusammengesetzte Arbeitskammer dennoch den Wünschen der Behörde nicht ganz folgen kann, oder wie es im § 41 heißt, „wenn die Arbeitskammer wiederholte Aufforderungen der Aufsichtsbehörde ungeachtet die Erfüllung ihrer Aufgaben vernachlässigt, oder sich geschwinder Handlungen schuldig macht, durch welche das Gemeinwohl gefährdet wird, oder andere als die gesetzlich zulässigen Zwecke verfolgt“, eine Auflösung der Kammer vornehmen und Neuwahlen anberaumen. In der Zwischenzeit werden die Geschäfte der Arbeitskammer von deren Vorsitzenden allein ohne Weisung als Dekoration geführt.

Die Vorlage ist also weit davon entfernt, eine Vertretung der Interessen der Arbeiter oder auch nur einer Arbeitergruppe darzustellen. Weit entfernt selbst von dem Verlangen des kaiserlichen Erlasses vom 4. Februar 1890, der die Errichtung von Arbeiterkammern, nicht von Arbeitskammern, durch folgende Worte verhielt: „welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten teilhaben und geschickliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu behalten.“

Der Entwurf erfüllt nicht einmal die in diesem Erlass als notwendig anerkannten Forderungen, er ist der Selbstverwaltung der Interessen der Arbeiter durch die Arbeiter durchaus feindlich und nicht geeignet, Interessen der Arbeiterklasse oder der Allgemeinheit zu fördern.

Rheinbaben und sein Eideshelfer.

Der preussische Finanzminister, Herr von Rheinbaben, spielte sich in der Donnerstagsitzung des Reichstages als Kenner der sozialistischen Literatur auf, er zitierte mehrfach Engels und Kautsky. Und diese Zitate hatte er weder aus Büllows gesammelten Reden noch aus deren Originalausgabe, dem Büchmann, genommen.

Gleichwohl entstammten diese Zitate nicht dem Studium sozialdemokratischer Schriften, sondern einem Artikel Schippels in der Parteitagnummer der sogenannten „Sozialistischen Monatshefte“. Schippel wollte nach dem Titel seines Artikels „die Reichsfinanzreform und die Arbeiterklasse“ behandeln. In Wirklichkeit aber nahm Schippel das Thema nur zum Vorwand, um nach gewohnter Manier durch allerhand Zitate den Anschein zu erwecken, als ob ausgerechnet Schippel kommen müßte, um der Partei Marzuzumachen, daß für die Aufbringung der fünfzehnhundert Millionen neuer Steuern die bestehenden Klassen herangezogen werden könnten und müßten.

Welches war der Inhalt der Zitate Schippels und Rheinbabens? Zunächst eine Aeußerung von Friedrich Engels aus dem Jahre 1872, daß die Steuerfrage für die Arbeit von sekundärer Bedeutung sei, daß, was der Arbeiter an Steuern zahle, auf die Dauer in die Produktionskosten der Arbeitskraft eingehe, daher vom Kapitalisten mit gezahlt werden müsse. Diese Auslassung besand sich in einer Streitschrift Engels gegen proudhonistische Konfusionen, die geeignet waren, die soziale Kardinalfrage des Kampfes gegen das kapitalistische Produktionssystem überhaupt hinter allerhand Nebenfragen verschwinden und an die Stelle des grundsätzlichen Kampfes gegen den Kapitalismus und der grundsätzlichen Aufklärung über das Wesen dieses Kampfes allerhand soziale Quacksalbereien treten zu lassen. Vom Standpunkt der grundsätzlichen Betrachtung des modernen Klassenkampfes aus war Engels Aeußerung ebenso richtig, wie bei dem damaligen Stande der sozialistischen Bewegung durchaus notwendig. Daß Engels bei der späteren Ausbreitung der Sozialdemokratie und der daraus folgenden Anteilnahme am politischen Tageskampf es für selbstverständlich hielt, daß das Proletariat auch bei der Verteilung der Steuerlasten auch seine Tagesinteressen nachdrücklich wahr, beweist seine Kritik an dem Programm der deutschen Parteivorstände aus dem Jahre 1891, wo er die Forderung progressiver direkter Steuern und der Abschaffung aller indirekten Staats- und Lokalsteuern ausdrücklich gutheißt! Denn Engels konnte ja gar nicht denken, daß das Proletariat alle Ursache hat, nach Kräften eine Steuerausplünderung abzuwehren, für die es erst durch erbitterte, opferreiche Lohnkämpfe in der Erhöhung seines Lohnes einen allzu späten Ausgleich durchsetzen kann. Wogegen sich Engels 1872 wandte, war nicht als der Versuch, den, an den Zielen und Aufgaben des proletarischen Klassenkampfes gemessen, kleinlichen Notwehrkampf des Tages den prinzipiellen Kampf um Befreiung der Klassengesellschaft überwuchern zu lassen! Also Schippels Belehrung kommt günstigstenfalls volle 17 Jahre zu spät!

Sollends überflüssig und nur hämischer Nörgelsucht entspringend war aber der Nachweis aus Engelschen und Kautsky'schen Zitaten, daß es innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft unmöglich sein werde, alle Staats- und Gemeindeausgaben aus direkten Steuern zu bestreiten. Wenn Engels im Jahre 1894 bei seiner Besprechung des französischen Agrarprogramms und Kautsky vor einigen Jahren in seiner Broschüre „Die soziale Revolution“ diese brutale Tatsache betonten, so geschah das natürlich nicht, um die denkbar größte Befreiung der Arbeiterklasse von Steuerlasten und die denkbar schärfste Heranziehung des Volkshaars zu direkten Steuern auch schon innerhalb des Klassenstaats zu hindern, sondern lediglich, um feinerlei Illusionen über das im Klassenstaat Erreichbare aufkommen zu lassen und gerade dadurch dem Kampf gegen die Ausbeutung durch die kapitalistische Gesellschaft selbst den kräftigsten Ansporn zu geben! Auch Schippel bildet sich natürlich nicht ein, daß die 300 Millionen Steuern, Zölle usw. im Reich, die Bundesstaaten und Kommunen, die schon jetzt, ohne die 500 Millionen Mark neuer Steuern, aufgebracht werden müssen (von den Betriebsüberschüssen gar nicht zu reden), im Klassenstaat allein durch direkte Steuern aufgebracht werden können. Aber ebensowenig kann Schippel wähnen, daß Kautsky es nicht für durchaus möglich und notwendig halte, die 500 Millionen Mark neuer Steuern in Gestalt direkter Steuern aufzubringen. Daß das möglich wäre, ohne den Akkumulationsprozeß des Kapitals zu gefährden, ist ja ohlenmäßig in der Parteitagnummer der von Kautsky redigierten „Neuen Zeit“ nachgewiesen worden!

Schippels Zitate haben also keinen anderen Zweck, als den Marxisten Ansichten anzudeuten, die sie nicht hegten, und den Effekt, Klopffechtern der Bourgeoisie vom Schlage Rheinbabens scheinbare Waffen gegen die Partei zu liefern! Das ist ja seit langen Jahren das Wesen und der Erfolg der mit allerhand Zitaten sich spreizenden Austerkritik des braven Jęgrim!

Verhüllungsmanöver.

Die bevorstehende Behandlung der von der Sozialdemokratie, dem Zentrum und dem Freisinn im Reichstage gestellten verfassungsrechtlichen Anträge ist den Konservativen und Nationalliberalen höchst unbequem. Für sie ist mit der Interpellationsdebatte am 10. und 11. November und dem Ergebnis der zwischen Kaiser und Hausmeier gepflogenen Unterhandlung in Potsdam die sogen. konstitutionelle Frage erledigt. Weiter daran zu rühren, dazu fühlen sie sich nicht veranlaßt — nicht nur aus Rücksichten auf den Kaiser, sondern weil sie für die Schaffung konstitutioneller Garantien nicht das geringste Interesse haben und den Patron des Blocks, den Fürsten Bülow, jetzt vor der Reichsfinanzreform keine Verlegenheiten bereiten möchten.

Tatsächlich ist deshalb in den letzten Tagen zwischen den Führern der Blockparteien und dem Reichstagspräsidenten Graf Stolberg hinter den politischen Kulissen eifrig verhandelt worden, ob sich nicht eine Verschleppung der Beratung der gestellten verfassungsrechtlichen Anträge bis nach Weihnachten bewerkstelligen lasse. Vielleicht rechnete man darauf, daß sich dann die Möglichkeit biete, die Anträge ganz unter den Tisch zu lassen.

Diese hinter den Kulissen betriebene perfide Absicht hat jedoch nur einen Teilerfolg gehabt. Es sind die Verhandlungen nur um vier Tage verschoben worden.

In der vorigen Sitzung des Seniorenkongresses hatte man sich dahin verständigt, die aus Anlaß der Kaiserinterview-Debatte eingegangenen Anträge auf Erlass eines Kanzlerverantwortlichkeitsgesetzes, Aenderung der Verfassung und der Geschäftsordnung des Reichstages, unmittelbar nach Erledigung der ersten Beratung der Finanzreform zur Verhandlung zu bringen. Dem gestern zusammenberufenen Seniorenkongress machte der Präsident jedoch plötzlich den Vorschlag, nach der am Sonnabend zu Ende gehenden Finanzreformkommission über die auf Grund der Werner-Konvention notwendig gewordenen Aenderungen der Gewerbeordnung bezüglich der Beschäftigungszeit der Arbeiterinnen zu erledigen, was etwa zwei Tage in Anspruch nehmen würde.

Nach den Intentionen des Präsidenten sollten die zuerst bezeichneten Anträge dann am Mittwoch nächster Woche zur Verhandlung gelangen.

Für die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion erhoben wiederholt energische Widerspruch gegen diese ganz unmotivierte Verzögerung, die in Verbindung mit den in der Presse verbreiteten offiziösen und von den Regierungsparteien ausgehenden Notizen den Verdacht rechtfertigt, als ob man geneigt sei, die vom Volke verlangte und dringend gebotene weitere Aussprache über die Kaiseraffäre und die damit zusammenhängenden Dinge überhaupt zu verhindern.

Von keiner Seite fand die sozialdemokratische Stellungnahme Unterstützung. Alle Blockparteien, auch das Zentrum, erklärten sich mit dem Vorschlag des Präsidenten einverstanden, allerdings unter Betonung des Verlangens, daß am nächsten Mittwoch ganz bestimmt die Anträge zur Beratung kommen sollten. Die definitive Entscheidung wird das Plenum bei Festsetzung der Tagesordnung für Montag zu treffen haben, indes unterliegt es schon heute keinem Zweifel, daß die Mehrheit sich dem Votum ihrer Vertreter im Seniorenkongress anschließen wird. Wenn also aus der Wilhelmstraße dem Block nicht neue Befehle erteilt werden — die einen nochmaligen Anlauf der konservativ-liberalen Blockparteien zur Folge haben —, wird es sich in der nächsten Woche zeigen, welche konstitutionellen Garantien die bürgerlichen Parteien des Reichstages gegenüber dem „persönlichen Regiment“ für nötig erachten und welche Sicherheit der Reichstag dem Volke dafür bietet, daß es ihm selbst ernst ist mit der Befreiung des persönlichen Regiments, mit der Ministerverantwortlichkeit und der wirksamen Gestaltung seiner eigenen Geschäftsordnung, die jetzt eine sofortige Aktion gegen den Reichskanzler, auch in dringenden Notfällen, verhindert.

Daran, die Beratung der verfassungsrechtlichen Anträge am mehrere Tage zu verschleppen, haben es sich die Führer der Blockparteien jedoch nicht genügen lassen. Es haben im Laufe des gestrigen Vormittags vertrauliche Besprechungen zwischen ihnen stattgefunden, in denen sie dahin übereingekommen sind, daß die Fraktionsredner die Person des Kanzlers wie auch die Hausmeierpolitik Billows aus dem Spiel lassen und sich auf akademisch-staatsrechtliche Erörterungen beschränken sollen. Es soll also dem Volke von seinen Beauftragten lediglich ein Scheingefecht vorgeführt werden.

Charakteristisch für die Zentrumsparthei ist, daß sie die Verschleppungstaktik des Blocks begünstigt. Noch vor wenigen Tagen hat sich ihre Presse energisch gegen jede Verzögerung ausgesprochen, jetzt unterstützt sie das Bestreben der Blockparteien, die Verhandlungen hinauszuschleppen. In ihrer gestrigen Morgennummer schrieb noch die „Köln. Volksztg.“:

„Was schon in den letzten Tagen in parlamentarischen Kreisen als Gerücht erzählt wurde, scheint sich zu bewahrheiten. Die Präsident Graf Stolberg nach Verhandlungen mit den Nationalliberalen mittelste, beabsichtigt er, die Anträge auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend die Ministerverantwortlichkeit auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Der Präsident will statt dessen nach Beendigung der ersten Lesung der Finanzreformvorlage die in der Kommission durchberatene Gewerbeordnungsnovelle auf die Tagesordnung bringen. In Abgeordnetensitzen sieht man in dieser Verschleppung, die doch wohl nur mit Zustimmung der Freisinnigen erfolgen kann, den Versuch, die Beratung über Weihnachten hinwegzubringen und nach Weihnachten überhaupt unmöglich zu machen. (Wenn die Freisinnigen sich nicht unsterblich blamieren wollen, werden sie gut tun, darzustellen, daß sie mit einer solchen Verschleppung, die nach den Ankündigungen gubernementaler Blätter lediglich als ein Versuch angesehen werden können, die Beratung dieser Anträge, darunter auch des freisinnigen Antrages, überhaupt zu vereiteln, nicht einverstanden sind.)“

Wir sind neugierig, was jetzt das rheinische Blatt zur Verzögerungstaktik der Zentrumskapazitäten sagen wird!

Die dreiste Erfindung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.

Wie wir gestern bereits nachwiesen, versucht die „Nordd. Allg. Ztg.“ ganz vergeblich, den Staatssekretär Sydow von dem Vorwurf reinzuwaschen, daß der Branntweinmonopol-Entwurf ganz auf die Interessen der Zentrale für Spiritusverwertung zugeschnitten sei.

Nun — die Konkurrenten der Zentrale, die ringfreien Spiritusfabriken, die über die Vorgänge hinter den Kulissen sehr gut Bescheid wissen, protestieren ebenfalls gegen die Art und Weise, wie der Monopolentwurf entstanden ist. Vor kurzem haben diese ringfreien Spiritusfabriken folgende Resolution angenommen:

Wir konstatieren mit Bedauern, daß die Regierungseitig gemachten Versprechungen, uns vor der Einbringung dieses Gesetzes über unsere speziellen Verhältnisse zu hören, unerfüllt geblieben sind. Wir erblicken in dem vorliegenden Entwurf die einseitige Bevorzugung der Spiritus-

zentrale, insbesondere einiger dominierenden Firmen, deren Einfluß auf die Gestaltung vieler wichtiger Paragraphen unverkennbar ist. Unsere Verhältnisse sind von denen der Spirituszentrale so grundverschieden, daß ein näheres Eingehen hierauf unerlässlich ist; es müßten deshalb auch diejenigen Firmen unter uns, welche einem Staatsmonopol prinzipiell nicht unfreundlich gegenüberstehen, den vorliegenden Gesetzentwurf insoweit entschieden zurückweisen, bis unsere berechtigten Interessen gebührende Berücksichtigung gefunden haben.“

Ferner haben die der Spirituszentrale nicht angehörenden süddeutschen Spiritusfabriken in einer am 14. d. M. in Berlin abgehaltenen Versammlung folgenden Beschluß gefaßt:

„Der dem Reichstage zugegangene Entwurf eines Gesetzes über den Zwischenhandel des Reiches mit Branntwein (Branntweinmonopol) ist für die süddeutschen Spiritusfabriken in seiner jetzigen Fassung unannehmbar, weil er den verschiedenen Interessen der in Betracht kommenden Erwerbstreife nicht gerecht wird, sondern nur auf bestehende Verhältnisse einzelner Gruppen zugeschnitten ist.“

Außerdem hat der Verband deutscher Spiritus- und Spirituosens-Interessenten eine Erklärung an die Presse verfaßt, in der es heißt:

„In befreundlichem Gegensatz zu der Fürsorge der Regierung für das altprivilegierte Brennereigewerbe, dessen Vertreter von Anfang an zur Beratung der Vorlage herangezogen wurden, steht die Behandlung, die sie den Spiritus verarbeitenden Industrien in der ganzen Angelegenheit hat angedeihen lassen, die, wie die Eingabe mittelst in keinem Stadium der Verhandlung gehört worden sind.“

Und eben weil die Regierung nur die eine Gruppe der Interessenten, eben die Zentrale, die Interessenvertretung der ostelbischen Gutsbrennereien, gehört hat, eben deswegen hat die Handelskammer zu Berlin vor einigen Tagen folgenden Beschluß gefaßt, der einem direkten Mißtrauensvotum gegen die Unparteilichkeit der Regierungsvorlage gleichkommt:

„Die Handelskammer hat beschloffen, zunächst einen größeren Kreis von Sachverständigen über die Frage zu hören, in dem die verschiedenen beteiligten hiesigen Interessentengruppen vertreten sein sollen, also sowohl die der Zentrale angehörenden, als auch die von ihr unabhängigen Spiritusfabriken, der Spiritushandel, die Destillateure und Liqueurfabrikanten, sowie die verschiedenen Verbraucher von Spiritus für gewerbliche Zwecke (Wägerei, Parfümerie, Lackfabrikation und sonstige chemische Industrie). Unter Berücksichtigung und Abwägung der Ansichten der unmittelbar beteiligten Gewerbe wird dann die Kammer selbst ihre Stellung zu dem Monopolprojekte nehmen.“

Wenn die Handelskammer so ausdrücklich hervorhebt, daß sie nicht allein die Zentrale, sondern auch die von der Zentrale unabhängigen, also die ringfreien Spiritusfabriken erst anhören will, ehe sie Stellung zum Regierungsentwurf nimmt, so deshalb, weil offenbar die Handelskammer genau so wie wir zu der Ansicht gekommen ist, daß der Gesetzentwurf Sydows nur die Interessen der Zentrale und der ihr angehörenden Spiritusfabriken wahrnimmt. Da wir an Gedankenlosigkeit nicht glauben, kamen wir deshalb in Nr. 209 mit Zug und Recht zu dem Schluß:

Der Gesetzentwurf Sydows ist offensichtlich von den Sachverständigen der Zentrale fabriziert und von Herrn Sydow nur abgeschrieben worden.

Die Ablenkung der „Nordd. Allg. Ztg.“ bestärkt uns nur in dieser Auffassung, die, wie wir schon zeigten, von allen nicht zum Ring gehörigen Gruppen geteilt wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. November 1908.

Konstitutionelle Garantien oder nicht?

Aus dem Reichstage, 27. November. Auch heute wieder spielte die Frage der konstitutionellen Garantien in die Erörterung der Finanzreform hinein. Nach der gestrigen Verlesung des Kompagniebefehls durch den Blockführer Schwerin-Löwisch war man einigermassen gespannt, ob der freisinnige Zug mit hörbarem Ruck nach rechts einschwenken würde wie der nationalliberale Zug, oder ob er den Gehorsam verweigern würde.

Zunächst hatte der Volksparteier Müller-Meinungen Gelegenheit, sich dazu zu äußern. Er benutzte sie aber erst am Schluß seiner Ausführungen, da er es für nötig hielt, vor allem dem Zentrum ausführlich vorzurechnen, daß es an der finanziellen Mißwirtschaft mindestens ebenso schuldig sei wie die Blockparteien. Dann wandte er sich gegen den Grafen Schwerin-Löwisch, indem er betonte, daß die Zumutung an das Volk, 500 Millionen neue Steuern zu bewilligen, es veranlassen müsse, endlich seine politische Mündigkeitserklärung zu fordern. Leider schränkte Herr Müller diese Rechtsverwahrung erheblich dadurch ein, daß er das Bestreben seiner Fraktionsgemeinschaft dahin präziserte, sie verlange die „Mitwirkung des Parlaments“ und „eine größere Annäherung an den Parlamentarismus“. Den unverfälschten Parlamentarismus selbst zu fordern, dazu langt offenbar der freisinnige Mannesmut noch nicht.

Weit scharfer zog darauf der freisinnig-vereinigte Mommsen gegen den Blockführer Schwerin-Löwisch vom Reder. Er verbat sich nachdrücklich die junkerliche Annäherung, den Liberalen Vorschriften machen zu wollen. „Wie wir unsere Politik einrichten wollen, darüber bestimmen wir selbst“, rief er zur Rechten hinüber. Die paar Zuhörer auf den Bänken der Konservativen nahmen diese liberale Gehorsamsankündigung mit ungläubigem Lächeln entgegen. Es muß sich ja bald zeigen, ob die liberalen Wünsche sich zur Tatbereitschaft verdichten oder ob sie auf dem Wege der Ereignisse zerfließen werden wie eitel Schaum.

Aus dem Reichshaushaltsetat.

Der Etat für das preussische Militärkontingent weist an Einnahmen im ordentlichen Etat nach: 5 856 481 M. (— 1 789 978 M.) für Rechnung der Bundesstaaten mit Anschluß von Bayern, 1 642 022 M. (+ 1 193 538 M.) für Rechnung aller Bundesstaaten, im außerordentlichen Etat 3 818 413 M. (+ 547 127 M.). Die fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Etats betragen 528 591 438 M. (+ 5 395 205 M.), die einmaligen Ausgaben 74 842 008 M. (— 20 514 081 M.); im außerordentlichen Etat werden 34 250 200 M. (— 5 743 100 M.) verlangt.

Der Etat für das sächsische Militärkontingent weist an Einnahmen im ordentlichen Etat 889 350 M. (+ 10 350 M.) nach. Die fortdauernden Ausgaben betragen 48 458 145 M. (— 2824 M.). Die einmaligen Ausgaben betragen 8 019 911 M. (— 4 440 202 M.). Ein außerordentlicher Etat ist nicht vorhanden.

Der Etat für das württembergische Kontingent weist 1 011 000 M. (+ 383 000 M.) Einnahmen nach. Die fortdauernden Ausgaben be-

tragen 24 725 579 M. (— 56 750). Die einmaligen Ausgaben belaufen sich auf 4 023 618 M. (— 551 482 M.). Im außerordentlichen Etat finden sich keine Forderungen.

Im Reichstage soll der Etat für 1909, der am 2. Dezember eingeht, vom 7. Dezember an in erster Beratung erledigt werden. Nach Verabschiedung der Gewerbeordnungsnovelle in dritter Lesung beginnen — vermutlich spätestens am 15. Dezember — die Weihnachtserien.

Die Wirkung des Zolltarifs.

Daß der agrarische Schutzoll den Pächtern nichts nützt, sondern nur die Grundrente erhöht, dadurch aber in einer gewissen Zeit infolge der Mitterpreissteigerung den Schutz wieder illusorisch macht, ist von uns häufig dargelegt worden. Wir können heute einen neuen amtlichen Beleg dafür beibringen. Der „Rostocker Anzeiger“ brachte kürzlich folgenden kleinen Zettel:

Hofverpachtungen. Mit allerhöchster Genehmigung ist der Kameralpachthof Sälten, Dominiatsamt Wartin, an den bisherigen Pächter J. Peteren unter der Hand auf eine neue Pachtperiode von 1909 bis Johannis 1923 verpachtet worden. Für die 209 Dekar große Domäne wurden bisher 8500 M. an Jahrespacht gezahlt, die für die neue Pachtperiode auf 10 000 M. erhöht ist. Die in diesem Herbst zur Neuberpachtung gekommenen Kameral- und Hauspachthöfe sind sämtlich unter der Hand verpachtet worden. Wir geben noch einmal eine Uebersicht über die verpachteten Domänen und ihre Pacht:

a) Kameralpachthöfe:			
Höfe	alte Pacht	neue Pacht	mehr oder weniger
Alt-Förpner	22 200 M.	25 000 M.	+ 2 800 M.
Friedrichsruhe	11 000	14 500	+ 3 500
Karbow	9 000	12 000	+ 3 000
Lehnen	9 000	13 200	+ 4 200
Püningshof	11 400	14 000	+ 2 600
Roggentin	6 500	10 000	+ 3 500
Rüben	11 400	12 500	+ 1 100
Gr.-Strömkendorf	27 100	25 000	- 2 100
Sälten	8 500	10 000	+ 1 500
Zweedorf	11 100	13 500	+ 2 400
zusammen mehr 22 500 M.			
b) Hauspachthöfe:			
Hoppentrade	10 500 M.	13 000 M.	+ 2 500 M.
Rix	24 000	25 000	+ 1 000
Jördenstorf	9 700	11 700	+ 2 000
Habensberg	18 400	20 700	+ 2 300
zusammen mehr 7 100 M.			

Den hier gegebenen Zahlen wohnt umso mehr Gewichtskraft inne, als sie nicht zu Zwecken des Beweises zusammengestellt sind, sondern eine sachlich zusammengehörige Gruppe bilden. Im Durchschnitt sind die Pachtsummen 15,8 Proz. höher geworden. Wenn der einzige Pachtzögerer (Hof Strömkendorf) durch besondere Umstände bewirkt sein sollte und bei der Betrachtung auscheiden dürfte, so wäre eine Erhöhung von 19,5 Proz. im Durchschnitt festzustellen. Eine entsprechende Erhöhung des Ertrages haben natürlich alle Pachtgüter erzielt, nicht nur die Kameralgüter Mecklenburgs. Und selbstverständlich entspricht der Mehrertrag aller agrarischen Betriebe der Pachtsteigerung bei den angeführten Beispielen.

Der unklare Reichstagsabgeordnete.

Die Tabakarbeiter in Meissen hatten anläßlich einer von ihnen veranstalteten Protestversammlung gegen die neuen Steuern auch den antisemitisch-agrarischen Reichstagsabgeordneten für den sächsischen Kreis, Gustav Josef Gabel-Kleffig, eingeladen. Er antwortete, daß er nicht erscheinen könne; außerdem sei er „zur Zeit“ noch nicht in der Lage, sich für oder gegen die Steuererhöhungen zu entscheiden.

Landtagswahlen im Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt.

Bei den Landtagswahlen am Donnerstag wurden sechs Sozialdemokraten und neun bürgerliche Kandidaten gewählt. Die Sozialdemokratie gewinnt einen Wahlkreis und verliert zwei, nämlich Schlotheim und Königsee-Land. Im Wahlkreis Stadtilm findet Stichwahl zwischen dem Genossen Scholl und einem Agrarier statt.

Der 26. November hat den Erwartungen nicht entsprochen, die man sowohl von sozialdemokratischer als auch von gegnerischer Seite auf ihn setzte. Während die zusammengeschlossenen Bürgerlichen in den letzten Tagen noch alles aufboten, um die Sozialdemokratie im Landtag einflußlos zu machen, hofften unsere Genossen, durch Gewinnung des einen oder anderen Mandats die Hälfte aller Mandate zu erobern. Beide Erwartungen sind getäuscht worden. Unsere Partei verlor zwei Mandate, die in Königsee-Land und Schlotheim, das letztere mit 14 Stimmen Minderheit, gewann aber dafür die zweite Hälfte der Reststimmen, Rudolstadt-West, so daß sie im neuen Landtag immer noch sechs Sitze inne hat und ohne Zustimmung der Sozialdemokraten keine Verfassungsänderung vorgenommen werden kann. Eine nicht ganz aussichtslose Stichwahl ist im Wahlkreis Stadtilm, so daß die Möglichkeit, die sozialdemokratischen Mandate wie im verflochtenen Landtag, wieder auf sieben zu bringen, immer noch gegeben ist.

Die Wahlbeteiligung war diesmal etwas geringer als 1906, wo es sich um die Apanage des Fürsten handelte. Damals wurden 6586 sozialdemokratische und 6509 bürgerliche, diesmal circa 6800 sozialdemokratische und 8200 bürgerliche Stimmen abgegeben. Alle Parteien haben also eine geringe Abnahme der Stimmen zu verzeichnen. So viel hat aber auch die Wahl am 26. November gezeigt: Hätten die Bürgerlichen nicht das Privilegium, vier Höchstebesteuerte in den Landtag zu senden, dann wäre es mit ihrer Majorität vorbei. In der allgemeinen Wählerklasse wurden 6 Sozialdemokraten und nur 5 Bürgerliche gewählt und zwar in: Rudolstadt-Ost: Genosse Hartmann, Rudolstadt-West: Genosse Strauß, Mansfeld: Genosse Hartmann 827, Königsee-Stadt: Genosse Genter 738, Oberweißbach: Genosse Müller, Raghütte: Genosse Kaiser. In Stadtilm hat Genosse Scholl 540, die beiden gegnerischen Kandidaten 681 Stimmen, die Stichwahl findet zwischen Scholl und einem Agrarier statt.

Bürgerchaftswahlen in Bremen.

Der zweite Wahltag, der 26. November, gehörte der Sozialdemokratie. Es wurde in zwei Außenbezirken gewählt, die bisher schon sozialdemokratisch vertreten waren. Beide Bezirke wurden behauptet.

Bemerkenswert ist, daß trotz der Wahlforschlecherungen die Stimmenzahl in den beiden Bezirken um 80 zugenommen hat. Die Genossen Rose und Weigand erhielten 300 bzw. 300, die bürgerlichen Kandidaten 179 und 280 Stimmen.

Ein dummer Schwindel

macht gegenwärtig durch die auf dem Niveau des Reichstagsverbandes stehende Ordnungsgewalt die Runde. So schrieb z. B. die „Tägliche Rundschau“ am Mittwoch:

Die gemüthlichen „Genossen“ in Schwaben. Die sozialdemokratische „Schwab. Tagwacht“ ereifert sich in den stärksten Ausdrücken über einen „Skandal“, der in der Stuttgarter Kommunalvertretung vorgekommen sein soll. Dieser Skandal besteht darin, daß für das 100-jährige Jubiläum des 7. württembergischen Infanterie-Regiments Nr. 125 von den bürgerlichen Kollegien 6000 M. bewilligt sind. Nun geht aus dem offiziellen Sitzungsbericht hervor, daß diese 6000 Mark gar nicht etwa dazu dienen sollen, den Offizieren und Mannschaften des Regiments einen lustigen Tag zu verschaffen, sondern daß sie für die Begrüßung und Bewirtung der alten Kameraden des Regiments bestimmt sind. Aber abgesehen davon:

die „Genossen“ in Heilbronn, wo neulich ebenfalls ein militärisches Erinnerungsfest gefeiert wurde, haben genau dasselbe getan, was die „Schwäb. Tagwacht“ jetzt den bürgerlichen Kommunalvertretern in Stuttgart zum Vortrags gemacht hat. Ja, sie gingen sogar noch weiter. Sie stimmten nämlich einstimmig dem Beschluß zu, den König einzuladen, ferner die Stadt auszukümmern und an Mannschaften und Offiziere Geschenke der Stadt zu verabreichen!

An der pikanten Geschichte aus Heilbronn ist kein Wort wahr. Unser dortiges Parteiorgan, das „Redar-Ges.“, stellt fest, daß die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher zu Heilbronn vor zwei Jahren beim Jubiläum der 12ter gegen die Einladung an den König und die Verabreichung städtischer Geschenke an Offiziere und Mannschaften gestimmt haben. Diesen Standpunkt haben sie auch im letzten Frühjahr bei der Garnisonfeier beibehalten, wie dies für Sozialdemokraten selbstverständlich ist.

Die „Tägliche Rundschau“ und Konfessionen werden also berichtigten müssen — oder auch nicht. Auf eine Verleumdung mehr oder weniger kommt's ja schließlich nicht an.

Keine zweijährige Dienstzeit bei den berittenen Truppen.

Eine Resolution, die der Reichstag in seiner verflochtenen Tagung angenommen hat, verlangte die Vorlegung einer Denkschrift über die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie und der reitenden Feldartillerie. Diese Denkschrift ist dem Etat beigegeben und bezieht sich in folgender Richtung:

Die Herabsetzung der Dienstzeit auf zwei Jahre würde die Leistungsfähigkeit der beiden Waffen erheblich schädigen, und ihre Kriegsbrauchbarkeit ernstlich gefährden. Die zweijährige Dienstzeit bei den Fußtruppen mache es nötig, bei der Ausbildung des einzelnen Mannes alle Kräfte anzuspannen. Die Ausbildung des Reiters erfordert aber bedeutend größere Aufmerksamkeit, weil der Kavallerist das Pferd vollständig beherrschen lernen müsse. Der Kavallerist müsse aber auch für das Gefecht zu Fuß ausgebildet werden und dürfe hierin nicht allzu sehr hinter den Leistungen des Infanteristen zurückbleiben. Schon daraus ergäbe sich die Unmöglichkeit, den Kavalleristen in zwei Jahren Felddienst tüchtig auszubilden.

Die Heeresverwaltung ist also nicht geneigt, sich auf eine Herabsetzung der Dienstzeit bei den berittenen Truppenteilen einzulassen.

Vorbereitungen zur badischen Landtagswahl.

Karlsruhe, 20. November.

Für die im nächsten Herbst stattfindenden Landtagswahlen in Baden (Gesamterneuerung der Zweiten Kammer) trifft die sozialdemokratische Partei bereits ihre Vorbereitungen. Der Landesvorstand forderte die Wahlkreise auf, mit der Ernennung der Kandidaten zu beginnen, damit die Landesversammlung, welche Ende Februar in Offenburg zusammentritt, die fertige Kandidatenliste vor sich hat. In einer gut besuchten Versammlung begann am Mittwoch die Karlsruher Parteigenossenschaft nach einem Referat des Genossen Kolb mit der Festsetzung der Kandidaturen in den vier Landtagswahlkreisen der Stadt Karlsruhe, von denen zwei (Ostbezirk 41 und Südstadt 44) das letzte Mal auf Grund der direkten Wahl im zweiten Wahlgang den Genossen Franz Mannheim und Kolb, Karlsruhe zugefallen waren. Beide Genossen wurden wieder aufgestellt. Für den Bezirk 42 (Mittelsstadt) und 43 (Weststadt), welche vom liberal-freisinnigen Bloß erobert wurden, aber nicht aussichtslos für unsere Partei sind, kandidieren die Genossen Eugen Gsch. Verleger des „Volksfreunds“, und Albert Will, Arbeitersekretär, beide in Karlsruhe.

Diese vom engeren Ausschuss vorgeschlagenen Kandidaturen sind einstimmig in der Versammlung gutgeheißen worden.

Gegen den obligatorischen Fortbildungsschulunterricht sprachen sich die bauerlichen und industriellen Abgeordneten im Meiningen Landtage aus. Nach dem neuen Volksschulgesetze sollen in allen Gemeinden des Landes Mädchen-Fortbildungsschulen, neben den Knaben-Fortbildungsschulen errichtet werden. — Hiergegen besonders wehrten sich die ländlichen Vertreter. Die Industriellen forderten Verlegung des Unterrichts in die Abendstunden. Die sozialdemokratische Fraktion mußte im Interesse der Volksschule und der Volkswirtschaft sowie um der Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen entgegenzutreten, der Regierung den Rücken decken.

Vaterlandslose Gesellen.

Magdeburg, 27. November. Vor kurzem wurden zwei Referate wegen Achtungsverletzung vor verammelter Mannschaft vom Kriegsgericht zu je drei Wochen strengen Arrestes verurteilt. Die Weiden, die eine vierwöchentliche Liebung gemocht hatten, hatten sich beim Entlassungsgesuch geweigert, dem Kompaniechef Hauptmann Suche und dem Leutnant Niemann die Hand zum Abschied zu reichen. Einer der Referenten, der auf dem Krupp-Gruson-Werk beschäftigt gewesen war, wurde, als er sich wieder zum Arbeitsantritt meldete, abgewiesen mit der Bemerkung, daß man solche vaterlandslosen Gesellen, die ihren militärischen Vorgesetzten die Hand zum Abschied verweigerten, nicht gebrauchen könne! Mit Leuten, die gegen Kaiser und Reich demonstrieren, wolle man nicht zu tun haben! Woher die Betriebsverwaltung die Kenntnis von dem Vorfall bei dem Entlassungsgesuch hatte, entzieht sich der Kenntnis der Öffentlichkeit.

Militärjustiz.

Das Kriegsgericht der 30. Division zu Straßburg i. E. verurteilte zwei Sergeanten, die die Soldaten wegen geringfügiger Versehen mit Hausschlägen und Ohrfeigen traktiert hatten, zu drei und vierzehn Tagen Mittelarrest. Ein Soldat dagegen, der sich von der Wache entfernt, in der Stadt angetrunken und in diesem Zustande einige Unvorsichtigkeiten begangen hatte, erhielt zwei Jahre einen Monat Gefängnis!

Die Balkankrise.

Eine türkische Erklärung.

Wien, 27. November. Der türkische Geschäftsträger Hilmet Bey erklärte einem Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse“, die osmanische Regierung habe beste Disposition zu lokalen und konzilianten Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn und wolle zugunsten der Milderung des Boykotts alles tun, was geschichtlich möglich sei. Hilmet Bey bezeichnete es als sehr wünschenswert, daß Oesterreich-Ungarn und die Türkei bezüglich der Konferenz und der dabei zu regelnden Fragen sich verständigen. Die Türkei wolle sicherlich der Konferenz keine Hindernisse in den Weg legen. Der Geschäftsträger betonte weiter, die maßgebenden Kreise in Konstantinopel haben sowohl Serbien wie Montenegro geraten, maßvoll zu bleiben und Ruhe zu halten. In der Frage der von Serbien und Montenegro gewünschten Kompensationen gebe es zwischen der türkischen Regierung und Oesterreich-Ungarn keinen Gegensatz. Hilmet Bey gab schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß die Harmonie, die zwischen beiden Staaten sich vorbereitete, wachsen werde.

Eine neue Intervention?

Paris, 27. November. Wie der „Petit Parisien“ meldet, habe die österreichische Regierung die Intervention der Mächte

und speziell Frankreichs in Konstantinopel nachgesucht. Das Blatt fügt hinzu, Frankreich werde im Prinzip nicht dagegen sein, aber nur für den Fall, daß internationale Handelsverträge seitens der Türkei verletzt worden seien. Dagegen sei die Hoffnung auf eine Einmischung ohne diese Vorbedingung eine illusorische. Weiter bemerkt das Blatt, es sei unwahrscheinlich, daß Oesterreich seine Drohung, die österreichischen Handelschiffe durch Kriegsschiffe begleiten zu lassen, durchzuführen gedenke, da dies im Widerspruch zu den internationalen Verträgen stehe.

Oesterreich.

Das Arbeitsprogramm des Reichsrats.

Wien, 27. November. In der heutigen Sitzung der Obmännerkonferenz wurde nach längerer Debatte der Vorschlag des Präsidenten Weissbäckner angenommen, wonach das Budgetprovisorium ohne Ausschussberatung in allen Leistungen erledigt werden soll, während die hessische Vorlage, sowie das handelspolitische Ermächtigungsgesetz Ausschüssen zur Beratung zugewiesen werden sollen.

Frankreich.

Sozialistische Kritik.

Paris, 26. November. In der Debatte über die auswärtige Politik kam heute Genosse Bressens zu Wort. Er hob zuerst den Sieg der Schiedsgerichtsidee in der Frage des Colablanca-Frischens hervor. Dann sagte er:

„Ich glaube nicht, daß sich das Schicksal stets verhängnisvoll zwischen Deutschland und Frankreich stellen wird. Die französischen Regierungen haben den Revanchekrieg niemals gewollt. (Bewegung.) Ich habe von einem Minister des Aeußern erfahren, daß die französisch-russische Entente auf der endgültigen Anerkennung der territorialen status quo in Europa gegründet sei und auf der endgültigen Anerkennung des frankfurter Friedens. (Bewegung.) Ich gebe die Versicherung, daß das Proletariat durch und durch antimilitaristisch ist. (Lärm.) Hierauf sprach der Redner längere Zeit gegen den Krieg und sagte zum Schluß: Das Proletariat, das die Republik mehrmals gerettet hat, verlangt von Frankreich, daß es sich zu Deutschland so stellt, wie es sich zu England gestellt hat, um ein neues Reich, ein neues Sedan zu vermeiden. (Widerspruch auf allen Bänken, auf der äußersten Linken Beifall.)

Nach Bressens ergriff Jaurès das Wort zur Kritik der Marokkopolitik. Er führte aus:

Die Marokkopolitik der Regierung sei durchaus widerspruchsvoll. Er bedauere die Opfer an Geld und Menschen, die Frankreich während der letzten beiden Jahre dort gebracht. Frankreich müsse sich jetzt großzügig zeigen, um sich die verlorenen Sympathie Marokkos wieder zu erwerben. Jaurès sprach sich dann anerkennend über die Umwälzung in der Türkei aus und forderte die Regierung auf, Ausland Uneigennützigkeit gegenüber Vexien zu empfehlen.

Wichon suchte die Regierungspolitik zu verteidigen:

Die Politik Frankreichs sei stets einheitlich gewesen. Wenn Jaurès sich über das Vergangene nicht verbeutet hat, so forderte er von uns Verpflichtungen für die Zukunft. Er hat uns hinsichtlich Marokkos Mäßigung, ein Regime des Friedens und guten gegenseitigen Willen empfohlen. Das ist ja das Programm unserer Politik. Wir wollen keineswegs der marokkanischen Regierung Hindernisse bereiten. Niemand könnte es vorteilhafter finden als wir, mit Marokko in Frieden und Freundschaft zu leben. (Sehr gut!) Wir hoffen ebenso wie ganz Europa in der Lage zu sein, den neuen Sultan anzuerkennen. Wir warten hierzu nur auf seine Annahme der gewiß maßvollen Bedingungen, die ihm gestellt worden sind. Sobald er anerkannt sein wird, werden wir mit ihm in Beziehungen treten, um die Lage in seinem Reich in entgegenkommender Weise und wohlwollend zu regeln, wobei uns nur unsere internationalen Verpflichtungen und unsere besonderen Rechte zur Richtschnur dienen sollen. Das ist, was ich auf Jaurès Ausführungen über Marokko erwidern kann. Bressens muß ich erwidern, daß die Regierung in der letzten Krise die Rechte des Landes und das Interesse der ganzen Welt verteidigte, da es sich um das Prinzip der Schiedsgerichtlichen Regelung, d. h. des Friedens und der Gerechtigkeit gehandelt habe. Keine andere Regierung würde anders gehandelt haben, da keine in eine Demütigung oder Minderung ihres Ansehens hätte einwilligen können. (Lebhafter Beifall.)

Der Minister verlas im Namen der Regierung eine sehr lange Erklärung über die Orientangelegenheit, in welcher es heißt: Von dem ersten Augenblicke der Revolution begünstigte die französische Regierung die osmanische und sprach ihr das Vertrauen zu dem neuen Regime aus. (Beifall.) Die Erklärung zählt sodann die Ereignisse auf dem Balkan auf. Frankreich intervenierte auf Verlangen der interessierten Mächte selbst, insbesondere des Fürsten Ferdinand, als Vermittler. Die Frankreich arbeitete auch Italien in dem Sinne einer Konferenz, die alle Fragen regeln würde. Frankreich ist an der freien Entwicklung der jungen Türkei interessiert und denkt nur an die Erhaltung des Friedens in Europa. Es vermischte die Angelegenheiten der Türkei mit keiner anderen des Auslandes. (Beifall.) Frankreich hat in diesem Sinne in Wien, Konstantinopel, Sofia und Belgrad interveniert. Es wird versuchen, für Serbien und Montenegro eine Verächtigung ihrer Interessen zu erlangen, und wird sich bemühen, eine Störung des Friedens zu verhindern. (Beifall.) Die Regierung hoffe, daß die vier Großmächte die Angelegenheit zwischen der Türkei und Griechenland regeln werden.

Nach einer Rede Ribots wurde sodann die Debatte geschlossen und das Budget des Ministeriums des Auswärtigen angenommen.

England.

Das Unterrichtsgesetz.

London, 26. November. Unterhaus. Die neue Unterrichts-gesetzesvorlage ist in zweiter Lesung mit 323 gegen 157 Stimmen angenommen worden. Die Minderheit setzte sich zusammen aus den Nationalisten, einigen radikalen Konfessionisten und Unionisten. Ein Teil der Unionisten stimmte für die Vorlage.

Das Schankgesetz.

London, 26. November. Oberhaus. Obwohl das Schankgesetz des Schankstättengesetzes bereits durch die gestrigen in der Versammlung der unionistischen Oberhausmitglieder gefassten Beschlüsse entschieden ist, war das Haus heute abend nicht besetzt, als Earl of Crewe die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage beantragte. Er verurteilte streng das Vorgehen der Opposition, welche die Vorlage im voraus verwerfe, und wies darauf hin, daß dies nicht dazu beitragen werde, den Kredit des Hauses als einer beratenden Versammlung zu erhöhen. Lord Lansdowne verurteilte das Vorgehen der Opposition und erklärte, er selbst sei gegen die in der Vorlage zu Tage tretenden Grundzüge. Die Debatte wird zwei oder drei Tage in Anspruch nehmen.

Persien.

Revolutionäre Erfolge.

Tehran, 27. November. Nach hier eingegangenen Meldungen haben die Aufständischen ohne besonderen Widerstand Choh besetzt.

Gewerkschaftliches.

Staats- und Gemeindefürsorge für die Arbeitslosen.

Das System, durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln zu den Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften die Folgen der Arbeitslosigkeit zu mildern, ist wohl nirgend so gut durchgeführt, als in Dänemark. Hier ist es zunächst der Staat, der den Arbeitslosenkassen, die sich den leicht zu erfüllenden Vorschriften über die Staats- und Gemeindefürsorge anpassen, ein Drittel ihrer Unterhaltungs- und Verwaltungsausgaben ersetzt. Als das Gesetz im April vorigen Jahres zustande kam, wurden zu diesem Zweck 25.000 Kronen aus Staatsmitteln bewilligt, für das laufende Budgetjahr aber sind es bereits 400.000 Kronen, die den Arbeitslosen zu gute kommen. Das ist für ein kleines Land mit nicht viel mehr als 2 1/2 Millionen Einwohnern und einer Industriebeschäftigtenzahl, die lange nicht so zahlreich ist als die Berlins, eine verhältnismäßig hohe Summe. Dazu kommt, daß ja außerdem die Gemeinden noch ein Sechstel zu den Ausgaben der Kassen beitragen können, diese also, wo das geschieht, zur Hälfte aus öffentlichen Mitteln aufgebracht werden. Erfreulich ist es, daß bereits eine große Anzahl Kommunen, namentlich solche, wo die Sozialdemokratie stark vertreten ist, von diesem Rechte Gebrauch macht. Wie der vom Staat angestellte Arbeitslosigkeitsinspektor mitteilt, haben bereits 11 Kommunen — darunter Kopenhagen, Frederiksberg, Aarhus, eine Anzahl Kleinstädte sowie auch einzelne Landgemeinden — den Maximalzuschuß bewilligt. 11 andere Kommunen haben sich an den Inspektor mit dem Ersuchen gewandt, für sie den Maximalzuschuß zu berechnen, und drei Kommunen haben Zuschüsse bewilligt, die allerdings das gesetzlich zulässige Maximum nicht erreichen. Der Inspektor ist jedoch der Meinung, daß er nicht von allen Kommunen, die Zuschüsse bewilligt haben, Nachricht erhalten habe, so daß ihre Zahl tatsächlich noch größer sein wird. Uebrigens fand vor einigen Tagen in Kopenhagen eine Konferenz von Bürgermeistern und Vertretern sämtlicher Provinzialstädte Dänemarks statt, in der der Arbeitslosigkeitsinspektor verschiedene Ausschüsse über die Anwendung des Gesetzes gab, und die schließlich einstimmig beschloß, sämtlichen Kommunen zu empfehlen, den anerkannten Arbeitslosenkassen den höchsten Zuschuß, den das Gesetz zuläßt, zu gewähren. Vier kleinstädtische Bürgermeister enthielten sich zwar der Stimme, doch offenbar nur, weil sie sich für ihre Gemeinden nicht zu dem Maximum des Zuschusses verpflichten wollten.

Die Arbeitslosigkeit gewinnt gegenwärtig in Kopenhagen, wie in ganz Dänemark, immer größeren Umfang. Ueber ihre Ausdehnung wird zurzeit vom Verbands der dänischen Gewerkschaften eine allgemeine Umfrage veranstaltet. Die Stadt Kopenhagen hat bereits, außer den Zuschüssen zu den Arbeitslosenkassen, 240.000 Kronen außerordentliche Mittel zur Linderung der Not bewilligt. Bei den städtischen Unternehmungen sucht man soviel Arbeitslose wie möglich zu beschäftigen. Auch hat Kopenhagen von dem in diesem Frühjahr beschlossenen Gesetz über Staatsdarlehen zum Ubrich und Umbau zu nicht bevölkerten, ungesunder Stadtteile Gebrauch gemacht und daraufhin beschlossen, ein altes Stadtviertel von mehreren Strazenzügen niederreißen zu lassen. Dadurch wird, wenn auch erst zum Frühjahr, eine große Anzahl Arbeiter Beschäftigung erhalten. Die ungeheure Arbeitslosigkeit wird dadurch allerdings nur sehr wenig gemildert.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist es keinem Menschen, der irgendwie auf Verdienst angewiesen ist, zu empfehlen, sich in Kopenhagen ansässig zu machen. Um so mehr muß es Kuffen erregen, daß Kopenhagens Grundbesitzerverein durch Plakate an den Anschlagkäulen Berlins bekannt gibt, daß in der dänischen Hauptstadt 11.000 Wohnungen für billige Mieten zu haben seien, daß die Stadt viele Vergnügungen und hervorragende Kunstausstellungen biete, das Leben billig, die Ausgaben gering, die hygienischen Verhältnisse vortrefflich seien. Die Arbeiter wie die Geschäftsleute Kopenhagens haben natürlich nichts dagegen, wenn wohlhabende Ausländer dorthin kommen, um von ihrem Gelde zu leben. Aber es scheint, daß die Berliner Aktion des Hausgratier Kopenhagens mit ihrer Aufpreisung der „billigen“ Lebensverhältnisse auch auf andere Leute berechnet ist, und unter dieser Voraussetzung wird sie von unserem Bruderorgan „Socialdemokraten“ mit Recht als verwerflicher Bauernfang bezeichnet.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeiter und Handwerker des Zentral-Magazins der städtischen Gaswerke.

hielten am Dienstag eine von der Ortsverwaltung des Gemeindearbeiterverbandes einberufene überaus gut besuchte Versammlung unter der Tagesordnung: „Wo bleibt die neunstündige Arbeitszeit?“, ab. Der Referent Dr. Wuscher kritisierte die Verfügung des Magistrats, wonach für den Außenbetrieb nur für das Höhenstufen, öffentliche Reinigung und die Nebel-Inspektionen die neunstündige Arbeitszeit vom Dezember d. J. eingeführt wird, während das Zentral-Magazin davon ausgeschlossen ist. Wenn der Magistrat von Berlin etwas anlässlich der Jahrhundertfeier der Stadtordnung tun wollte, warum dann nicht für alle städtischen Arbeiter. Warum schließt man selbst dann bei den Gaswerken, wo nunmehr außer dem Innenbetrieb auch der größte Teil des Außenbetriebes die neunstündige Arbeitszeit hat, das noch übrig bleibende Zentralmagazin aus? Im weiteren führte der Referent aus, daß wenn im Magistrat eine Unklarheit über die zum Außenbetrieb gehörenden Betriebszweige herrsche, es nunmehr der Direktion und Deputation obliegt, diesem von den Beschäftigten als Zurücksetzung empfundenen Mißstand ein Ende zu machen, und auch hier die neunstündige Arbeitszeit zu beschließen. In der Diskussion kam die Erregung seitens der Beschäftigten spontan zum Ausdruck. Argend welche Gründe, die gegen die Verfürgung sprechen, liegen nicht vor. Die Versammlung nahm daher eine im obigen Sinne gehaltene Resolution an und beauftragte das Bureau, diese den zuständigen Verwaltungsstellen zu übermitteln. Durch das Verhalten des Magistrats wurde den Anwesenden die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation besonders vor Augen geführt und verpflichteten sich die Versammelten, für Ausbreitung und Stärkung derselben zu sorgen.

Arbeiterausschuß und Mißstände bei Duxle u. Co.

Zwei Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Duxle u. Co., Aktiengesellschaft für Metallindustrie, Ritterstraße 12, hielten am Dienstag eine Betriebsversammlung ab, die hauptsächlich dazu dienen sollte, eine bessere Grundvorlage für die Wahl des Arbeiterausschusses zu schaffen. Nach den bei dieser Betriebsversammlung gefassten Bestimmungen sind nur solche Arbeiter fähig, Ausschussmitglieder zu werden, die seit mindestens sechs Jahren bei der Gesellschaft beschäftigt sind, und die Wahl wird in der Weise vorgenommen, daß die Firma in den einzelnen Abteilungen Listen ausgibt, die die Namen aller Arbeiter enthält, die nach jener Vorschrift wählbar sind, und die Wähler dann bei den Namen, für die sie stimmen wollen, einen Strich machen. Keiner der auf-

gefestigten Mandibalen wird gefragt, ob er das Amt annehmen will oder nicht. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß die Arbeitererschaft des Betriebes den Ausschusswahlen keine Bedeutung beimißt und sich am liebsten gar nicht daran beteiligt. Die Meister und Obermeister aber drängen die Arbeiter förmlich zur Wahl, und das hat auch einmal dazu geführt, daß die Arbeiter in einer Abteilung übereinkamen, einen notorischen Trunkenbold, der nebenbei als Streikbrecher bekannt ist, zu wählen, offenbar in der Meinung, daß ein solcher Mensch am besten in die Kartatur eines Arbeiterausschusses hineingehört. Das war der Firma allerdings auch nicht angenehm, weil das Konferenzzimmer allzufröhlich nach Schnaps stank, wenn dies Ausschussmitglied zugegen war. Uebrigens ist der Mensch inzwischen wegen unverbesserlicher Trunksucht entlassen worden. Wie groß im Betriebe die Abneigung gegen die Wahlbeteiligung ist, zeigte sich auch darin, daß ein Arbeiterausschuss mit nur acht Stimmen gewählt wurde. Gegenwärtig besteht der Ausschuss aus zwei Verbandsmitgliedern und fünf Personen, die als Streikbrecher bekannt sind. Er ist gänzlich unfähig, seiner Aufgabe, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, irgendwie gerecht zu werden, und er hat auch innerhalb zweier Jahre keine einzige Besprechung abgehalten. Als im vorigen Jahre die Firma eine Betriebskassenkasse errichten wollte, forderten die Arbeiter den Ausschuss auf, dagegen vorstellig zu werden; der Ausschussobmann H e m l e p p wollte aber nicht, weil, wie er sagte, das den Arbeiterausschuss nichts angeht. Selbst die Direktion war darin anderer Meinung und brachte die Sache zur Sprache; der Ausschuss hielt es jedoch nicht einmal für nötig, den Arbeitern nachträglich darüber zu berichten. Selbstverständlich wünschen die Arbeiter durchaus nicht, daß die unglückliche Zersplitterung im Kassenwesen noch durch eine neue Betriebskasse vergrößert werde. Vor acht Tagen hielt der Ausschuss mit der Direktion eine Sitzung ab, in der die Beseitigung der sechsjährigen Karenzzeit, in der die Arbeiter die Hauptursache der Unfähigkeit des Arbeiterausschusses erblicken, angeregt wurde. Der Direktor S l u m war jedoch nicht dafür zu haben, erklärte vielmehr, daß, wenn heute das Statut festgelegt würde, er die Karenzzeit sogar auf 10 Jahre festlegen möchte. Mit den Leuten, die in der Versammlung sprachen, würde er auch fertig werden, meinte der Direktor weiter. Im übrigen wollte er, daß der Ausschuss sich ein Notizbuch ansehe, worin alle Beschwerden eingetragen werden sollten, damit sie dann der Direktion vorgelegt werden könnten. Dem Ausschuss fehlt es jedoch so sehr an Vertrauen, daß kein Arbeiter mit einer Beschwerde an ihn herantritt. Gründe zu Beschwerden sind aber in dem Betriebe offenbar im Übermaß vorhanden. Eine ganze Reihe krasser Mißstände wurden in der Versammlung besprochen. So wurde berichtet, daß die Kantine unzulängliche Waren liefert; ferner, daß in verschiedenen Abteilungen des Betriebes die Fenster-scheiben fehlen und durch Papier ersetzt seien. In der Gürtlerwerkstatt sei auf der einen Seite keine Heizung vorhanden, auf der anderen sei es übermäßig warm, und in der Gießerei sei der Qualm beim Abgießen so stark, daß er sich über die ganzen Treppen und besonders über den Aufzug 5 verbreite. Es fehle dort eben an jeglicher Abzugsvorrichtung, an Exhaustoren, wie sie in anderen beratigen Betrieben angebracht sind und sehr gut funktionieren. Ferner wurden das Strafsystem und die Lohnverhältnisse scharf kritisiert, und es wurde unter anderem erwähnt, daß in der Stanzerei der Meister J e t t i h, wenn er zwei Arbeiter nur einen Augenblick zusammensehen sieht, ihnen Strafen von 25 Pf. zuweist. Dabei beträgt der Anfangslohn gelehrter Arbeiter bei der Firma 40 Pf., der Durchschnittslohn 50 Pf. und die Werkzeugmacher mit 45 Pf. Stundenlohn auskommen.

In der Glühstrumpfteilung wurden die Arbeiterinnen kürzlich dadurch in große Erregung versetzt, daß man sie sämtlich als Diebe behandelte. Wie in der Versammlung berichtet wurde, soll sie der Direktor K o w a l angebrüllt haben: wo sie die gestohlenen Glühstrümpfe gelassen hätten, und sie in demselben Ton aufgefordert haben, ihre Taschen zu zeigen. Man will bemerkt haben, daß in der Abteilung 1200 Glühstrümpfe abhanden gekommen sind, und meint, daß Abend für Abend ein paar Hundert gestohlen wurden. Die Arbeiterinnen mußten sich eines Abends sämtlich vor der Direktion gänzlich entkleiden. Gefunden wurde dabei nichts; der Direktor Kowal aber soll nachher gesagt haben, es wäre wohl nicht genau genug nachgesehen worden. Aufgeklärt ist die Sache nicht. Merkwürdig finden es die Arbeiterinnen, daß, seitdem der alte Meister, der erkrankt war, wieder da ist, auch die Zahl der in Arbeit gegebenen und abgelieferten Glühstrümpfe wieder stimmt. Vielleicht hat sich die Direktion, die vorübergehend die Kontrolle ausübte, nur verrechnet. Aus der Glühstrumpfteilung wurde ferner berichtet, daß die Ankleideräume höchst ungenügend sind, daß sie nebenbei zur Aufbewahrung von Hülsen dienen, an denen die Arbeiterinnen sich die Kleider zerreißen, und daß sie sich genötigt sehen, sich außerhalb des Raumes aus- und anzukleiden.

Nach gründlicher Besprechung aller dieser und verschiedener anderer Mißstände, und nach einem Vortrage C o h e n s über Aufgaben und Bedeutung der Arbeiterausschüsse nahm die Versammlung eine Resolution an, die dem Arbeiterausschuss zur Pflicht macht, nochmals bei der Direktion wegen Beseitigung der sechsjährigen Karenzzeit vorstellig zu werden, und im übrigen besagt, daß, wenn diesem Verlangen nicht stattgegeben wird, kein Arbeiter sich an der bevorstehenden Ausschusswahl beteiligen wird.

Lohnreduktionen in der Krise.

Die Arbeiter der vor dem Schleifstein Tor gelegenen Maschinenfabrik von B e r m a n n hatten sich am Mittwochabend sehr zahlreich im großen Saale der „Drachenburg“ versammelt, um sich über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszusprechen. Wie der Referent S c h l i n g a n n ausführte, steht diese Firma schon lange bei der Arbeiterschaft in so schlechtem Ansehen, daß viele sie in Zeiten guter Konjunktur nur als eine Durchgangsstation betrachten, wo man einmal vorübergehend arbeitet, weil im Augenblick nichts Besseres zu haben ist. Nun aber benutzt die Firma, die Militärarbeit liefert, und der es keineswegs an Aufträgen mangelt, die allgemeine Krise dazu, einen noch viel ärgeren Druck auf die Arbeiter auszuüben. Von den so wie so schon unzureichenden Arbeitslöhnen werden Abzüge über Abzüge gemacht, als wolle man die Arbeiter zum Verhungern verurteilen oder zur Verzweiflung treiben. Es scheint auch, daß Sachverständige bei der Berechnung überhaupt ausgeschaltet werden, und nur die schreibgewandten Leute im Kontor zu bestimmen haben, wie eine Arbeit bezahlt wird. Der Redner führte für diese Lohnrückstellungen eine ganze Reihe von Beispielen an, die in der Diskussion vollausgeführt und in manchen Punkten noch ergänzt wurden. Die Schmiede erhielten früher für Protzen 7,50 M., der Preis wurde dann auf 5,88 M., und ist jetzt auf 5,30 M. herabgesetzt. Für eine andere Arbeit, die früher 1,40 M. kostete, erhalten sie jetzt nur noch 1 M. ufm. Die Stellmacher erhielten bei Infanteriemunitionswagen für Anfertigung des Hinterrades früher 18,95 M., jetzt sollen sie sich mit 15,80 M. begnügen, und der Lohn für das Auspußen ist von 1,20 Mark auf 1,05 M. herabgedrückt. Bei ihrer schweren Arbeit verdienen die Stellmacher im Durchschnitt nicht mehr als 30 M. die Woche, einige sogar nur 22 M. bis herunter zu 14 M. Für Rechenmaschinenteile war der alte Preis 7 M., der neue ist nur 2 M. Die Schlosser erhielten für Hinterräder früher 75 M., jetzt erhalten sie 65 M., und für Stützdrahtmaschinen ist der Lohn von 55 auf 44,80 M., für Wagenstüben von 9,42 M. auf 7,15 M. herabgesetzt. Bekümmert die Arbeiter sich über die allzu niedrigen Löhne, so ist die Antwort in der Regel: „Wem's nicht paßt, der kann gehn.“ Reinlich saubere Arbeit wird verlangt, man betrachtet ein Wagenrad so genau, als handle es sich um ein kunstvolles Uhrwerk. Und wenn es gar nichts für die Arbeit gibt, faulbar muß sie sein, soll der Meister Gesche in der Stellmacherei gesagt haben. Ferner wurde berichtet, wie auch der Schlossermeister C l a j u s sich durch sonderbare Antworten auszeichnet. „Das mach ich, wie ich will,“ soll er geantwortet haben, als Arbeiter sich darüber beschwerten, daß sie am Wochenschluß auf ihre fertige Arbeit einen viel zu niedrigen Vorschub erhielten. Zwei Arbeiter hatten Näher angefertigt, und gerechnet, daß sie für

zwei Stück mindestens 9 M. erhalten würden, sie erhielten nur 4,02 M. und halten damit kaum 25 Pf. die Stunde verdient. Auf die Beschwerde über den niedrigen Verdienst sagte ihr Meister: „Sie haben doch nur 49 Stunden gearbeitet.“ „Ja, aber zwei Mann zusammen,“ erwiderten die Arbeiter. „Da kann ich auch nichts dafür,“ meinte der Meister. Wohl ist es Vorchrist, daß kein Arbeiter eine Arbeit eher beginnen soll, als der den Akkordzettel in Händen hat, fragt er aber danach, so heißt es: „Den Zettel kriegen Sie nachher.“

Es wurden ferner, teils vom Referenten, teils in der Diskussion, noch eine ganze Reihe anderer Mißstände besprochen. Die Maschinen, Drehbänke, Schraubstühle usw. sollen fast sämtlich mangelhaft und reparaturbedürftig sein, und ebenso wird über mangelhafte Beleuchtung sowie über Unreinlichkeit geklagt. In der Abteilung des Meisters C l a j u s, wo ein Hilfsarbeiter fehlt, soll seit Wochen nicht ordentlich ausgeräumt sein, und die Wasserleitung vor Schmutz starrten. Des weitern wird berichtet, daß an einem der drei Rohrstühle des Betriebes auf dem Hofe das Schutzhäutchen fehlt, so daß man jederzeit einen schweren Unfall befürchten muß. Die Schmiede klagen bitter darüber, daß das Dach ihrer Werkstätte ganz zerfällt ist, so daß es hineinregnet und sie bei ihrer Arbeit nach werden. Um das Regenwasser aufzufangen und um nicht in tiefem Wasser stehen zu müssen, stellen sie an der Esse Eimer auf, die aber bald überlaufen, wenn sie nicht rechtzeitig geleert werden. — Bei solchen Mißständen muß es den Arbeitern natürlich noch schwerer werden, einen halbwegs annehmbaren Verdienst zu erzielen. Dazu kommt, daß die Werkzeugausgabe auf die Zeit von morgens 8½ bis 11 Uhr und nachmittags 2 bis 4 Uhr beschränkt ist, der Arbeiter in der übrigen Zeit auch für sein gutes Geld kein neues Werkzeug erhalten kann. Nicht einmal ein Bohrer ab, so muß der Arbeiter der Firma mehr dafür bezahlen, als er ihr kostet, und der Preis wird einfach vom Lohn abgezogen.

Gegen alle diese Mißstände kann natürlich nur mit Erfolg vorgegangen werden, wenn die Arbeiter sämtlich treu zu ihrer Organisation halten, und dies wurde auch in der Versammlung ganz besonders hervorgehoben.

Aktion, Lithographen und Steinbruder!

Die Differenzen in der Firma H. S. Silbermann, Berlin, Alexanderstraße, sind noch nicht beigelegt. Die Firma ist noch gesperrt!

Deutsches Reich.

Die Verschmelzung des Portefeuliverbandes mit dem Sattlerverband

ist perfekt. Eine Kräftigung der Mitglieder des Portefeuliverbandes ergab folgendes Resultat: 80 Proz. haben an der Abstimmung teilgenommen, davon stimmten 66 Proz. dafür, die anderen dagegen. Am 13. April 1909 findet in Köln der gemeinsame Verbandstag beider Verbände statt, vorher am 12. April 1909 die 7. ordentliche Generalversammlung der Sattler und der 3. außerordentliche Verbandstag der Portefeulier. Wenn auf beiden Tagungen die Verschmelzung gutgeheißen wird, haben beide Verbände vom 1. Juli 1909 ab gemeinsame Geschäftsführung.

Der Streik auf Grube Saar und Mosel.

Der Kreisdirektor (Landrat) von Forbach, Herr von Boellwardt hat in allen Ortschaften, die vom Streik betroffen sind, durch öffentlichen Maueranschlag folgende Erklärung bekanntgemacht:

„Um der in der Bevölkerung bestehenden Annahme, daß durch die Holzbrände im Saacht V eine besondere Gefahr für die Bergarbeiter besteht, entgegenzutreten, mache ich hiermit bekannt, daß nach eingehenden Feststellungen an Ort und Stelle durch den Herrn Bergmeister in Saargemünd, eine Gefahr für die Sicherheit des Betriebes nicht vorhanden ist.“

Merkenbach, den 25. November 1908.

von Boellwardt.

Herr von Boellwardt, der höchste Beamte des Kreises, den die streikenden Arbeiter sogar um Vermittlung angerufen hatten, gibt öffentlich die Erklärung, daß eine Betriebsgefahr nicht besteht, ohne auch nur einen Arbeiter gefragt zu haben, noch ohne sich persönlich davon zu überzeugen, ob die Angaben des Herrn Bergmeister auch zutreffend sind. Als er die Bekräftigung in Merkenbach anfragen ließ, trat der Wettermann H. an ihn heran und sagte ihm:

„Herr Kreisdirektor! Ich habe seit Jahren die Wetterkrafte aus, kenne den Betrieb sehr genau und erkläre Ihnen, daß Sie mit diesem Anschlag keinen Glauben finden. Herr Bergmeister von Braunmühl kann unmöglich alle Betriebspunkte befehen haben, denn sonst würde er ein solches Urteil nicht mit seinem Namen beden. Wenn der Herr Bergmeister und Sie, Herr Kreisdirektor, auch tausendmal jede Betriebsgefahr bestreiten, so besteht sie dennoch.“

Ein zweiter Wettermann und mehr als 20 Bergleute bestätigten dem Kreisdirektor die Angaben H.'s; aber dennoch blieb die Erklärung unverändert hängen.

Gegen diese offene Erklärung der Regierungsvertreter, die 1500 Bergleute einfach Lügen straft, waren die Vertreter der Organisation machtlos; sie mußten zu einer Änderung ihrer Forderungen schreiten oder sie fallen lassen. Deshalb beriefen sie eine Sitzung der Wettermänner und noch einiger älterer Bergleute, und legten denen erneut die Frage vor, ob der Bergmeister nicht doch recht haben könnte und in der Tat keine Gefahr mehr bestände. Die Leute beharrten jedoch darauf, daß direkte Lebensgefahr bestände, und verlangten eine sofortige Befahrung der Grube in Gegenwart einer von der Belegschaft gewählten Kontrollkommission. Da in dem ersten Antwortschreiben die Direktion einige Zugeständnisse gemacht hat, schlug die Streikkommission der Belegschaftsversammlung folgende neue Forderungen vor:

Nachdem der Herr Kreisdirektor von Boellwardt durch öffentliche Erklärung an die Bevölkerung das Urteil des kaiserlichen Bergmeisters von Braunmühl unterzeichnet hat, monach keine Betriebsgefahr in Saacht V besteht, hält die Belegschaft nach wie vor die Behauptung aufrecht, daß direkte Lebensgefahr besteht und bezweifelt ernstlich, daß der kaiserliche Bergmeister alle Betriebspunkte befehen haben kann, der Kreisdirektor die Zustände nicht kennt, sonst würden die Herren eine derartige Erklärung mit ihrem Namen nicht geben, fordert die Belegschaft nunmehr, daß eine sofortige Befahrung der ganzen Grube vorgenommen wird in Gegenwart einer Kontrollkommission von drei aus der Belegschaft gewählten Kameraden, des Herrn Bergmeister von Braunmühl, des Kreisdirektors und der Grubendirektion, damit die Öffentlichkeit ein wahres Urteil erhält.

Lohnregulierung dahingehend, daß die heutigen Lohnunterschiede beseitigt werden und Hauerlöhne unter 5 M. pro Schicht nicht mehr zur Auszahlung gelangen.

Die Gesamtschulden dürfen monatlich den Betrag von 5 M. nicht übersteigen.

Die bisherige Praxis, daß zum Nachfüllen der Förderung jeder Kameradschaft mehrere Wagen ohne Auswahl fortgenommen oder gediebt oder geholt werden, muß abgeschafft werden.

Lieferung der Hausbrandkohlen zum Selbstkostenpreis. Arbeiterausschüsse, denen auch die Grubentrustee obliegt, sind bis 1. Januar 1909 einzusetzen. Wählbar ist jedes Belegschaftsmitglied, das drei Jahre Bergarbeit verrichtet, wahlberechtigt jedes Belegschaftsmitglied. Die Wahl ist direkt, allgemein und erfolgt in geheimer Abstimmung.

Wohngelagen wegen Beteiligung an diesem Zustand, nach Einbehaltung des Lohnes für 6 Schichten dürfen nicht erfolgen. Den auswärtigen Kameraden muß für diesen Monat das Jahrgeld vergütet werden.“

In einer von über 1000 Personen besuchten Belegschaftsversammlung am 26. November in Merkenbach stellte Genosse L e i m p e r t s die Frage, ob die Erklärung des Kreisdirektors der Wahrheit entspreche, worauf ein tausendstimmiges „Nein!“ erklang. Einmütig erklärte die Versammlung die Befahrung des kaiserlichen Bergmeisters wie die Erklärung des Kreisdirektors für unmöglich und nahm die Forderungen in obiger Form an. Als Wetterkommission wurden die drei von der Verwaltung angeordneten Wettermänner gewählt, die nicht organisiert sind und denen nicht nachgesagt werden kann, sie seien von den Sozialdemokraten beeinflusst. Lehnt die Verwaltung die Befahrung mit ihren eigenen Wettermännern ab, weiß die Öffentlichkeit, was sie von der Erklärung des Kreisdirektors und dem Urteil des Bergmeisters zu halten hat.

In der Versammlung wurde noch mitgeteilt, daß einzelnen Kameradschaften in einem Monat 30—40 Wagen zum Nachfüllen gestohlen wurden, daß Strafen von 20, 23, 27 bis 32 M. in einem Monat über einen Bergmann verhängt worden sind. Am 25. war Lohnstag und hatten eine Anzahl Kameraden ihr Lohnbuch der Streikkommission abgegeben, von denen einzelne folgende „Mieselöhne“ aufwiesen: 00,64 M., 2,77 M., 00,06 M., 26,06 M., 00,04 M., 00,40 M., 14,23 M., 2,61 M., 00,06 M., 6,60 M., 23,00 M., 00,03 Mark, 17,31 M., 12,22 M., 10,15 M. Also Löhne von 3, 4, 5 und 6 Pf. gelangten zur Auszahlung; aber dennoch liegt offiziell kein Grund zum Streiken vor. Ein Kamerad zeigte ein Lohnbuch, das für den vorigen Monat 55¼ Schicht mit 198,90 M. aufwies; der Mann behauptet nun, er habe nur 29 Schichten verfahren und nur 113,90 M. ausbezahlt erhalten. Wobin die 85 M. gekommen seien, ist sein Lohnbuch weiter enthalte, wisse er nicht. Ähnliche Unregelmäßigkeiten sollen mehrfach vorgekommen sein!

Genosse H a u s m a n n, Eslinghofen bei Dortmund, der als Vertreter des Verbandes im Revier wirkt, besprach die Forderungen zum Schluß noch, wobei er die Unglücksigen von Rabbod so ergreifend schilderte, daß die anwesenden Bergmannsfrauen laut weinten. Er forderte die Kameraden auf, an ihren Forderungen festzuhalten, denn was hier gefordert werde, sei längst den Bergleuten in Sibirien bewilligt. Jubelnd stimmte die Versammlung im Streik auszuharren.

Ausland.

Ende der Buchbinderstreikung in Schweden.

Die Buchbinderarbeiter und Arbeiterinnen in Stockholm und Eskilstuna haben nun dem Tarifvorschlag der Arbeitgeber zugestimmt, der zwar einige Lohnerhöhungen bietet, die jedoch durch Einführung von Stundenlöhnen statt der Wochenlöhne wieder verloren gehen. Die Arbeit ist Anfang dieser Woche wieder aufgenommen worden, es blieben jedoch vorläufig noch etwa 100 ausgesperrte arbeitslos. Der Lohnkampf hat über 18 Wochen gedauert. Um ihn zu beenden, hatte die Arbeitgebervereinigung eine Massenaussperrung beschlossen, die sich unter anderem gegen die Textilindustrie des ganzen Landes erstrecken sollte. Die Buchbinder wollten es vermeiden, daß ihre Kollegen zehntausende von Arbeitern anderer Berufe nun in der Zeit der schwersten Wirtschaftskrise von dem brutalen Unternehmertum auf die Straße gestoßen wurden, und nahmen deshalb das Angebot der Arbeitgeber an.

Versammlungen.

Deutscher Holzarbeiterverband. In der am Mittwoch abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung hielt G u g e n b r a u n e r einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Gewerbetätigkeit. — Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit dem Umwelen der Ueberstunden in verschiedenen Betrieben. Leopold führte hierzu aus: Nach früheren Beschlüssen des Verbandes seien die Mitglieder verpflichtet, der großen Arbeitslosigkeit dadurch nach Möglichkeit entgegenzuwirken, daß sie ihre Arbeitgeber zur Verstärkung der Arbeitszeit und Einstellung arbeitsloser Kollegen veranlassen. Dieser Beschluß sei, wie man erwarten konnte, von den Unternehmern bekämpft worden. Bedauerlicherweise werde der Beschluß aber auch von den Kollegen nicht genügend beachtet. In ein Teil der Kollegen habe sich sogar bewegen lassen, jetzt, zu einer Zeit, wo etwa 3000 Holzarbeiter in Berlin arbeitslos sind, Ueberstunden zu machen. Es handele sich um einige Betriebe, welche augenblicklich etwas eilige Arbeit haben. Anstatt neue Kräfte einzustellen, hätten die betreffenden Meister verlangt, daß Ueberstunden gemacht werden, und die Kollegen seien auch darauf eingegangen. Auch Sonntags sei sogar in manchen Werkstätten gearbeitet worden. Das habe natürlich in den Reihen der Arbeitslosen mit Recht große Entrüstung hervorgerufen. Das Verhalten der Kollegen welche jetzt Ueberstunden und Sonntagsarbeit verrichten, sei ganz entschieden zu verurteilen. Die betreffenden Kollegen seien verpflichtet, in den Werkstätten, wo dringende Arbeiten vorliegen, die Ueberstunden zu verweigern und zu verlangen, daß statt dessen einige der arbeitslosen Kollegen eingestellt werden.

Hierzu wurde folgende Resolution angenommen:

Die Gesamtvertrauensmännerversammlung der Berliner Holzarbeiter nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß zu einer Zeit, wo in Berlin 3000 Holzarbeiter arbeitslos sind, in mehreren großen Betrieben Ueberstunden gemacht wurden. Die Versammlung spricht den Kollegen dieser Werkstätten ihre schärfste Billigung aus.

Sie macht es allen Kollegen zur Pflicht, die Verbandsbeschlüsse einzuhalten und die Ueberstunden abzulehnen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Weitere Opfer von Rabbod.

Hamm, 27. November. (W. Z. S.) In der vergangenen Nacht, beziehungsweise heute früh, sind im katholischen Krankenhaus noch drei der auf der Grube Rabbod verunglückten Bergleute gestorben. Damit sind von den ursprünglich Berechneten insgesamt acht ihren Verletzungen erlegen.

Wirkungen der Krise.

Hannover, 27. November. (W. Z. S.) Die Maschinenfabrik D. Treuer u. Co. hat 100 Arbeitern gekündigt und die Arbeitszeit der übrigen auf 8 Stunden täglich eingeschränkt. Auch in anderen Betrieben macht sich die Krise sehr bemerkbar.

Bergmanns Ende.

Keslinghausen, 27. November. (W. Z. S.) Auf Grube „Waltropf“ wurden durch einen Bloß, der aus dem Hangenden stürzte, zwei Hauer verunglückt. Erst nach Verlauf von mehreren Stunden war es möglich, die beiden Verunglückten als Leiden zu bergen.

Die Finsternis in neuer Auflage.

Hannover, 27. November. (W. Z. S.) Heute nachmittags 5½ Uhr versetzte abermals das elektrische Licht infolge eines erneuten Kabeldefekts in der elektrischen Zentrale. Infolgedessen wiederholten sich im öffentlichen Verkehr die geistigen Mißstände. Das Hoftheater mußte wiederum die Vorstellung ausfallen lassen. Als der Holzzug in den Bahnhof eintraf, war dieser infolge der Lichtstörung in Dunkel gehüllt. Um 7½ Uhr war die Störung noch nicht behoben.

Ein fetter Wissen.

Budapest, 27. November. (W. Z. S.) Unbekannte Täter sind nachts in die Räume der Sparkasse in Marzall eingebrochen, sprengten die eiserne Kasse und raubten Wertpapiere und Bargeld in Höhe von ½ Millionen Kronen.

Reichstag.

170. Sitzung vom Freitag, den 27. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Sydow.

Auf der Tagesordnung steht die

Fortsetzung der ersten Beratung der Reichsfinanzreform.

Hg. Dr. Müller-Reinigen (fr. Sp.): Im Gegensatz zu dem Optimismus des Herrn v. Sump möchte ich von den Steuervorlagen mit Wilhelm Buch sagen:

Hier sieht man ihre Trümmer rauchen, Der Rest ist nicht mehr zu gebrauchen. (Heiterkeit.)

Zu diesen rauchenden Trümmern kann ich das Branntweinmonopol und die Zigarettenbanderole rechnen; ich wollte, ich könnte auch die Elektrizitätssteuer und die Inkeratensteuer dazu rechnen, aber mit aller Gewalt werden wir uns dagegen sträuben, daß auch die Erweiterung der Erbschaftsteuer dahin gehört. Mit aller Gewalt bestehen wir darauf, daß bei einer Erhöhung der indirekten Steuer auch eine direkte Steuer eingeführt wird (Sehr richtig! bei den Freisinnigen); ihre Form ist uns weniger wichtig, aber bei den Herren rechts ist die Furcht vor der Erbschaftsteuer ihrer politischen Weisheit Anfang. Die vorgeschlagene Nachlasssteuer mag eine schlechte Form sein, man hätte einfach den § 12 des Erbschaftsteuergesetzes auch auf Ehegatten und Deszendenten anzuwenden sollen. Die Herren rechts wollen das größte Stück aus der Vorlage herausreißen und fordern von uns dann ein Opfer der Ueberzeugung (Sehr gut! bei den Freisinnigen); sie belämpfen die Erbschaftsteuer heute noch mit denselben Argumenten wie vor 2000 Jahren Plinius, trotz der Umwälzung aller staatsrechtlichen und sozialen Verhältnisse. Im Jahre 1796 erklärte der Minister Pitt die Erbschaftsteuer für Ehegatten und Kinder für undenkbar — neun Jahre darauf wurde sie in England eingeführt, und heute ist sie die Grundlage des englischen Staats, in den sie mit 300—400 Millionen Mark eingeführt ist. In fast allen Kulturstaaten ist sie eingeführt. Man sagt, die Landwirtschaft würde besonders darunter leiden. Aber alle angeführten Bedenken richten sich gegen die Nachlasssteuer und fallen fort bei der Besteuerung des Erbansfalls. Die geplante Erweiterung der Erbschaftsteuer geht uns nicht weit genug; die im Gesetz von 1906 enthaltenen Lücken müssen beseitigt werden. Ich appelliere hier wie der Reichsfinanzsekretär an die Vaterlandsliebe: Der Landesfürst und die Landesfürstin dürfen sich nicht Privilegien geben lassen, die in schneidendem Gegensatz zu den Finanzansprüchen des Reiches stehen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Auch das Privileg der toten Hand, dieses Ueberbleibsel des absoluten und kirchlichen Staates, muß beseitigt werden. Während man die offiziellen Kirchen bevorzugt, erschwert man den freien religiösen Gemeinschaften das Leben.

Neben der Erweiterung der Erbschaftsteuer verlangen wir eine Reichsvermögenssteuer. Ohne sie, fürchte ich, ist die ganze Reform bereitet. — Der Redner des Zentrums, Herr Sped, hat sich hier als unheimlichste Schönheit hingestellt. (Große Heiterkeit.) Wenn man ihn hörte, konnte man glauben, das Zentrum sei an der Finanzmisere ganz unschuldig. Aber gerade unter der glorreichen Herrschaft des Zentrums von 1890—1906 sind unsere Schulden von einer auf fast vier Milliarden gewachsen! (Sehr gut! bei den Freisinnigen.) Wir verlangen also eine Reichsvermögenssteuer, und die Regierungen haben sie mit der Einkommensteuer, die eine partielle Reichsvermögenssteuer ist, auch schon einmal akzeptiert.

Ich habe nun noch den Auftrag, über die Elektrizitäts- und Inkeratensteuer zu sprechen, zwei Originalwerke des gegenwärtigen Reichsfinanzsekretärs, bei denen hoffentlich die Lücke des Objekts die Mühel der Idee überwinden wird. (Heiterkeit.) In Süddeutschland zeigt sich nicht gerade eine Reichsverschwendung, aber eine „Simplissimus“-Stimmung, zu der ein Partikularismus der wirtschaftlichen Interessen getreten ist. In einer solchen Zeit die öffentliche Meinung durch eine solche Steuer aufzuregen, scheint uns bayerischen Liberalen nicht nur ein politisches Vergehen zu sein, sondern eine politische Torheit. So komisch es klingen mag, Bayern steht heute unter dem Zeichen des Wassers. (Große Heiterkeit.) Die bayerische Regierung geht daran, durch Ausnutzung der Wasserkraft, der weißen Kohlen, den Mangel an schwarzen Kohlen zu ersetzen. Das besonders Gefährliche an der Elektrizitätssteuer ist, daß sie eine Besteuerung des technischen Fortschritts ist. Sie schädigt ferner das Kleingewerbe, das nur mit Hilfe der Elektrizität gegen die Konkurrenz des Fabrikbetriebes bestehen kann, und das Gas spielt seit der Einführung

der Gasautomaten eine sehr große Rolle für die Arbeiterbevölkerung. Ferner verlangt die Elektrizitätssteuer einen großen Kontrollapparat, der aber noch größer ist bei der Inkeratensteuer, die zu einer Verschlechterung unserer politischen Presse führen muß. Das ist durchaus keine — „Schwarzerei“, sondern der Bundesrat soll ja Maßregeln erlassen können, die durch ihre Schikanen — Schnäffeln nach der Abonnentenzahl usw. — mißliebige Blätter geradezu vernichten können. Am meisten wird die kleine Provinzpreise unter dieser Steuer zu leiden haben. Bei den geplanten Kontrollmaßregeln muß man sagen, jeder Verleger steht täglich mit einem Bein vor dem Strafrichter. (Heiterkeit.) Und die Ertragskräfte dieser Steuer würden sehr unbedeutend sein, das zeigen ihre Ergebnisse in den Kulturstaaten, welche sie haben: Serbien und die Türkei. (Heiterkeit.)

Der Bedarf wird sich auf 300—350 Millionen herabdrücken lassen. Freilich sagt der Schatzsekretär, dann geht das Geld in einigen Jahren von neuem los. Es gibt viele, die meinen, das kommt so wie so, wenn nicht eine Änderung unseres ganzen Systems angebahnt wird. (Zustimmung bei den Freisinnigen.) Statt hier seine Rede gegen den Luxus zu halten, hätte der Reichsfinanzsekretär uns mitteilen sollen, wie er auf dem Gebiete der Militärverwaltung Ersparnisse durchzuführen will. Will der Reichsfinanzsekretär mit seinem non habeo pecuniam (ich habe kein Geld) auch den Anforderungen des Militärabministers widerstehen? Glaubt er, dafür sorgen zu können, daß mit den geradezu krankhaften Veränderungen an den Uniformen und dergleichen aufgehört wird, die mit der militärischen Tüchtigkeit gornichts zu tun haben? Dazu bedarf es der Kräftigung der Stellung des Staatssekretärs. Er ist nur Kalkulator für das, was die andern ausgeben. Steht der Reichsfinanzler hinter ihm, so mag es noch gehen. Ist das nicht der Fall, so hängt er vollständig in der Luft. (Große Heiterkeit. Zuruf: Er muß angefeilt werden.) Wir müssen einen verantwortlichen Reichsfinanzminister bekommen, gegen den Reichstag auch mit einer Klage vorgehen kann; das würde seine Stellung gegenüber den anderen Ressorts stärken. Damit werde ich instinktiv auf die große Frage der konstitutionellen Garantien zurückgeführt. Sie steht in allerengster Verbindung mit der Reichsfinanzreform. Ein Votum, dem solche Opfer zugemutet werden, kann verlangen, daß seine politische Mündigkeit anerkannt wird. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Fürst Bismarck hat die Armee, die Finanzen und die Justiz Lastenverteilung und die gesteigerte Anteilnahme des Volkes an den Staatsgeschäften. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Wenn die linksliberalen Parteien die Parallellaktionen, von denen Herr v. Payer in voller Uebereinstimmung mit der Fraktionsgemeinschaft gesprochen hat, in diesem Sinne durchzuführen, so werden sie dem Volke und Reich wertvolle Dienste leisten. (Lebhaftes Bravo! bei den Freisinnigen.)

Hg. Schmidt-Altenburg (Rp.) (auf der Tribüne sehr schwer verständlich) wendet sich gegen die weitere Ausdehnung indirekter Sondersteuern, die entweder zur Konsumtionserschädigung oder zur Verlastigung und Schädigung der Gewerbebranche führen werden, die die Belastung nicht auf die Konsumenten abwälzen können. Von diesem Gesichtspunkte aus sei die Tabaksteuer zu verwerfen, zumal in der vorgeschlagenen Form der Vandalensteuer.

Hg. Rommjen (fr. Sp.): Der Herr Vorredner hat eine sehr fachliche und scharfe Rede gegen die indirekten Steuern gehalten. Ich wünschte, es ständen recht viele Parteigenossen auf seinem Standpunkt, dann könnte es wirklich einen dauernden Block geben. Aber so lange es so wenige sind, glaube ich nicht an die Dauer des Blocks. Die Regierung braucht viel dringender als jemals die Mitarbeit nicht nur der sogenannten Regierungsparteien, sondern des ganzen Volkes, und diese Mitarbeit kann sie haben in dem Moment, wo sie dem Verlangen des ganzen Volkes auf anderen Gebieten in richtiger Weise Rechnung trägt. (Sehr gut! links.) Der Herr Reichsfinanzler hat sehr recht: das deutsche Volk kann stärkere Lasten tragen, nur muß man die Lasten anders verteilen. (Lebhaftes Zustimmung links.) Der Reichsfinanzler mahnt uns zur Sparsamkeit. Aber das Deutsche Reich und Preußen steht seit zehn Jahren unter seiner verantwortlichen Leitung, er hätte also zunächst an seine eigene Brust schlagen müssen. Es kann eine große Anzahl von Beamten gekürzt werden. (Bravo! links.) Am wenigsten verständlich ist die Mahnung zur Sparsamkeit an die Kommunen, höchstens verständlich vom Standpunkte dessen, der Anleihen zum hohen Kurse zu verkaufen hat. (Sehr gut! links.)

Was die einzelnen Steuern anbelangt, so habe ich dabei von einer neuen Wera nichts merken können. Das ungeheuerlichste ist die Elektrizitäts- und Gassteuer. Ich bedaure, daß ein solcher Entwurf überhaupt gedruckt werden konnte. Ebenso liegt es mit der Inkeratensteuer. Hier werden vor allem die Fachblätter getroffen, also wieder das Gewerbe und vor allem das kleine und mittlere Gewerbe. Den Tabak halte ich allerdings für ein gutes Steuerobjekt, nur müßte es wesentlich anders angefaßt werden als bei der vorgeschlagenen Vandalensteuer. Interessant ist, daß die einzige direkte Steuer, die alle Besitzenden trifft, abgelehnt wird von den Vertretern des Großgrundbesitzes, denselben Leuten, die das Spiritusmonopol verlangen und dabei vom Reich obendrein noch ein großes Geschenk bekommen sollen. (Hört! hört! links.) Das Ziel unserer Wirtschaftspolitik muß sein: Veseitigung, wenn auch allmähliche, der Lebensmittelmögel, Aufhebung der Salzsteuer und ihre Ersetzung durch wirklich ausreichende Konsumsteuer und direkte Steuern. (Bravo! links.)

Hg. Schweichardt (lib. Sp.): Zur Besetzung unserer Finanzen muß eine gründliche Einschränkung in den Ausgaben vorangehen. (Sehr richtig! links.) Das Spiritusmonopol betreffen wir wie jedes Monopol als Eingriff in die Gewerbefreiheit. Für die Entschädigungen werden dabei noch 190 Millionen Mark verlangt, die wieder durch Anleihen aufgebracht werden sollen —, als ob wir noch nicht genug Schulden hätten. Man will mit dem Monopol die Vergünstigungen für die Großgrundbesitzer vereinen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Die Gas- und Elektrizitätssteuer rechnen wir als durchaus verfehlt ab. In Süddeutschland braucht die Industrie billige elektrische Kraft, und man sollte die Entwicklung nicht durch Verteuerung der elektrischen Kraft fördern. Beinhlich liegen die Verhältnisse beim Gas, das in Süddeutschland vielfach an Stelle der teuren Kohle und des teuren Holzes zum Heizen gebraucht wird. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Direktor im Reichsschatzamt Kühn erklärt, das Reichsschatzamt habe sich bei der Bearbeitung der Branntweinmonopolvorlage mit Männern der Spirituszentrale in Verbindung setzen müssen, da diese die einzigen waren, die Erfahrung auf diesem Gebiete besaßen. Deshalb sollte man also nicht, wie der Vorredner getan, Vorwürfe gegen das Reichsschatzamt erheben.

Hg. Vogt-Grailsheim (wirtsch. Bg.) erklärt sich für eine Reichsvermögenssteuer, gegen das Branntweinmonopol und die Weinsteuern, der die württembergische Regierung leider zugestimmt habe.

Hg. Siedewald (Antif.): Nicht das persönliche Regiment allein ist schuld an unserer Finanzmisere, wie der Abg. Siedewald meinte; wir sollten nicht vergessen, daß die Regierung fortgesetzt durch den Reichstag zu Ausgaben gedrängt ist. Wir stehen heute vor der furchtbaren Gefahr, in die Schuldnechtschaft der goldenen Horde zu geraten. (Sehr richtig! bei den Antifemiten.) Tragen wir die Schulden nicht ab, so haben wir in den nächsten 32 Jahren lediglich an Schuldzinsen 10 Milliarden Mark zu bezahlen. Angefichts dessen ist die gegenwärtige Forderung von 1/2 Milliarde nicht zu hoch, und es wäre sehr gut, wenn die Summen für die Schuldentilgung verdoppelt werden könnten. Die Lasten bei den Steuern sollen aber auf die tragfähigen Schultern kommen, das ist das Großkapital. In der Vorlage sucht man vergebens nach einem sozialen Gedanken. Das Großkapital wird geschont und die Lasten werden dem Mittelstande aufgebürdet. Das zeigt sich bei der Branntweinsteuer, bei der Tabaksteuer, bei der Tabaksteuer, beim Weinsteuergesetz, beim Weinsteuergesetz. Man sollte eine Getränkesteuer einführen, der aber vor allem auch die alkoholischen Getränke unterworfen werden müssen, die mit einem Gewinn von 500 Proz. und mehr hergestellt und verkauft werden. Eine Nachlasssteuer sollte erst bei 100 000 M. gefordert werden, bei einem niederen Satz müßte mindestens immobilier Nachlaß freigelassen werden. Die Gas- und Elektrizitätssteuer kommt mir genau so vor wie die Fahrkartensteuer; sie bewilligen bedeutet den gerundeten Fortschritt hemmen. Für durchführbar halten wir eine Reichsvermögenssteuer, welche den Kapitalismus trifft. Auch eine Reichszuwachssteuer sollte das Reich einführen. Eine dem Volke sympathische Steuer ist vor allem die Wertsteuer. Der Bergwerbsbetrieb sollte zur Reichssache gemacht, die Bergwerksbesitzer sollten enteignet werden. Der Appell an den Patriotismus wäre auch berechtigt gegenüber den Fürsten des Deutschen Reiches, die freiwillig verzichten sollten auf ihre vererbten Privilegien. (Bravo! bei den Antifemiten.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend, 11 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Kleines feuilleton.

Wie die Schauspieler auf der Bühne sterben. Die „Peterburgsaja Gaseta“ hat eine kleine Umfrage veranstaltet, um zu ergründen, wie die Petersburger Bühnengrößen auf der Bühne sterben.

Wie machen es die Bühnenkünstler auf der Bühne, um möglichst realistisch zu sterben? Machen sie Studien im wirklichen Leben, in Hospitälern? Diese Meinung ist im großen Publikum weit verbreitet. Alle Bühnenkünstler, die darum befragt wurden, gaben aber eine verneinende Antwort. Sie erreichen die Wirkung des natürlichen Sterbens auf der Bühne durch instinktives künstlerisches Empfinden. Die Sawina erklärte: „Wenn man den Tod durch Gift markieren soll, muß man wissen, an welchem Ort er erfolgt und welche Wirkungen dieses Gift ausübt. Gewöhnlich hole ich dazu den Rat eines Arztes ein. Ich habe gehört, daß Schauspieler den Tod am Sterbebett eines Menschen studiert haben. Ich habe nie zu solchen Zwecken Studentenbesuche gemacht, und die Ärzte haben immer gefunden, daß ich das Sterben auf der Bühne naturwahr darstelle.“ Gegen das Studium des Sterbens in Hospitälern sprach sich auch Salmatow entschieden aus: „Wem es durch sein Talent gegeben ist“, sagte er, „der wird von selbst die richtige Wiedergabe des Sterbens auf der Bühne erreichen.“ B. B. Samoilow, der vorzugsweise „defadente“ Bühnenfiguren zu spielen hat, schloß sich den Ansichten seiner Bühnengenossen über die Markierung des Todes auf der Bühne an. Auch er will das Studium der Todesart nur auf Erkundigungen bei Ärzten beschränken. Diese seien aber in vielen Fällen unerlässlich. So müsse man bei der Darstellung des Oswald in „Osepestein“ vor dem Sterben an progressiver Paralyse nicht vergehen, die charakteristische Bewegung des Tassens nach dem Hinterkopf zu machen. In „Soboms Gab“, wo der Held des Stückes am Herzschlag stirbt, müsse man sich, damit dieser Tod dem Publikum nicht unerwartet kommt, vorher mehrmals ans Herz fassen. Alles übrige müsse einem aber der künstlerische Instinkt eingeben. In seinen weitesten Ausführungen vertrat Samoilow den Standpunkt, daß der Schauspieler nie über die Grenzen der Kunst hinausgehen dürfe. Das viele Blutvergießen, wie es in den alten Schauerdramen üblich war, sei in modernen Stücken nicht mehr angebracht. Die Szenen, in welchen der Bösewicht dem Helden das Messer in das weiße Hemd stößt und dadurch ein paar Beeren zerdrückt, deren roter Saft herausspritzt, sind mit den alten Melodramen von der Bühne verschwunden. Der Opernsänger Dawydow sprach die Ansicht aus, daß in Opern mit dem Sterben der Helden geradezu Mißbrauch getrieben werde: „Gestern“, sagte er, „hat man mich als Lenski im „Jungens Oregan“ im Duell erschossen, heute löst man mich als „Dubrowski“. Im „Onegin“ ist es leichter zu sterben, weil man dabei nicht, wie in anderen Opern, noch zu singen hat. In „Sonnens „Rust““ singt der Valentin noch lange, nachdem er schon tödlich getroffen ist. Ebenso fest in der „Bique-Dame“ er erhobene Hermann noch einige Zeit seinen Gesang fort. Das ist unnatürlich — die Komponisten wollen aber von dieser Ge-

pflogenheit nicht lassen. Jedes Spiel kann man von Opernsängern nicht verlangen: in der Oper ist kein Platz für Realist. Denken Sie an Othello: Verdi läßt ihn noch mit geschneidener Gurgel singen! ...“

Theater.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus: „Jemingard“, Drama von Herbert von Berger. Die schlimmen Ahnungen, die der germanische Jungfrauennamen im Verein mit den Römern und deutschen Kriegern auf dem Theaterzeitel hervorrief, wurden durch die Aufführung pünktlich beseitigt. Dies Drama ist typisch für die Art und Weise wie die Gymnasialrezeptionen ganz gut begabter junger Leute unter Beihilfe jener „gebildeten Sprache, die für und dichtet und denkt“, sich zu dramatischen Konflikten und Trauerspielen umsehen. Ein „tragischer Ausgang“ läßt sich in Zeiten, wo das Schwert so locker in der Scheide sitzt, im Handumdrehen finden und ebenso auch die Beziehung einer blutigen Handlung zu irgend einer Art „Idee“, vor allem aber, man kann da seine Gesäpfe handeln und reden lassen, wie man will, ohne jene lästige Kontrolle des psychologischen Rätisels, die der Zuschauer aus eigener Erfahrung ausübt. Von einer Anna glaubt doch jeder etwas zu verstehen, aber wer will erkennen, was alles bei einer Jemingard möglich ist? Als der römische Feldherr Flaminus, durch den Anblick der gefangenen deutschen Fürstentochter rasch verdeckelt, in unwiderstehlich-süßem Goldschmittkritzen das Herz der Spröden bestürmt, gibt sie sich nach langer Gegenwehr dem Feinde ihres Landes mit den schönen Worten hin: „Morgen töte mich!“ Mit der „tragischen Schuld“ verbindet sich fogleich der wohlthuende Ausblick auf die poetische Gerechtigkeit, die schon für Bühne sorgen wird. Da Flaminus begreiflicherweise ihren Wunsch nicht ausführt, wählt das Schicksal Jemingards Vater, den alten Fürsten Armin, zum Vollstrecker. Sie erfährt von ihm den Handstreich, den ihre Volksgenossen gegen die Burg der Römer planen und böhrt, indem sie das Geheimnis vor Flaminus bewahrt. Der Ueberfall gelingt und ein gewaltiges Pogoden hebt an. Stagenweis häufen sich die Leichen auf der Bühne. Den Anfang machen ihre beiden unmündigen Brüder, die Geiseln. Zum Schluß kommt sie heran. An der Seite des gefallenen Geliebten, vor ihres siegreichen Vaters Augen erdolcht sie sich. Die Abschiedsszene zwischen Armin und den beiden kleinen Söhnen, die wissen, daß sie als Geiseln den Ueberfall mit ihrem Leben zahlen werden, war die einzige, die einen gewissen Nachhall im Publikum hinterließ, sonst herrschte unumschränkt die Pirae und die Langeweise. Die Inszenierung war stimmungsw. dt.

Humor und Satire.

— Das rote Röckchen und der verfluchte Heilige. In einer Wustkritz der Zeitschrift „Morgen“ liest man wörtlich: „In der Balalaika spielt alles mit, was es an greifbaren Dingen gibt. Dieser Ton ist die Melodie menschlichen Nögelns hinter toten Samthorhängen. — Wenn die Balalaika in Europa spielt, werden die Männer rot und unruhig, und die Frauen kehnen sich zurück und verdröhen die Augen. Das Balalaika-Orchester erstirbt einen

Wiener Walzer aus seiner geheimnisräumerischen Galanterie zu fleischlichen Grimassen. Ein einziger Geigenstrich hinein in das lagenhaft schleichende Brustbündel dieses Naturklangs müßte wirken wie das weiße Lächeln eines verfluchten Heiligen.“

— Das richtige Buch. „Dies würde gerade das richtige Buch sein, das Sie Ihrer Frau vorlesen könnten“, meinte der Kolporteur. — „Ich lese nicht und habe auch keine Frau!“ schnauzte Herr Robbs. — „Nun, wenn Ihre Frau tot ist, sind doch vielleicht Kinder da. Und Kinder finden gerade dieses Buch.“ — „Kinder sind auch nicht da! Es ist keiner da außer mir und der Kage.“ — „Nun“, verteilte der verzweifelte Kolporteur, „brauchen Sie denn da nicht mandmal ein gutes, schweres Buch, um es nach der Kage zu werfen, bloß so zur Verabigung Ihrer Gefühle? Bei den meisten Büchern würde es Ihnen leid tun, sie auf diese Weise zu ruinieren, aber dies —“ (Antwort.)

Notizen.

— Kunstabend. In der Reihe der Liederteller-Abende des Schiller-Theaters wird am Sonntag im Bürgeraal des Berliner Rathauses ein „Jugo Wolf-Abend“ veranstaltet. Es werden außer Liedern auch Partien aus seiner Oper „Corradino“ vorgetragen. Den einleitenden Vortrag hält Dr. Max Durdorf. — Im Schiller-Saal, Charlottenburg, findet Sonntag 8 1/2 Uhr ein Theodor Körner-Abend statt.

— Aufführungen. Julius Wabs Drama „Das Blut“ vermochte im Stuttgarter Hoftheater nicht tiefer zu interessieren. — Das Trauerspiel „Therites“ von Stefan Zweig wurde gleichzeitig in Kassel und Dresden mit Erfolg aufgeführt.

— Was Milton für sein „Verlorenes Paradies“ bekam. Am 9. Dezember werden 300 Jahre seit der Geburt des großen puritanischen Dichters Milton verlossen sein. Im Britischen Museum ist jetzt schon eine Ausstellung von Milton-Reliquien eröffnet. Auch der Vertrag vom 27. April 1667, den Milton mit dem Drucker des „Verlorenen Paradieses“ abschloß, ist zu sehen. Laut diesem Vertrag bekam Milton für die erste und für jede weitere Auflage 100 M., eine auch bei Berücksichtigung der höheren Kaufkraft des Geldes von damals sehr bescheidene Summe. In Deutschland freilich erreichten die Autorenhonorare noch beträchtlich später nicht diese Höhe.

— Die Drahtseilbahn auf den Fujiyama. Aus im fernem Osten vollzieht sich die Entwicklung zum Industrie beherrschten Zeitalter auf Kosten der Unberührtheit der alten Natur schönheiten. Der Just, der berühmteste Berg der japanischen Inseln der mit seinem mächtigen Kegel weithin sichtbar über das Meer emporragt und zu einem Wahrzeichen Japans geworden ist, ist jetzt mit einer modernen Drahtseilbahn versehen worden. Die „Minerva“ berichtet, daß der Bau bereits begonnen hat. Auf dem Gipfel des Fuji soll ein mächtiger elektrischer Leuchtturm emgericht werden, der zur Nachtzeit seine Strahlen weithin über das Land ergießen wird.

In unserem Bericht über die Sitzung vom Mittwoch dieser Woche („Vorwärts“ Nr. 277) war eine wichtige Stelle aus der „denkwürdigen“ Rede des Staatssekretärs von Wehmann-Hollweg durch Sachfehler unklar, verunstaltet, so daß wir es für erforderlich halten, sie nach dem Szenogramm zu wiederholen:

Der Sinn und der Wortlaut meiner Erklärungen ist dahin gegangen, daß das nationale Interesse, welches für den Sprachenparagrafen maßgebend gewesen ist, gerade auch gegenüber den Arbeitern polnischer Sprache im Westen des Reichs zur Geltung kommen müsse, weil, wie ich das im ganzen Verlauf der Verhandlungen über das Vereinsgesetz wiederholt betont habe, ich nicht anerkennen kann, daß die polnischen Gewerkschaftsorganisationen, namentlich im Westen des Reichs, ausschließlich gewerkschaftliche Zwecke verfolgen (Antrabe links und bei den Sozialdemokraten), sondern wollen es sich bei ihnen überall darum handeln, politischen nationalen Zielen nachzugehen. (Sehr richtig! recht!). — Antrabe und Bursche bei den Sozialdemokraten.)

Parlamentarisches.

Zur Gewerbeordnungsnovelle.

Der an das Plenum des Reichstages gelangte Teil der Gewerbeordnungsnovelle will aus Anlaß der Berner Konvention die zehnstündige Maximalarbeitszeit für Arbeiterinnen mit dem 1. Januar 1910 einführen und die bislang nur für Fabrikarbeiter gültigen Vorschriften der Gewerbeordnung auf alle Betriebe ausdehnen, in denen mindestens zehn Arbeiter beschäftigt werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zu der in der nächsten Woche beginnenden zweiten Lesung des Gesetzesentwurfes im Plenum eine Reihe Anträge gestellt, deren Inhalt folgender ist:

Es soll an Stelle der zehnstündigen Höchst- arbeitszeit am 1. Januar 1909 eine neu- stündige und vom 1. Januar 1912 eine acht- stündige treten. Die Vorschriften sollen ferner für alle Betriebe gelten, für die (nicht nur in denen!) mindestens fünf Arbeiter beschäftigt sind. Dieser Abänderungsantrag soll verhindern, daß mit Hilfe der Heimarbeit die Schutzbestimmungen umgangen und die Heimarbeiten ausgedehnt werden.

Die Schutzbestimmungen, die heute für Jugendliche von 14 bis zu 16 Jahren gelten, sollen auf alle jungen Leute bis zu 18 Jahren ausgedehnt werden.

Den Wöchentlichensatz, den die Kommission von sechs auf acht Wochen ausdehnen will, wollen die Anträge der Sozialdemokraten auf 12 Wochen erstrecken und gleichzeitig die Einführung von Krankengeld für diese Zeit als ein Obligatorium für Gemeindefrankenversicherungen und alle Kranken- kassen durchsetzen. Die Kommission sieht Ausnahmen von der gesetzlichen Höchstarbeitszeit für 40 Tage bei außer- gewöhnlicher Ueberhäufung mit Arbeit, Unterbrechung des Betriebes durch Naturereignisse und für Saisonbetriebe vor. Der sozialdemokratische Antrag will die Ausnahmetage auf 30 herabsetzen.

§ 139a Ziffer 5 ermächtigt den Bundesrat, für Gewerbe- zweige, in denen die Nachtarbeit zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeits- ergebnissen dringend erforderlich erscheint, Ausnahmen von den Schutzbestimmungen für 60 Kalendertage zuzulassen. Auch diese Zahl auf 30 herabzusetzen, wird von unserer Fraktion beantragt.

Weitere Anträge verlangen, daß bei Gestattung von Aus- nahmen wegen außergewöhnlicher Häufung von Arbeiten Arbeit nicht bis 9 Uhr, sondern höchstens bis 8 Uhr gestattet werde.

Die elfstündige Ruhezeit der Arbeiterinnen und Jugend- lichen wollen weitere Anträge auch für die Ausnahmefälle ge- wahrt wissen.

Die Ermächtigung der unteren Verwaltungsbehörde, von dem Arbeitslohn um 5 Uhr an Sonnabenden und den Vor- abend von Festtagen Ausnahmen zu gestatten (§ 138a Abs. 5 S. 2), soll beseitigt werden. Endlich soll die elf- stündige Ruhezeit, entgegen dem Kommissionsbeschuß, auch auf das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe sowie auf das Verkehrsgewerbe erstreckt werden.

Weingesehkommission.

In der Donnerstagssitzung debattierten Professor Kulisch als Sachverständiger sich ausführlich über den jetzigen Umfang und über die Wirkungen der Zuckung: Es liege ein erschreckendes Be- weismaterial dafür vor, daß mit Vorbedacht große Mengen von Säure erzeugt werden, um Zucker verwenden zu können! In welcher Weise mit der Zuckung Miß- brauch getrieben wird, geht u. a. daraus hervor, daß eine große Weinstirma zugelassen habe, den besten Jahrgang 1900 um 40 bis 50 Proz. gestreckt zu haben!

Genosse David führte aus, daß man durch Befestigung einer Höchstgrenze die Zuckung bis zu dieser Grenze immer schätze, auch wenn die Trauben überreif wären; deshalb erscheine es ge- boten, daß der Zuckwasserzusatz nur soweit gestattet werde, als es zur Wässerung des herben Geschmacks erforderlich sei. Nach längerer Debatte wurde mit 14 gegen 11 Stimmen beschlossen, in das Gesetz eine Zweckbestimmung für das Zuckern einzufügen. Eine noch einzusetzende Subkommission soll dem Plenum der Kom- mission entsprechende Vorschläge machen, ob die Haftung der Re- gierungsbehörde, die zur Voraussetzung mangelnde Reife der Trauben hat, oder ob einer der vorliegenden Anträge, welche die Zuckung nur zum Zwecke der Verbesserung, nicht der Veredelung des Weines gestalten wollen, oder ob eine ganz neue Formulierung des Begriffs verfaßt werden soll.

Die Höchstgrenze der zulässigen Zuckung wurde auf Antrag Gaufer mit 15 gegen 12 Stimmen auf ein Fünftel des fertigen Produktes festgesetzt. — Die schon eingebrachten Weinsachen zielten wieder einen Tisch im Kommissionszimmer. Niemand würdigte sie jedoch nach den Erfahrungen vom Mittwoch eines Blickes!

Am Freitag beriet die Kommission über den Zeitraum, in dem die Zuckung zugelassen werden soll. Bis jetzt besteht darin keinerlei Beschränkung. Die Regierungsvorlage schlägt vor: vom Beginn der Weinlese bis zum 31. Januar des folgenden Jahres, während die Winzer meist einen kürzeren Zeitraum wünschen. Ihren Argumenten wurde entgegengehalten, daß gerade die Zeit- beschränkung der Zuckung zu deren Vermehrung beitrage; denn mancher Winzer, der im Zweifel sei, ob der betreffende Jahrgang des Zuckers bedürfe, werde, um sicher zu gehen, auf alle Fälle zu deren Beschaffen wurde schließlich mit 14 gegen 10 Stimmen 1. daß bei der Zuckung über den Schluß des Kalenderjahres nicht hinaus- gegangen werden dürfe; 2. einmal gezeufter Wein darf nicht noch- mals gezeuert werden (mit allen Stimmen); 3. ältere ungezeufter Wein dürfen vom 1. Oktober an bis zum 31. Dezember gezeuert werden; bei neuem Wein ist die Zuckung mit dem Beginn der Weinlese gestattet. Wegen die Verdrängung der Zuckung wehrten sich am meisten die Vertreter der Wekel, die behaupten, daß ihre Trauben wegen ihres starken Säuregehalts einen ganzen Monat später reif werden als die auf anderem Hochgebirge gezeuften. Da nach der Vorlage in Zukunft die Zuckung nur innerhalb des Weinbaubereiches vorgenommen werden darf, aus welchem die Trauben stammen, so darf das fremde Wein in Deutschland überhaupt nicht mehr

gezeuert werden! Auch darf Wein, der beispielsweise aus dem Elsaß stammt, nicht mehr an der Mosel gezeuert werden, wenn — was nicht an- zunehmen ist — beide genannten Bezirke nicht zu einem Weinbau- gebiet vereinigt werden. Weiter ist noch bestimmt, daß die Absicht, Traubenmoische, Most oder Wein zu zeuern, der Behörde anzuzeigen ist. Ueber die Einstellung der Weinbaubezirke wurde die Debatte noch nicht zu Ende geführt. — Nächste Sitzung Dienstag.

Die Subkommission des Abgeordnetenhauses hat am Freitag zunächst die Gehälter der Universitätsprofessoren anders geregelt. Den Unterschied zwischen der Universität Berlin und den Landes- universitäten, den die Regierung beibehalten wissen wollte, hat die Kommission aufgehoben, sie hat ferner auch für diese Staats- beamteten Gehaltsstellen festgesetzt (2000 bis 4500 M. für außerordentliche und 4500 bis 7200 M. für ordentliche Professoren). Prinzipiell hielt die Kommission daran fest, daß die Professoren von den für ihre Kollegen eingehenden Honoraren einen Teil in einen Fonds abführen, aus dem ihre schlechter gestellten Kollegen Zuwendungen bekommen, doch erhöhte sie die Summe der Honorare, die sie voll erhalten, von 3000 auf 4500 M., von dem darüber hinausgehenden Betrag fällt ihnen nur die Hälfte zu, die andere Hälfte geht in den genannten Fonds. Ausgenommen von der neuen Gehaltsordnung sind die Professoren, welche 1. außer oder neben der ihnen übertragenen Professur ein mit Pensionsberechtigung verbundenes anderweitiges öffentliches Amt bekleiden oder ein solches bekleidet haben und Pension oder Wartegeld beziehen; 2. ein Erbtagehalt bei der Akademie der Wissenschaften oder der Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften beziehen; 3. mit ihrem Einverständnis vom Halten der Vorlesungen entbunden sind, oder bei denen nach Entscheidung des Unterrichtsministers Voraus- setzungen vorliegen, unter denen nicht richterliche Beamte in den Ruhestand versetzt werden können.

Von sonstigen Beschlüssen ist zu erwähnen die gegen die Stimmen der Konservativen und einigen Vertretern des Zentrums zustande gekommene Erhöhung des Gehalts der Direktoren beim Abgeordnetenhause und beim Herrenhause von 7200 auf 7800 M. Abgelehnt wurden die von der Regierung beantragten Stellenzulagen in Höhe von je 1500 M. für die Eisenbahndirektions- präsidenten, Verghauptleute und Beamte in ähnlichen leitenden Stellen, sowie die beantragten Erhöhungen der bereits gewährten Stellenzulagen an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten. Die Regierungspräsidenten be- kommen also nach wie vor 12 000 M. Gehalt und Stellenzulagen von durchschnittlich 2000 M., der Berliner Polizeipräsident 12 000 Mark Gehalt und 8000 M. Stellenzulage, die Oberpräsidenten 21 000 M. und 8000 M. Zulage. Nicht bewilligt wurden ferner die Gehaltsaufbesserungen für die Direktoren der Oberrechnungs- kammer, die Senatspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht, die Oberlandespräsidenten, die Unterrichtssekretäre und den Präsidenten des Kammergerichts. Die Abtümung ist aber nur als eine vor- läufige anzusehen; bis zur zweiten Lesung wird sicher noch für einen Teil der höheren Beamten, wenn nicht für alle, etwas herausgeschlagen werden.

Einmütig abgelehnt wurde die für den Chef des Geheimen Zivilkabinetts beantragte Gehaltssteigerung um 5000 M. — Hert von Valentini wird sich also ebenso wie sein Vorgänger Lu- canus mit 20 000 M. jährlich begnügen müssen.

Die Lehrerbildungskommission des Abgeordnetenhauses be- faßte sich am Freitag zunächst mit der in § 20 geregelten Natural- leistung, Wohnung, Feuerung, Ackerung usw. Der Magdo- burger Lehrertag hat seinerzeit die völlige Befreiung verlangt und reine Barbezüge gefordert. Diese Forderung fand nicht einmal Unterstüßung bei den Freisinnigen, die die völlige Aufhebung als nicht empfehlenswert bezeichneten. Es bleibt also beim alten Verhältnisse.

Eine längere Debatte entspann sich beim § 27, die Alters- zulagen betreffend. Die Freisinnigen machten den Ver- such, nach den getheilten Vorschlägen wenigstens etwas zu retten. Der Antrag geht dahin: für die gesamte Monarchie eine Alterszulage zu schaffen, daß aber der Staatszuschuß nicht, wie bisher, nach Schulstellen gezahlt wird, sondern nach der Leistungsfähigkeit der Gemeinden; auch soll der Beitrag der Ge- meinden und der Schulunterhaltungsobligierten in Prozenten der Einkommensteuer erfolgen. Von anderen Parteien und von der Regierung wurden wieder Verfassungsbedenken erhoben, einer der freisinnigen Redner sah sogar den sozialdemokratischen Zukunfts- staat amarrschieren, weil die unausbleibliche Folge die Staats- schulula sei. — Der Versuch, diesen Antrag Gesetzeskraft zu ver- schaffen, zeigt wieder einmal, mit welcher Leichtfertigkeit in Preußen Befehle fabriziert werden, denn selbst die Antragsteller sind sich über die Wirkung eines solchen Gesetzes nicht im Reinen! Der Mi- nisterialdirektor Schwarzkopf sagte, daß möglichstweise die un- gekehrte Wirkung eintreten könnte, welche die Antragsteller ab- sichtlich, nämlich: eine große Entlastung der großen Städte. Von allen Seiten, namentlich von der Regierung, wurde darauf hin- gewiesen, daß die Einkommensteuer gar keine Unterlage für eine gerechte Heranziehung zu den Lasten abgibt, weil in dem Ertrag der Einkommensteuer die Leistungsfähigkeit nicht voll zum Ausdruck kam. So konnte ein freisinniger Redner darauf hinweisen, daß von den Konservativen behauptet worden sei (allerdings von ihrem Standpunkte aus recht unvorsichtig), daß in einem wohlhabenden Dorf durchschnittlich höchstens 100—300 M. Ertrag an Einkommen- steuer herauskomme; das ließe doch erkennen, daß die Veranlagung recht wenig sorgfältig sei. Der Finanzminister nickte dem Redner verständnisvoll zu. . . . Es wird sich wohl noch Gelegenheit finden, diesen Zustand besser unter die Lupe zu nehmen. Wäher ist die wiederholt verlangte Radweilung der Gemeinden und Schulverbände darüber, welche Staatsunterstützung sie beziehen, nicht gebracht worden, jetzt wird sie unbedingt gegeben werden müssen.

Zu einer Abstimmung kam es nicht; die Sitzung wurde auf Montag verlegt.

Trucksachen.

Aus dem Reichstag, (Nr. 1048.) Entwurf eines Er- beitskammer-Gesetzes (nebst Begründung und Anlagen).

Aus der Partei.

Herbe gegen Jaurès.

Paris, 20. November. (Sig. Ver.) Eine ungeheure Menge — wohl 8000 Männer und Frauen — hatte sich gestern im Tivoli- Parkhaud zusammengedrängt. Auf der Tagesordnung der von der sozialistischen Seine-Delegation einberufenen Versammlung stand ein Referat Jaurès über den Kongreß in Toulouse. Zugleich aber hatte sich Herbe als Gegenredner angemeldet und eine eifrige Propaganda brachte den ganzen Herdamm der Pariser Antiparisioten und Anarchisten auf die Beine. So war es nicht zu- wunderlich, daß sich die Versammlung überaus häßlich gestaltete. Jaurès Ausführungen wurden alle Augenblicke durch Zwischen- rufe gegen die Parlamentarier unterbrochen und einigemal dauerte es einige Minuten, bis der Redner fortfahren konnte. Nur der salbsttätigen Leistung Semba's gelang es, die Versammlung zu Ende zu führen. Nach Jaurès' am Herbe's Worten. Er ver- spottete die parlamentarische Aktion, behauptete, die sozialreform- arischen Forderungen hätte die sozialistische Partei dem — bour- geoisradikalen Programm entnehmen, besagte sich über die Be- wohnen, die in Toulouse den Ausschluß der „Antiparisioten“ gefordert hätten, weil diese mit den „anarchistischen Kameraden“ nicht brechen die einzig die Befreiung des Proletariats bewirken könne. Trotzdem die einzig die Popularität auszuspielen hatte, die ein im Herbe ver- brachtes Jahr verlor, wirkte seine Rede ziemlich enttäuschend und es regnete derbe Zwischenrufe. Als Jaurès ihn in seiner Negativ entgegensteht, daß die Gewalt wohl eine Geburtsweiserin sei, ver- schloß Herbe aber zu einer Fehlgabe zu führen, erscholl donnernder Beifall. Am ganzen hat die Versammlung gezeigt, daß

die anarchistische Mut auch in Paris schon stark zurückgewichen ist. Um so eigenläufiger ist es, daß die von Renaudel vorgelegte Tagesordnung wohl die Resolution von Toulouse bekräftigt, aber in ihren ausführenden Sätzen gerade die entscheidenden Stellen über die Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht und die Wahlarbeit ausge- lassen hat. Auf diese Art wurde freilich eine fast einstimmige Annahme erzielt. Aber wozu hat denn Jaurès die sozialistische Parliamentspolitik verteidigt? Und welchen Zweck hat ein Partei- beschluß, wenn man ihn nachher den Parteilosen nur in abge- schwächter Form unterbreitet?

Gemeindevahlen.

In Lichtendorf im Kreise Hörde siegten die sozial- demokratischen Kandidaten in der zweiten Abteilung. Die gegnerischen Kandidaten brachten ganze 3 Stimmen auf.

In Wazop bei Dortmund, wo, wie wir bereits meldeten, beide Mandate der dritten Klasse von der Sozialdemokratie erobert wurden, ihre Kandidaten aber in der zweiten Abteilung (die für aussichtslos galt) mit nur 6 Stimmen Niederheit unterlagen, ist der Sieg der Bürgerlichen auf Ungehörigkeiten zurückzuführen, die wohl zur Ungültigkeitserklärung der Wahl der zweiten Abteilung führen werden.

Bei der Wahl der Stadterordneten dritter Klasse in Rall bei Köln erhielt die Sozialdemokratie 847 und 853, das Zentrum durch- schnittlich 1030, die Liberalen 291 und 303 Stimmen. Es ist somit Stimmwahl zwischen unseren Genossen und den Kandidaten des Zentrums erforderlich. Die Wahl brachte abermals eine Ver- doppelung der sozialdemokratischen Stimmen gegen die vorige Wahl.

Bei der Gemeindevahl in Schweinfurt beteiligten sich 92 Proz. der Wähler. Gewählt wurden 7 Liberale und 8 Sozial- demokraten. Die Liste der „Schwarzen“, die sich mit unzufriedenen Liberalen verbündeten, fiel trotz deren hiesigen Kampfesweise durch. Gewählt wurden die Genossen Sädler, Landtags- abgeordneter Lang, Geschäftsführer, und Pfister, Kassengeldfö.

In Freising (Bayern) wurde bei den Gemeindevahlen zum ersten Male ein Sozialdemokrat gewählt.

In Veitshausen (Bayern) wurden bei der Gemeindevahl zwei Sozialdemokraten gewählt. Der Gemeinderat zählt jetzt vier Sozialdemokraten.

Zur Gemeindevahl in Werder a. O. wird noch ge- fährdet: Es erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten Gast- wirt Max Koch, Maurer Albert Köhler und Arbeiter Karl Scheride 204, 208 und 208 Stimmen, die liberalen Kandidaten 145, 148 und 129 Stimmen; 18 Stimmen waren zerplittert.

Bei den Gemeinderatswahlen in Kottleben bei Franken- hausen siegte die sozialdemokratische Liste, so daß in Zukunft fünf Arbeiter und ein Landwirt im Gemeinderat sitzen werden.

Eine sozialdemokratische Stadtratsmajorsität.

Infolge des Sieges der Sozialdemokratie bei der letzten Stadt- ratswahl in Frankenhäusen am Ruffhäuser haben unsere dortigen Genossen die Majorsität im Stadtrat. Von 10 Mandaten sind 6 in ihrem Besitz.

Ein „Opfer der Sozialdemokratie“.

Als „Opfer der Sozialdemokratie“ bezeichnet das Zentrumblatt „Oberhessische Landeszeitung“ in Rühlhausen L. G. den im Jahre 1905 von dem damaligen Bürgermeister Regierungsrat Kahfer im Disziplinarwege ohne Pension entlassenen städtischen Badewerwalters Schlegel, dem der sozialisteneine Gemein- derat auf sein Ansuchen jetzt die volle Pension in Höhe von 1622 M. jährlich bewilligt hat. In der 1. Kommission des Gemeinderats wurde es, wie das Zentrumblatt meldet, als Pflicht der Stadt bezeichnet, das an diesem „Opfer der Sozialdemokratie“ begangenes Unrecht durch Bewilligung der vollen Pension „wieder gutzumachen.“ Bezeichnender- weise stimmte, was das Blatt dabei nicht erwähnt, der verantwort- liche Redakteur der „Oberhess. Landeszeitung“ im Gemeinderat gegen diese Pension. Ursache der plötzlichen Entlassung des hiesigen Badewerwalters Schlegel war im Jahre 1905 die amtliche Feststellung, daß Schlegel lange Jahre hindurch Arbeiter- frauen, die im städtischen Badedienst ausstehen, gelegentlich in seinem Privathaus abbesuchen ließ, indem er diese Arbeits- stunden für die Stadt aufnotierte und aus der Stadt- kasse bezahlte ließ; ferner, daß Schlegel öfters die Kassiererin durch die eigene Tochter vertreten ließ, wozu er nicht berechtigt war. Nach seiner Entlassung verweigerte Schlegel die Vor- legung der Kassenbücher, die er beilegte hatte, wozu noch kam, daß bei Prüfung der Jahresrechnung 1904, über welche im November 1905 im Gemeinderat Bericht erstattet wurde, sich der Verbrauch auffällig erhöht, mit der Zahl der verbrauchten Säber nicht in Ein- klänge zu bringender Mengen von Mineralien ergab, so daß der Gemeinderat die Abnahme dieses Teiles der Jahresrechnung ab- lehnte und Nachprüfung durch eine Kommission beschloß. Auch dieser Kommission handigte Schlegel die Kassenbücher nicht aus, vernichtete sie vielmehr. Die dann später von ihm trotz alledem eingereichten Pensionsanträge lehnte die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit nachdrücklich konsequent ab, indem ihre Redner betonten, daß Schlegel zurückerdamt sein könnte, nicht dem Strafrichter übergeben zu werden. Es ist kennzeichnend für die Moral der jetzt herrschenden bürgerlichen Parteien, daß sie trotz dieses öffentlich bekannten Sachverhaltes dem Manne die volle Pension bewilligten unter dem Vorwande, er sei ein „Opfer der Sozialdemokratie“, und es illustriert den ständigen Tief- stand der Zentrumspresse, daß sie diesen schmutzigen Schwindel mit- macht, obwohl der verantwortliche Leiter des Blattes in Rühlhausen seiner besseren Ueberzeugung gemäß im Gemeinderat mit zwei Fraktionskollegen gegen die Pension gestimmt hatte!

Dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie sei dieser typische Fall zur Ausschaltung in den Gemeindevahlkämpfen wärmstens empfohlen.

Aus den Organisationen. Der Wahlverein für den zweiten hannoverschen und zweiten oldenburgischen Reichstagswahlkreis hatte im Geschäftsjahr 1907/08 eine Gesamtsumme von 12 633,75 M., eine Gesamtansgabe von 10 890,47 M., so daß ein Ueberschuß von 2093,28 M. verbleibt. Der Mitgliedebestand betrug in dem Berichtsjahre 1776 männliche und 200 weibliche, gegen das Vorjahr mehr 239 männliche und 54 weibliche.

Politikelles, Gerichtliches usw.

Eine Spittelgeschichte. Am 8. März h. J. wurde Genosse Alwin Brandes vom Schöffengericht zu Magdeburg wegen „Ge- leitigung“ des Konsumvereinsleiters Bernards zu 100 M. Geld- strafe eventuell 20 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er angeblich in einer Versammlung Herrn Bernards einen Spittel genannt haben soll. Da Brandes als langjähriges Mitglied des Konsum- vereins dem schädigenden Treiben Bernards gegenüber in Wahr- nehmung berechtigter Interessen gehandelt hat, auch der bestimmten Meinung war, daß Wort „Spittel“ dem Bernards gegenüber nicht gebraucht zu haben, lag es gegen das erspittelungliche Urteil Berufung ein, und zwar — mit Erfolg.

Am Montag fand die Berufungsverhandlung vor der Straf- kammer statt. Der Anwalt, früher Hofmediziner des „Central-Anzeigers“ (Magdeburg), stand mit dem Konsumverein auf Kriegsfuß. Er hatte den Privatkläger kennen gelernt und aus seinen Gesprächen entnommen, daß er ebenfalls dem Konsum- verein feindlich gesinnt war. Heute gab dem Bernards den Rat, als Mitglied in den Konsumverein einzutreten und über alle Ver- sammlungen und internen Vorgänge gegen Bernards Bericht für den „Central-Anzeiger“ zu erhalten! Bernards wurde dann

auch Mitglied und Beisitzer, wobei er äußerte, es sei ihm gelungen, Vertrauensmänner zu bekommen, die ihn mit Nachrichten versahen.

Auf die Frage des Verteidigers, Rechtsanwalt Landsberg, an den Zeugen: „Wenn Ihnen nun jemand eine derartige Zustimmung gestiftet hätte, wie Sie dem Bernards, während Sie darauf eingegangen sind?“ erwiderte Koerber: „Nein, unter keinen Umständen!“ Weiter befragte der Zeuge Koerber: „Mir hat einmal der Lehrer Stiering zu Sommerfeldenburg gesagt, Bernards sei zwar intelligent, aber seine Charaktereigenschaften seien sehr bedenklich.“ Mit erhabener Stimme: „Ich bedauere auf das Lebhafteste, mich mit Bernards eingelassen und ihn engagiert zu haben!“

Der Verteidiger beantragte hierauf, das erstinstanzliche Urteil aufzuheben und den Angeklagten von Strafe und Kosten freizusprechen. In längerer Rede schilderte er die äußerst zweifelhafte Tätigkeit, die Bernards im Konsumverein ausgeübt hat. Demgegenüber habe der Angeklagte nur recht gehandelt, wenn er als langjähriges Mitglied, dessen Hofsumme auf dem Spiele stand, diese Angriffe abwehrte. Zweifellos hätte er dabei in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Ein Spieß sei der Kläger gewesen, das Hebe unter allen Umständen fest. Zwar nicht ein Spieß im Dienste der Polizei, aber doch einer im Dienste des „Zentral-Anzeigers“. Der Beweis der Wahrheit sei erbracht. In objektiver wie subjektiver Beziehung müsse deshalb Freisprechung erfolgen.

Das Urteil des Gerichts lautete auf Freisprechung, da der Beweis, daß Bernards tatsächlich gespielt habe, als erbracht angesehen werden müsse. Auch müsse dem Angeklagten der Schwab des § 193 des Strafgesetzbuches zugestanden werden. Die Kosten habe der Privatkläger zu tragen.

Die beleidigte Königsberger Strafkammer.

Der verantwortliche Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“, Genosse Schiffer, wurde wegen angeblicher Beleidigung der Königsberger Strafkammer zu 500 M. Geldstrafe oder 60 Tagen Gefängnis verurteilt. — Seit Jahren sind in Königsberg die Bauunternehmer, die die gemeinsame Ortskrankenkasse um größere Beiträge geprellt haben, außerordentlich milde bestraft worden. Wenn sie 100 bzw. 150 oder 200 M. und noch mehr unterschlagen hatten, erhielten sie gewöhnlich 30 M. und, wenn es hoch kam, 50 M. „Strafe“. Ueber diese Art von Rechtsprechung hatten sich in der letzten Generalversammlung selbst die Arbeitgeber aufgehalten und verlangt, daß dagegen in der Presse Front gemacht werde. Als am 22. August d. J. ein Bauunternehmer, der 190 M. unterschlagen hatte, 30 M. Geldstrafe erhielt, während ein Dienstmädchen, das Wäsche und andere Gegenstände gestohlen hatte, 1 Jahr Gefängnis, und ein Hafenarbeiter, der 8 M. entwendet hatte, 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis erhielt, beschwerte die „Volkszeitung“ diese drei Urteile unter der Ueberschrift „Gerechtigkeits!“ in einem Artikel.

Die Herren Richter fühlten sich beleidigt und stellten Strafentwurf. In der Verhandlung waren als Zeugen auch zwei Landgerichtsräte geladen. Ihnen wurde vom Verteidiger, Genossen Haase, die Frage vorgelegt, ob Herr Landgerichtsdirektor Schubert mit ihnen außerhalb des Dienstes darüber gesprochen habe, daß die gemeinsame Ortskrankenkasse immer mehr eine sozialdemokratische Einrichtung werde, daß daher ihre Anzeigen gegen Bauunternehmer ufm. mit Vorsicht aufzunehmen seien und daß, wenn irgend möglich, von der Eröffnung des Hauptverfahrens Abstand genommen werden sollte! Die Gefragten beschönigten sich hinter das „Dienstgeheimnis“ und verweigerten die Auskunft. —

Der Klassenführer Braun sagte als Zeuge aus, daß die Strafkammer über aus ganz sonderbaren Gründen die Anträge des Staatsanwalts auf Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt habe. Am Schlusse einer sehr scharfen Rede beantragte der Staatsanwalt 6 Monate Gefängnis! Das Gericht erkennt, wie oben mitgeteilt.

Soziales.

Aus dem Auspruch des Kaufmannsgerichts.

Der Auspruch des Berliner Kaufmannsgerichts beschäftigte sich in seinen letzten Sitzungen mit sozialpolitischen Anträgen, die sich auf die Ausnahmen von dem Arbeitsverbot und von der Mindestlosgesetz, auf das Existenzminimum und auf Berufsberatung bezogen.

Beantwortet war, die Zahl der Ausnahmelage vom Arbeitsverbot, von 15 auf 10 herabzusetzen. Dieser Antrag wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen. Das Verlangen, die Ausnahmen für die Mindestlosgesetz von 15 auf 10 Tage herabzumindern, gelangte nur mit einer Stimme Mehrheit zur Annahme, nachdem der Antrag der Prinzipalbesitzer abgelehnt war, es bei der heutigen Ausnahmezahl zu belassen.

Das Gehalt ist heute bis zu einem Jahreseinkommen von 1500 Mark unpfändbar. Einkünfte wurden beschloffen, zu beantragen, das Gehalt bis zum Jahresverdienst von 1800 M., sowie bei Einkommen bis 3000 M. ferner $\frac{1}{2}$ des 1800 M. übersteigenden Teils unpfändbar zu lassen, hingegen bei 3000 M. übersteigendem Einkommen den 1800 M. übersteigenden Teil des Gehalts in voller Höhe der Pfändungsmöglichkeit zu unterwerfen.

In der Mittwochsitzung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung die Kassafache gerügt, daß ein Mitglied des Ausschusses (Prinzipalbesitzer) in einer Versammlung, an der auch ein Vertreter der Regierung teilnahm, den Ausschuss dadurch zu diskreditieren suchte, daß er dem Regierungsvorstande öffentlich mitteilte, daß alle Anträge, die sich im Ausschuss angenommen werden, nur durch die Stimme des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Singer zur Annahme gelangten; der Herr möge dementsprechend die Anträge bewerten. Diese Mitteilung rief den lebhaftesten Unwillen aller übrigen Mitglieder hervor. Es wurde dem Herrn bedeutet, daß eine derartige Kritik des Ausschusses von einem seiner eigenen Mitglieder unter allen Umständen zu unterlassen sei.

Die Sitzung beschäftigte sich dann mit einem Antrage, der von den Beisitzern des deutschen Handlungsgesellenverbandes dahin gestellt war, beim Reichstage des Innern, dem Bundesrat und dem Reichstage zu beantragen: „den Handlungsgesellen möglichst bald die in Aussicht gestellte staatlich geordnete Berufsvertretung zu schaffen, die aus einer gleichen Zahl von Ratgebern und Handlungsgesellen zusammengesetzt sein soll.“ — Dieser Antrag wurde auf Seiten der Prinzipalbesitzer auf das bestmögliche bekämpft. Von dieser Seite wurde empfohlen, man solle statt dessen

beantragen, die Kompetenz der Ausschüsse der Kaufmannsgerichte zu erweitern, dann hätten die Gesellen ja, was sie wollten. Man solle doch endlich aufhören, mit derartigen Anträgen die Kaufmannschaft immer mehr herabzubrüden, solle doch nicht alles in den großen Topf der Arbeiterbewegung werfen, der Handelsstand sei doch etwas Besseres! Wer diese Anträge unterstütze, befinde sich im Schlepptau der Sozialdemokratie.

Von den Beisitzern wurde den Herren klar gemacht, die Furcht vor der Sozialdemokratie schreie sie nicht; man nehme das Gute, woher man es bekommen könne, auch eventuell von der Sozialdemokratie.

Nach langer Diskussion wurde der Antrag in seinem ersten Teile angenommen, der zweite Teil dagegen, der bei einem Teil der Beisitzer auf Widerspruch gestoßen war, von den Antragstellern zurückgezogen.

Nochmals die Landflucht!

Auch der neueste Bericht der Versicherungsanstalt „Ostpreußen“ befaßt sich mit der Frage der Abwanderung der Landarbeiter nach dem Westen. Wie man die Zahl der Versicherten bei der ebenen Organisation des Invalidengesetzes „statistisch“ feststellt, zeigt ein Beispiel. Der Bericht erklärt folgendermaßen: „Ende 1907 befanden sich in der Aufbewahrung 5 504 702 Quittungskarten, darunter 987 908 Karten Nr. 1. Demnach sind bis Ende 1907: 987 908 Personen bei der Versicherungsanstalt Ostpreußen versichert.“ Das ist ja eine sehr einfache, aber etwas sehr — „töche“ Statistik!

Dann heißt es weiter: „Von den hier aufbewahrten Quittungskarten sind aus den Bezirken fremder Versicherungsanstalten, also von solchen Personen, die aus Ostpreußen bezogen sind, eingegangen:“

bis Ende 1906 . 789 550 Quittungskarten (darunter 76 428 Nr. 1)
im Jahre 1907 . 91 578 („ 4 597 „ 1)

zum Ende 1907 . 881 128 Quittungskarten (darunter 81 025 Nr. 1)
Demnach haben seit dem Inkrafttreten der Invalidenversicherung (1894) insgesamt 81 025 Personen, für welche die erste Quittungskarte in ihrer Heimatprovinz Ostpreußen ausgestellt worden ist, ihren Wohnsitz endgültig in den Bezirk einer fremden Versicherungsanstalt verlegt. Wegen das Jahr 1906 ist die Gesamtzahl der Karten dieser abgewanderten Versicherten um 6108 im Jahre 1907 gestiegen und sind an Versicherten, die ihre erste Karte im fremden Bezirk haben aufrechnen lassen, also an Personen, die größtenteils im jugendlichen Alter abgewandert sind, allein im Jahre 1907 4597, also 108 mehr als im Jahre 1906, hinzugekommen. Diese Zahlen beweisen die bedauerliche, fortgesetzte steigende Abwanderung unserer Versicherten und namentlich unserer Landarbeiter.

Andererseits sind von Versicherten, die aus fremden Anstaltsbezirken nach Ostpreußen bezogen sind, eingegangen und an die betreffenden Anstalten abgegeben:

bis Ende 1906 . 188 107 Quittungskarten (darunter 16 998 Nr. 1)
im Jahre 1907 . 14 109 („ 999 „ 1)

zum Ende 1907 . 192 206 Quittungskarten (darunter 17 994 Nr. 1)
Diese 17 994 Versicherten sind demnach aus fremden Provinzen gekommen und in Ostpreußen geblieben. Gegen 1906 ist die Gesamtzahl der Karten dieser zugewanderten Versicherten um 465 zurückgegangen, an zugewanderten Versicherten, die ihre erste Karte im hiesigen Bezirk haben aufrechnen lassen, die also größtenteils im jugendlichen Alter stehen, sind im Jahre 1907 nur 698, mithin 12 weniger als im Jahre 1906 hinzugekommen.

Demnach steht einem Bestande an abgewanderten Versicherten von . . . 81 025 ein solcher von zugewanderten Versicherten von 17 994 gegenüber, so daß das Mehr an Abgewanderten 63 031 beträgt. Unter den jugendlichen Versicherten ferner, die im Jahre 1907 ihre erste Quittungskarte umgetauscht haben, befinden sich die aus Ostpreußen abgewandert sind . . . 4597 die nach Ostpreußen zugewandert sind . . . 998 so daß auch hier ein Mehr an Abgewanderten von 3599 zu verzeichnen ist. Sehr bemerkenswert ist endlich die Tatsache, daß die Zahl dieser jugendlichen Versicherten bei den Abgewanderten um 108 zugenommen hat, bei den Zugewanderten um 12 zurückgegangen ist.

Alles dies bedeutet nicht allein für die Provinz einen fortgesetzten steigenden Verlust an Arbeitskräften, sondern zugleich für die Landesversicherungsanstalt einen ständigen wachsenden Verlust an Beiträgen, der um so empfindlicher ist, als die Abwanderung gerade in demjenigen Alter erfolgt, in dem die Versicherten noch weit von der Invalidität entfernt sind, und daher die Beitragsleistung für sie nach Höhe und Dauer für die Anstalt besonders wertvoll ist.

Dah aber die soziale Lage, die Hofflosigkeit der Landarbeiter die Ursache der großen Abwanderung ist, davon ist im Bericht kein Wort zu lesen!

Aus Industrie und Handel.

Wohlfahrtsheuscherei.

In einer zum 200jährigen Jubiläum der Bergwerksgesellschaft „Georg von Giesches Erben“ herausgegebenen Zeitschrift schreibt der Generaldirektor Geheimrat Friedrich Bernhardt: „Der Verfasser dieses hat stets auf dem Standpunkte gestanden, daß es Heuscherei ist, wenn Großindustrielle, wie es in der neueren Zeit üblich ist, die Herstellung von Arbeiterwohlfahrtsanstalten als einen Hauptzweig ihrer Tätigkeit bezeichnen. Die Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben war von der Zeit ihres Gründens bis zum heutigen Tage eine Erwerbsgesellschaft, und die Besitzer hätten sich stets sehr gewundert, wenn die Werkleiter die sogenannten humanitären Bestrebungen in den Vordergrund gesetzt und die erwerbliche Seite vernachlässigt hätten. Wenn die Gesellschaft trotzdem sehr viel zur Förderung des Wohls ihrer Arbeiter und auch zur kulturellen Entwicklung der gesamten hiesigen Bevölkerung getan hat, so liegt das viel weniger auf dem Gebiet der sogenannten Arbeiterwohlfahrtsbestrebungen als in ihrer Stellung als Arbeitgeberin.“

Wang recht! Die sogenannten Wohlfahrtsanstalten haben als Ratio die Sucht, den Profit des Unternehmers zu erhöhen. Um die Arbeiter besser, gründlicher, intensiver auszunutzen zu können, legt man sie an Wohlfahrtsanstalten, damit sie sich nicht wegen Mangel, willenlos sich allen Anforderungen der Werkverwaltungen unterwerfen.

Zur Lage in der Porzellanindustrie. Von der herrschenden allgemeinen Krise ist die Porzellanindustrie besonders stark in

Mitleidenschaft gezogen. Das äußert sich auch in den beträchtlich gefallen Gewinnen der Aktiengesellschaften. Im allgemeinen gehören die Porzellanfabriken mit zu den einträglichsten Industrieunternehmungen. Im Jahre 1906 fanden die Aktiengesellschaften der Porzellanindustrie mit einem durchschnittlichen Dividendenjahre von 13½ Proz. an der Spitze der Rentabilitätsstabelle für sämtliche Industrien. Einzelne Unternehmungen, wie die Aktiengesellschaft Stahl, zahlten 35 Proz. Dividende. Andere 25, 20, 18, 13 und 10 Proz. Dividende. Die Folge dieser hohen Rentabilität war Erweiterung der Industrie durch Neuanlagen und Vergrößerungen der vorhandenen Betriebe. Fusionen in bedeutendem Umfange fanden statt. Es bildeten sich gewisse Konfessionen von Gesellschaften, die bestimmte Gebiete beherrschten, so daß gewisse Monopolstellungen einzelner Unternehmungen sich herausbildeten.

Aber unter der Einwirkung der Krise ist manches anders geworden. In erster Linie haben die Gewinne der Unternehmungen gelitten. 21 Porzellanfabriken, die über ein Aktienkapital von 24,63 Millionen Mark verfügen, haben gegen das Vorjahr 1907 700 000 M. Dividende weniger verteilt. Die Dividendensumme ist von 2,95 Millionen Mark auf 2,25 Millionen Mark zurückgegangen. Der Durchschnittssatz der Dividende dieser Unternehmungen ist von 12 Proz. auf 9,1 Proz. gefallen.

Die Arbeiter in der Porzellanfabrikation merken diese Ungunst der Verhältnisse natürlich noch weit stärker als die Aktionäre, die ja im schlimmsten Fall nur einen Teil ihrer Dividende einbüßen. Die Porzellanarbeiter haben unter einer umfangreichen Arbeitslosigkeit zu leiden. Der Verband der Porzellanarbeiter zählte bei 14 000 Mitgliedern in den drei Quartalen des laufenden Jahres insgesamt 16 694 M. an Arbeitslosenunterstützung aus.

An eine baldige Besserung der Lage in der Porzellanindustrie kann noch nicht gedacht werden. Die deutsche Porzellanindustrie ist zum großen Teil auf die Ausfuhr nach Nordamerika angewiesen. Eine Reihe von namhaften Porzellanfabriken in Thüringen und Oberfranken produzieren fast ausschließlich für den amerikanischen Markt. Und solange die Verhältnisse in Amerika sich nicht bessern, wird auch die deutsche Porzellanindustrie keine Erholung erfahren. Man hatte einen baldigen Umschwung von der Beendigung der Präsidentenwahl erhofft. Damit ist es jedoch auch nicht. Fast mußte den in einzelnen Gegenden Amerikas besonders starken und einflussreichen keramischen Unternehmungen vor der Wahl das Versprechen geben, den ohnehin schon 60 Proz. des Wertes betragenden Schutz auf deutsches Porzellan noch mehr zu erhöhen. Hingegen kommt ferner, daß die billig arbeitende japanische Keramikindustrie die deutschen Ruster nachahmt und ihre Waren zu niedrigeren Preisen auf dem Weltmarkt anbietet. So wird es denn schließlich noch dahin kommen, daß selbst die schon sprichwörtlich geordnete Genügsamkeit des thüringischen Porzellanarbeiters nicht mehr ausreicht, um die deutschen Porzellanexportwaren als die billigsten erscheinen zu lassen.

Im übrigen ist die Lage in der Porzellanindustrie nicht nur in Deutschland zurzeit eine so mißliche. Auch in Böhmen und vor allen Dingen in Frankreich, namentlich in Limoges, müssen die Porzellanarbeiter massenhafte feiern.

Submissionen.

Im ersten Drittel dieses Monats sind wieder bei Verdingungen durch Eisenbahndirektionen große Preisdifferenzen konstatiert worden. Wir führen nur einige an, wo die Differenzen im Höchst- und Niedrigstangebot besonders auffallen. So vergab am 5. November die königliche Eisenbahndirektion Köln Lieferung von Eisen in verschiedenen Sorten, z. B. Verdingung V: 250 000 Kilogramm Eisenblech. Von zwölf Angeboten war Joseph Köhler u. Co., Straßburg, mit 26 070 M. am billigsten, bei 31 602 Mark Höchstforderung. Dies ist ein Unterschied von rund 21 Proz. Die Direktion der sächsischen Vorkortbahnen, Rößlin, vergab am 7. November die Lieferung von Signalfarnenweiden und Gleisverbindungen. Von dreizehn Angeboten war der Bochumer Verein, Bochum, mit 19 910 M. am billigsten, bei 28 853 M. Höchstforderung. Ein Unterschied von 31 Prozent.

Dasselbe Ergebnis hatte eine Ausschreibung der Stadtbau-Deputation Breslau über die Lieferung von Eisenbahnschienen und Weichen. Unter acht Angeboten war das der Vereinigten Königs- und Lautabütte, Königsbütte, mit 19 912 M. am geringsten, gegenüber 28 104 M. Höchstforderung. Dies ist eine Differenz von 30 Prozent. Die Lieferung einer Wagenanlage wurde der Firma Köhler u. Co., Magdeburg, als billigste unter neunzehn Angeboten für 2790 M. zugeschlagen. Da die Höchstforderung auf 4660 M. lautet, so ergibt sich ein Unterschied von rund 40 Prozent.

Die großherzogliche Verwaltung der Eisenbahnmagazine, Karlsruhe, vergab die Lieferung 1. 200 Tonnen Runden, an die Firma L. Weis u. Reinhardt, Mannheim, mit 28 300 M., gegenüber der Höchstforderung von 33 000 M., also mit einer Differenz von 15 Prozent. Lieferung IV: 400 Tonnen Winkelisen. Die Firma Lahn u. Goldmann, Mannheim, erhielt den Zuschlag bei einer Forderung von 27 800 M. Die Differenz mit dem Höchstangebot von 30 040 M. beträgt rund 23 Prozent. Lieferung VI: 500 Tonnen Roßblech. Von fünfzehn Angeboten war Voigt u. Co., Niederbronn, mit 51 000 M. am billigsten, bei 70 000 M. Höchstforderung, also mit einer Unterbietung derselben um 28 Prozent. Bei der Lieferung VII, 900 000 Bremsblöcke, schlägt die Gelsensteiner Gußstahlfabrik den Vogel ab, sie unterbietet die Höchstforderung von 129 690 M. um 33 Prozent mit 80 560 M.

Die königliche Eisenbahndirektion Berlin erzielte bei der Vergabe der Lieferung von Eisen ähnliche Resultate. So bei Verdingung II: 540 000 Kilogramm Stabeisen. Von dreizehn Firmen war Gutchoffnungshütte, Oberhausen, mit 55 998 M. um 29 Prozent niedriger als die Höchstforderung von 78 880 M. Lieferung V: 1 232 000 Kilogramm Stabeisen. Von 25 Angeboten waren Gebr. Stumm, Reunhuden, mit 110 850 M. am billigsten, gegenüber 140 445 M. Höchstforderung. Differenz 22 Prozent. Lieferung VI: 1 089 000 Kilogramm Eisen- und Grobblech. Von 26 Angeboten war Thyssen u. Co., Berlin, mit 114 127 M. um 21 Prozent unter der Höchstforderung von 144 298 M.

Die kaiserlichen sächsischen Staatseisenbahnen, Dresden, vergaben Mitte Oktober die Herstellung und Lieferung eines Eisenüberbaues, rund 1 012 000 Kilogramm; von 23 Gesamtangeboten war die von W. Dietrich, Hannover, mit 205 000 M. um 28 Prozent billiger als die Höchstforderung, die 268 344 M. betrug.

Betriebsbeschränkung. Die österreichischen Baumwollspinnereien beschloffen, nach Neujahr eine 16prozentige Betriebsreduktion vorzunehmen.

Wirtschaftsbericht der sächsischen Handelskammer über den Großhandel in den Central-Markthalen. Marktstände: Fleisch: Zulage reichlich, Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Wild: Zulage genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Geflügel: Zulage in Gärten über Bedarf, sonst genügend, Geschäft sehr lebhaft, Preise in Gärten gedrückt, sonst lebhaft. Fische: Zulage sehr reichlich, Geschäft sehr lebhaft, Preise gedrückt. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßwaren: Zulage genügend, Geschäft ruhig, Preise kaum verändert.

Geschwindigkeit ist keine Hexerei.

Sie legen einen Kronen-Würfel in eine Tasse, begießen ihn mit kochendem Wasser: schon — haben Sie die vorzüglichste

Bouillon für 5 Pfg.



Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1239.

Verwaltungsstelle Berlin, Charitéstraße 3.

Hauptbureau: Hof III, Amt III, 1987.

Gewerbegerichtswahl!

Kollegen! Unsere im gestrigen „Vorwärts“ ausgesprochene Vermutung, wonach man am Sonntag bei der Wahl versuchen wird, unsere Mitglieder zu täuschen, hat sich bestätigt.

In einer am Donnerstagabend von den Wiesenthalern einberufenen Besprechung ist die Anweisung erteilt, die Liste II, also die Liste der Wiesenthaler, als die Liste des Metallarbeiter-Verbandes am Sonntag den Wählern anzubieten.

So wie seit Jahr und Tag mit dem Namen unserer Organisation Kostüchkerkunststücke versucht werden, so soll es auch am Sonntag versucht werden.

Kollegen! Laßt Euch nicht täuschen!

Die Liste, die für uns allein in Betracht kommt, ist die

Liste Nummer I.

Die Liste der freien Gewerkschaften.

Stimmt nur für diese Liste und weist alle anderen Zettel zurück!

Wir ersuchen die Vertrauensleute dringend, die Kollegen genau zu informieren.

Die Ortsverwaltung.

125/8

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbureau: Hof I, Amt III, 1239. Charitéstraße 3. Hof III, Amt III, 1987

Montag, den 30. November 1908, abends 6 Uhr:

Versammlung

aller in Metallgewerkschaften beschäftigten Former und Berufsgenossen bei Graumann, Nauynstraße 27.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Branchenvorstandes. 2. Neuwahl der Agitationskommission. 3. Verbands- und Branchenanliegenheiten. 4. Verschiedenes.
Kollegen! Wir ersuchen Sie, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Die Ortsverwaltung.

125/11

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- u. Zementbranche.

Montag, den 30. November, abends 8 Uhr, in den „Neuen Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59, großer Saal:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung über das Ergebnis der Tarifverhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts und unsere Stellungnahme hierzu. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Jahreslohn Gehalt erwartet.
Der Sektionsvorstand.
Werte Kollegen! Am Sonntag, den 29. November, findet die Gewerbegerichtswahl statt. Wir fordern jeden Kollegen auf, sich rechtzeitig mit einer Wahllegitimation zu versehen und am Sonntag nur für Liste Nummer I der freien Gewerkschaften, auf welcher die Kandidaten unseres Verbandes mit aufgeführt sind, zu stimmen. Kein Kollege darf am Sonntag fehlen, jeder muß sein Wahlrecht ausüben!
Der Sektionsvorstand. J. H.: Otto Haese.

Maschinen u. Heizer sowie Berufsgenossen sämml. Betriebe.

Sonntag, den 29. November ex., vormittags 9 Uhr, in Ober-Schöneweide, Schlosspark Wilhelmshof; nachm. 4 Uhr, Berlin, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

Große Protest-Versammlungen.

Tages-Ordnung:
„Die geplante Elektrizitätssteuer und ihre Einwirkung auf das Maschinenpersonal“.
Referent: Kollege Pikard.
Die Kesselexplosion in der Elektrizitätszentrale Luisenpark.
Die Betriebsverhältnisse in den Zentralen der S. G. B.
Der Clubrufer: H. Schwittau.

Allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß ich im Hause Schönleinstr. 34 ein Zigarrengeschäft eröffnet habe. Um gütigen Zuspruch bitte!
Fritz Schwemke.

Blitz-Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu Weisgarten, Gitschinerstr. 72. Station im Hause. Günstigste Bringstraße. Empfiehlt:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für forpuleute Herren passend.
Dieselben sind von feinen Kadavieren und Köcheln, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen.
48302
Fahrtgeld wird vergütet. • Bitte auf Hausnummer zu achten.



Billig und gut
kaufen Sie nur im größten Spezial-Geschäft für moderne Herren-Bekleidung
fertig und nach Mass gegen Bar u. auf Teilzahlung
Wochenrate von 1 Mark ab.
J. Kurzberg
Rosenthalerstrasse 40, 1 direkt am Hackeschen Markt.
An der Jannowitzbrücke 1, 1 direkt am Bahnhof.

Markgrafen-Säle
Berlin O. 98, Markgrafendamm 34.
Im Restaurant jeden Abend musikalische Unterhaltung. II. Speisen und Getränke, zwei Regeldamen, Vereinszimmer.
Sonntags: Ball. Amt 7, 4277.

Billig! Reell!
Invalidenstr. 185
Robert Bohn
Bessoro
Herren-Garderoben
Riesen-Auswahl.
Spottbillig
fertig u. nach Maß

Geschäfts-Eröffnung.
Allen Freunden und Bekannten zur Mitteilung, daß ich am Freitag, den 27. d. M., das in der Ideal-Passage, Rindorf, Weichselstr. 8, eröffnet habe. Für gute Speisen und Getränke ist bestens geforgt. Großes Vereinszimmer (für 300 Personen lassend) steht den Vereinen und Gesellschaften zur Benutzung frei. Mehrere politische und Gewerkschaftszellungen liegen aus.
Um gütigen Zuspruch bitte!
Max London, Schantwirt.

Ausnahme-Preise!!!
Pa. Schlack- und Salamiwurst a Pfund 1⁰⁰ M.
Pa. Gänseschmalz, garantiert rein, hoch sein im Geschmack a Pfund 1²⁰ M.
Sämtliche Gänse-Artikel.
Gänsefleisch ohne Knochen a Pfund 10 Pf.
Gänsefleisch mit Knochen a Pfund 70 Pf.
Gänsefleisch usw.
Hermann Leissner, Berlin C.,
Klosterstr. 95, Eckhaus Kaiser-Wilhelm-Str. 11.

Gratis!!

Eine hochelegante bunte Weste erhält jeder Herr beim Einkauf eines Paletots oder Anzuges.

Durch große Fachkenntnisse und geringe Unkosten ist es mir möglich, dem verehrlichen Publikum nur gute und reelle Waren zu staunend billigen Preisen zu liefern.
Geschäftsprinzip:
Stets das Neueste!
Haltbare Stoffe!
Gute Zutaten!
Beste Verarbeitung!
Streng feste Preise!
Keine Engros-Arbeit, sondern jedes Stück sauber und gut gefärbt.

Berliner Straße 11 am Hermannplatz
J. Lehrer
früher in Firma Leske & Lehrer
Berliner Straße 11 am Hermannplatz
Spezialhaus vornehmer Herren- und Knabenbekleidung
fertig und nach Maß.

Gaal
Bis 500 Pers. fassend, prachtvolle Bühne mit 28 Gewandl. ist in diesem und nächstem Jahre noch an mehreren Sonntagen an Vereine und Gesellschaften zu vergeben.
Fritz Wilke, Scummeistr. 168, am Rosenthal. Tor. Amt 9, 4835.

Radbod.

Wenn im Abgeordnetenhaus die Radbod-Katastrophe wieder erörtert wird, werden die Minister das Törcchen verschlossen finden, durch das sie jetzt noch entflücht sind. Die Vorsichtigen, sie wollen erst das Ergebnis der Untersuchung abwarten! Wird durch diese die objektive Wahrheit nicht franguliert, ähnlich wie mittels der Untersuchungskommission, die nach dem großen Bergarbeiterstreik im Jahre 1905 eingesetzt worden ist, dann muß sie grobe Sünden der Bergbehörde ans Tageslicht bringen.

Das es auf der Radbodgrube an Wasser gemangelt hat, das wird ja nicht mehr bestritten. Für den Mangel ist zunächst die Verwaltung verantwortlich. Und die Bergbehörde mußte die Betriebsstilllegung anordnen, wenn die Verwaltung nicht für genügend Wasser zur Veriefelung sorgte. Auf die Anfrage an den Minister, ob unsere Meldung, die Zecheverwaltung schadhete seit zwei Jahren mit der Stadt wegen einer Wasserleitung, der Wahrheit entspreche, ist die Antwort ausgeblieben. Information war aber doch sehr leicht zu erlangen. Eine telephonische Anfrage bei der Stadtverwaltung in Hamm hätte dazu genügt. Anscheinend hat die Regierung zu solcher Anfrage bis heute noch keine Zeit gefunden. Daß die Fahrlässigkeit der Bergwerksverwaltung und der Bergbehörde in diesem Punkt noch größer ist, als nach unserer Mitteilung — Nr. 272 des „Vorwärts“ — angenommen werden mußte, das wird bestätigt durch einen Artikel, den der Vorsitzende des Steigerverbandes, Werner, in der „Sozialen Praxis“ veröffentlicht. Vorweg mag bemerkt werden, daß Werner die Verwaltung der Zeche im allgemeinen sehr in Schutz nimmt. Um so grabrierender sind die Anklagen, die seine sachlichen Feststellungen enthalten. Werner schreibt u. a.:

„Infolge der großen Tiefe und der vollständig unberührten Plätze war der Gasaustritt äußerst stark. Im Anfang dieses Jahres war es kaum möglich, die Baue schlagweilertfrei zu halten, und die Beamten gingen daher jeden Tag mit Angst und Bangen zur Zeche. Der Bau der Tagesanlagen konnte dem schnellen Vorschreiten der Grubenaue nicht folgen, so daß die Ventilations-einrichtungen vollständig ungenügend waren. Dieser Zustand war der Bergbehörde bekannt; da aber eine vorübergehende Stilllegung der Zeche die Abkehr vieler Arbeiter veranlaßt hätte, wurde er geduldet.“ (11)

Wir haben die markantesten Stellen durch Fettdruck hervorgehoben. Wenn die Beamten „mit Angst und Bangen“ zur Grube gingen, weil „die Ventilationsanlagen vollständig ungenügend waren“, kann man dann noch behaupten, es seien keine Mißstände vorhanden gewesen und es sei nicht freventlich gesündigt worden? Gesündigt von der Verwaltung und von der Behörde! Diese mußte die Zustände kennen, und wenn sie ihr bekannt waren, durfte sie nicht, um der Verwaltung Beschwerden wegen der Erlangung neuer Arbeitskräfte zu ersparen, hunderte Menschenleben aufs Spiel setzen.

Ueber die Wasserversorgung für die Veriefelung schreibt Werner:

„Die Zeche besaß eine provisorische Leitung zur Lippe, durch die sie ihren notwendigen Bedarf an Wasser decken konnte. Genügend Wasser konnte sie erst durch den Anschluß an die Wasserleitung der Stadt Hamm bekommen. Der Vertrag darüber war schon seit mehr als zwei Jahren fertig (1), die Zeche unterschrieb jedoch vorläufig nicht, da sie durch ihr Zögern einen Druck auf die Stadt wegen des Baues der elektrischen Straßenbahn und der Abgabe von elektrischem Strom ausüben wollte.“

Zur Veriefelung benutzte die Zeche das Wasser, das durch ein Strohrohr in der Schachtwandung aus dem dem „Fließe“ unterliegenden Gebirge quoll. Das Wasser wurde in ein unmittelbar über dem Kohlengebirge liegendes Bassin geleitet und aus diesem die Veriefelungsleitung gespeist. Das Strohrohr setzte sich hin und wieder zu, so daß die Wasserzufuhr ausblieb. Sobald nun in der Erde das Wasser fehlte, wurde das Hochbassin über Tage angegeschlossen. Ehe jedoch wieder betrieft werden konnte, vergingen immerhin einige Stunden. Je mehr sich nun die Leitungen infolge des schnellen Vorschreitens der Betriebe verlangerten, um so mehr Wasser wurde gebraucht und um so geringer wurde der gesamte Wasserdruck. Um so bemerkbarer und häufiger wurde der Wasserarmut. Wurde für den anderen Tag der Besuch der Behörde angemeldet, so wurde das Nacht mehr als sonst betrieft, so daß es morgens vor 8 Uhr selten wieder Wasser gab. In der zweiten Novemberwoche waren einmal die Kohre zugefroren, so daß ebenfalls einige Zeit nicht betrieft werden konnte. Die verantwortlichen Steiger konnten an diesen Zuständen nichts ändern. Sie haben auch bei Befragungen den Vertretern der Bergbehörde gesagt, daß sie jegliche Verantwortung für die Veriefelung ablehnen müßten.“

Diese Mitteilungen enthalten die allerjüngsten Vorwürfe. Unbekümmert um Gesundheit und Leben der Arbeiter sorgte die Verwaltung nicht für ausreichende Wasserzufuhr, die sie erlangen konnte, wenn sie auf das Jugeständnis unbilliger Vorteile verzichtete. Ist das nicht geradezu ungehenerlich? Und Werner wiederholt die Behauptung, daß Steiger den Beamten der Bergbehörde gegenüber die Verantwortung wegen der nicht vorchriftsmäßigen Veriefelung abgelehnt haben. Wiederum die Bergbehörde auf der Anklagebank! Und die Regierung schweigt!

Der erwähnte Artikel schließt mit folgenden Sätzen:

„Es wäre zu wünschen, daß anlässlich dieses großen Unglücks eine durchgreifende Reform unserer Berggesetzgebung erfolgte. Die alten Forderungen: Einführung von Arbeiterkontrollen und Wegfall des Prämienystems müssen erfüllt werden. Die Hauptsache aber ist, daß die Bergbehörde den verantwortlichen Beamten den Rücken gegen die Besitzer deckt. Deute hilft sie mit, den Steigern das Rückgrat zu brechen. Wehe demjenigen Steiger, der den Rat befolgt, den mir der Handelsminister im vorigen Jahre gegeben hat: Die Steiger sollten sich beim Revierbeamten beschweren, falls ihnen Unrecht geschehe. Für den Beschwerdeführer wäre im Deutschen Reich kein Platz mehr als Grubenbeamter. Die Bergbehörde verpflichtet ihn eben nicht mehr, da sie einen Menschen, der sich beschwert, in moralischer Hinsicht nicht für qualifiziert zum Grubenbeamten hält.“

Das ist das Tollste, was nur existieren kann. Demnach ist die Bergbehörde das größte Hindernis zur Aufdeckung von Mißständen, und sie schlägt — den Rekord in Verurteilungserklärungen und wirtschaftlichem Terrorismus. Alles dem Grubenkapital zur Freude.

Genes Verurteilungsvorwürfe.

Die Dortmunder „Arbeiterzeitung“ bemerkt zu der Meldung von einer angeblich strengen Untersuchung, daß nur eine Besprechung in einer Kommission stattgefunden habe, bei der Arbeiter nicht vernommen wurden. In der Bergarbeiterversammlung in

Castrop seien neue Anschuldigungen erhoben, die erkennen lassen, wie es auf Mährgruben zugeht. Auf Zeche „Graf Schwerin“ sei auf der ersten Sohle beim Steiger Peter ein Ort zugenagelt gewesen, der voll Wetter gestanden habe; ferner sei auf einer benachbarten Zeche in jüngster Zeit ein Landarbeiter aus Waderborn als Streckenwärter angestellt und nach 14 Tagen bereits als Wetterkontrollleur beschäftigt worden!

Auch der Sprecher der Radbod-Deputation vor dem Prinzen Eitel Friedrich, Bergmann Pilgrim, erklärte in einer Versammlung in Dahlhausen gegenüber den Behauptungen gewisser Presseorgane, daß die besagten groben Mißstände auf Radbod erfunden oder doch übertrieben seien, daß davon keine Rede sein könne. Die Vernehmung der Zeugen würde die Richtigkeit der Klagen vollauf bestätigen.

Berufungen.

Wie die „Rh.-Westf. Btg.“ berichtet, wird die Zeche ununterbrochen von Gendarmen bewacht. Zu diesem Zwecke ist eine ständige Wache von 10—12 Gendarmen, die sich ablösen, auf der Zeche stationiert. Die gewaltigen Wirkungen der letzten Explosion sind noch deutlich zu erkennen. Steine und Holzstücke wurden weit weggeschleudert. Da die Betondecke des Ventilatorschachtes zertrümmert wurde, und wegen der Gefahr weiterer Explosionen eine neue Eindeckung nicht möglich ist, gelangen die aufsteigenden Gase nicht mehr durch den Wetterkanal oberhalb des Schachtgebäudes ins Freie, sondern entströmen der zu ebener Erde liegenden Oeffnung, die durch die Explosion geschaffen wurde. In der Nähe der beiden Schachtgebäude vernimmt man das gewaltige Tosen der in die Tiefe stürzenden Wassermengen. In den Schacht 1 ergießt sich das Wasser einer starken Kohrleitung und eines hölzernen Kanals, der bis zur circa 400 Meter entfernten Lippe führt, wo er durch sieben Pumpen gespeist wird.

Gerichts-Zeitung.

Abermals: Streikposten und Schuhmanns Majestä.

Die Köpfer Tillat und Pohl und der Arbeiter Kahl hatten während des Streiks in den Ton- und Steingewerkeren zu Krauschwitz Streikposten gestanden und waren einer Aufforderung des Gendarmen, sich zu entfernen, nicht unbedingt gefolgt. Sie wurden deshalb vom Landgericht Görlitz auf Grund der Polizeiverordnung zu Wustau vom 12. April 1908 zu Geldstrafen verurteilt. Es handelte sich um die bekannte Straßenpolizeiverordnung. Das Landgericht führte begründend aus: Anlässlich des Ausstands habe die Verwaltungsverwaltung versucht, mit einer Anzahl Arbeitswilliger den Betrieb fortzusetzen. Die Streikenden verhielten sich zur Wiederabkehr zu bewegen. Um sie zu kontrollieren und in persönliche Beziehung mit den Arbeitswilligen zu kommen, hätten Streikposten die Umgebung der Werke und den Weg zum Bahnhof besetzt gehalten. Man habe auf die Arbeitenden einzuwirken versucht, sich der Bewegung anzuschließen. Hierzu seien sie berechtigt gewesen, aber die Ruhe, Ordnung und Sicherheit auf der öffentlichen Straße hätten sie nicht stören dürfen. Andere Streikende hätten nun an anderen Tagen wiederholt die Ruhe, Ordnung, Sicherheit und Bequemlichkeit erheblich gestört. Arbeitswilligen sei zugerufen worden, kein Mensch würde sie mehr ansehen, wenn sie weiter arbeiten würden. Auch hätten Streikende in großer Zahl das Werk umlagert und allein schon durch ihre Anzahl Leute am Verlassen des Werks gehindert. Sie hätten ferner in größerer Zahl Arbeitswillige umstehen. Nach einigen Arbeitswilligen seien auch mal Klatschen geworfen worden. Es sei nicht zweifelhaft, daß das Streikende getan hätten. Durch die mehrwöchentliche Dauer des Streiks seien die Streikenden erregt gewesen. Die Angeklagten hätten nun vor dem Werk auf der Straße gestanden, die zum Bahnhof führe. Mit Rücksicht auf die allgemeine Erregtheit habe die Gefahr bestanden, daß wenn sich Arbeitswillige näherten, sie unruhig und belästigt werden würden, und daß so der Verkehr usw. gestört werde. Die Aufforderung des Gendarmen, sich zurückzuziehen, sei ergangen zur Erhaltung der Sicherheit, Ruhe und Ordnung.

Die Angeklagten legten Revision ein. In der Verhandlung am Donnerstag vertrat sie Rechtsanwalt Dr. Verfeld vor dem Kammergericht. Er legte dar, daß das Streikpostenstreichen ein Recht sei, das aus dem Recht der Koalition gemäß § 152 der Gewerbeordnung folge. Dieses Recht als Reichsrecht könne durch eine Straßenpolizeiverordnung nicht aufgehoben werden. Er bitte das Kammergericht, dessen Jubilatur er selbstverständlich kenne, die ganze Frage der Anwendung von Straßenpolizeiverordnungen gegen Streikposten noch einmal nachzuprüfen. Es handele sich nicht um die paar Mark Strafe, sondern darum, daß ein wichtiges wirtschaftliches Grundrecht der Arbeiter nicht durch das Ermessen von Polizeibeamten illusorisch gemacht werde. Hier sei nicht festzustellen, daß die Streikposten am fraglichen Tage irgendwie mit Arbeitswilligen in Berührung gekommen seien. Ganz ruhig und ordnungsmäßig hätten sie sich verhalten. Dennoch seien sie weggejagt worden, bloß weil andere an anderen Tagen wegen ihres Verhaltens Anstoß erregt hätten. So etwas könne doch unmöglich als berechtigt gelten. Das komme ja auf daselbe hinaus, als wenn ein Schuhmann jemand auf der Leipziger Straße das Gehen oder Stehen verbieten wollte, weil dort acht Tage vorher andere die Straßenordnung verlegt hätten. Die Angeklagten hätten nur das Reichsrecht des Koalierens ausgeübt. Eine Polizeiverordnung, die zulasse, daß sie daran gehindert würden, verleihe die Gewerbeordnung. Auf jeden Fall aber dürfe keine Bestrafung eintreten, wenn sich das Ermessen des Schuhmanns als objektiv unrichtig herausstelle. Dem Gericht wäre die Feststellung vorzubehalten, ob objektiv die Ruhe, Ordnung und Sicherheit gestört worden sei; und wenn dies nicht der Fall wäre, dann müßte Freisprechung erfolgen, wenn der Streikposten nicht Folge leistete. Eine Störung durch die Angeklagten sei nicht festzustellen.

Der erste Straffenat verwarf nach längerer Beratung die Revision mit folgender Begründung: Daß das Gericht seine bekannte Rechtsprechung, die es seit Jahren über im einzelnen Falle durchprüfte, sei selbstverständlich. Insbesondere sei es jetzt geboten gewesen, da der Senat ganz anders befehlt sei, wie früher. Im übrigen aber sehe der Senat keinen Grund, seine bezügliche Rechtsprechung irgendwie zu ändern. Dadurch, daß jemand streikt oder Streikposten steht, erlange er kein höheres Recht, als ein anderer Mensch, der nicht Streikposten stehe. Der § 152 der Gewerbeordnung werde ja agitatorisch immer so verwertet, daß die Leute, die das Recht zum Streiken hätten, auf der Straße machen könnten, was sie wollten. Der § 152 spreche nicht von Straßen. Es solle aber keineswegs behauptet werden, daß Streikposten nicht stehen dürften. Indessen könne der Senat dem nicht folgen, daß sie straflos sein sollten, wenn sie die Sicherheit, Ordnung oder Leichtigkeit des Verkehrs gefährden könnten, dann weggejagt werden würden und nicht folgen. Mit der ganzen Frage des Streikpostenstehens habe die Frage rein gar nichts zu tun, ob Störungen auf der öffentlichen Straße entgegenzugesetzt werden könne. In der Stadt und auf dem Lande seien soviel Möglichkeiten für Gefährdungen des Verkehrs und der Sicherheit auf der Straße vorhanden, daß es notwendig sei, Vorkehrungen zur Erhaltung der Sicherheit usw. zu treffen. Der Senat bleibe auch dabei, daß entscheidend bleiben müsse, ob der Beamte auf Grund eigenen Ermessens glaube, er müsse zum Zweck der Erhaltung der Ordnung usw. so vorgehen. Hier sei festzustellen, daß an den Tagen vorher Streikende allerlei Repressionen ausgeübt hätten und daß eine große Erregung geherrscht habe, so daß die Beamten im Interesse der Ordnung und Sicherheit es für notwendig hielten, die Angeklagten wegzuschicken. Wäre der Streik anders verlaufen, dann hätte die Polizei sich vielleicht anders be-

nehmen können. Es wäre dann vielleicht für das Gericht die Möglichkeit vorhanden gewesen, zu sagen: „Du, Polizeibeamter, hast nicht so gehandelt, um die Sicherheit usw. zu schützen, sondern weil es Streikposten sind!“ In solchen Fällen habe es der Senat niemals unklar gelassen, daß die Leute deshalb nicht weggejagt werden dürften. Hier seien aber die Feststellungen andere; daran sei der Senat gebunden. —

Das Kammergericht verbleibt also bei seiner durchaus irrigen, das Koalitionsrecht verletzenden Rechtsansicht. In Stelle der richterlichen Prüfung, ob die Ordnung und Sicherheit verletzt sei, setzt es das Ermessen des Schuhmanns. Die Annahme des Kammergerichts, daß behauptet werde, die Streikenden könnten auf der Straße stehen, was sie wollen, ist uns noch nicht begegnet. Zutreffend ist hingegen, daß der Effekt der kammergerichtlichen Praxis der ist, daß das Streikpostenstehen unter dem Vorwand, die Ordnung usw. werde gestört, verhindert wird. Das ergibt die Beantwortung der Frage: würden die Angeklagten, wenn sie ebenso wie festgesetzt auf der Straße gestanden hätten, fortgewiesen sein, wenn kein Streik gewesen wäre? Da diese Frage unbedenklich zu verneinen ist, so ergibt sich hieraus, daß das im § 152 G.O. festgesetzte Recht des Arbeiters verletzt ist und ferner: daß die Angeklagten deshalb bestraft sind, weil sie das ihnen gewährlichste Recht gebraucht haben. Darüber kann auch eine Freisprechung polizeilichen Ermessens nicht hinwegtäuschen.

Aus der Frauenbewegung.

Rationalismus und Frauenstimmrecht.

Die moderne Entwicklung mit ihrer stetig steigenden Einbeziehung der Frauen in das Erwerbsleben, hat selbst in einer so reaktionären Partei, wie die nationalliberale es ist, zu einigen kleinen Zugeständnissen an die Frauenbewegung geführt. Wenigstens trifft dies zu auf den linken Flügel dieser Partei, die sogenannten Jungnationalliberalen, die sich vor einigen Jahren zusammengenommen haben, um einige der alten nationalliberalen Rechte- und Freiheitsforderungen vor dem völligen Versinken und Vermodern zu retten.

Ueber die Stellung der Nationalliberalen zu den modernen Forderungen der Frauen machte Rechtsanwält Dr. Marwick, ein bekannter Vorkämpfer für die politische Mitarbeit der Frau in der liberalen Bewegung — wie ihn der „Samburgische Correspondent“ nennt — kürzlich in einer Hamburger Versammlung einige bemerkenswerte Ausführungen. Danach will man so gnädig sein, die Frauen zur öffentlichen Armen- und Waisenfürsorge heranzuziehen, ihnen volle Gleichberechtigung für die Wahlen zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht zu gewähren, sowie für die Anstellung weiblicher Gewerbetreibender und Fabrikinspektoren einzutreten. Auch für die Verleihung des kirchlichen Stimmrechts an die Frauen ließen sich mancherlei Gründe aufzählen, wie der Redner meinte. Anders steht es dagegen mit der Verleihung des Reichstagswahlrechts an die Frauen. Hierzu könne der Rationalismus nicht die Hand bieten, — nicht, weil die Frauen etwa nicht reif wären für das Wahlrecht, sondern weil das Vaterland darunter leiden würde. Warum? Weil die Verleihung des Reichstagswahlrechts an die Frauen ein gewaltiges Anwachsen des Zentrums und der Sozialdemokratie zur Folge haben würde. Auch glaubt der Redner, daß die Interessen der Frauen bei dem jetzigen Männerwahlrecht genügend gewahrt würden. Jedenfalls lägen die Verhältnisse nicht so schlimm, daß den Frauen deshalb das Stimmrecht verweigert werden müßte.

Diese so oft gehörten und ebenso oft widerlegten Einwände und Beschwichtigungsversuche sind also der nationalliberalen Weisheit leichter Schluß! Da kann es auch nicht weiter Wunder nehmen, wenn die Nationalliberalen die Frauen noch ganz wie in dem verfallenen alten Vereinsgesetz mit den Unmündigen auf eine Stufe stellen. Hat doch die Erbselberer Tagung des nationalliberalen Reichsverbandes die Aufnahme der Frauen in die Vereine der Nationalliberalen — Zugewillt beschlossen. Also in Theorie und Praxis vollkommene Gleichgültigkeit der politischen Frau! Die Logik der Tatsachen, die geschichtliche Entwicklung werden freilich vor solcher parteipolitischen Beschränktheit nicht Halt machen, sondern früher oder später die politische Gleichberechtigung im Frauenstimmrecht doch zur Tatsache werden lassen. —

Katholische Diensthöten-Interessenvertretung.

Das Münchener Organ für katholische Diensthöten brachte kürzlich einen Anschuldigungsartikel, in dem die Mädchen vor Liebschaften und besonders vor solchen mit Soldaten, gewarnt werden. Ueber „Belastungssachen“, soweit sie Diensthöten — nicht etwa Geheimratsdiener — betreffen, urteilt der Artikel folgendermaßen: „Für gar viele Diensthöten sind sie nicht anderes als Gelegenheit zum Amüsieren, zum Umhergeschwärmern während der Nachzeit, nichts anderes als Befriedigung der niedrigsten Lust und damit oft die Quelle der Schande und des Unglücks. Und leider Gottes gibt es gerade im dienenden Stande genug, die nur deshalb die ländliche Einsamkeit verlassen und das Stadtleben aufsuchen, um dort dieses ungezügelt und leichtfertige Leben führen können. Gehören auch Jeserinnen dieses Platsches dazu? So Gott will, keine einzige.“

Und dann folgt der Absatz über die Vaterlandsverteidiger: „Ja, das „zweierlei Tsch“, das wirkt auf manches einfältige und eingebildete Mädchen gerade wie das rote Tuch auf den Stier, nur in umgekehrter Richtung. . . Wie „herlich“, wenn man in Gesellschaft anderer, gleich leichtfertiger Paare in einem Biergarten sich amüsieren kann, oder im Tabaksalon einer Bierkneipe bis spät in den Abend hinein zweifelhafte Reden und Späße mit anhören muß und dann Arm in Arm, durch die geistigen Getränke erregt, laut schallend und schreiend heimwärts zieht! Und dann erst die verschiedenen Tanzvergnügen, bald da, bald dort. So gefällt's gewissen Diensthöten, und so ist es schön in der Stadt, zumal, wenn man nachts noch ausgehen darf, oder ohne Wissen der Herrschaft Gelegenheit dazu findet. Ja, und wenn es nur immer bei diesen recht zweifelhaften „Vergnügen“ bliebe, aber . . . doch nein, schweigen wir darüber aus Anstand und Taktgefühl.“

Wenn das „zweierlei Tsch“ wirklich auf die Mädchen wirkt wie das rote Tuch auf den Stier, so trifft wohl die geringste Schuld die unwissenden Töchter vom Lande; die Schuld trifft jene, die selbst einen überflüssigen Kultus mit den bunten Lappen und den glühenden Ainkerlchen treiben. Hält nicht gerade die Kirche im Verein mit der weltlichen Reaktion die Bewohner des Landes in Unwissenheit? Hat sie nicht jederzeit den kulturellen Aufstieg der Menschheit gehemmt?

Was die Klagen des Schreibers betrifft, so hilft diesen die freie Diensthötenbewegung in fortschreitendem Maße ab, indem sie die Mädchen durch gute Vorträge aufklärt, ihren Geist schult und sie zu tüchtigen Mitkämpferinnen erzieht, die an der Umgestaltung der heutigen Weltordnung wacker mitwirken.

Vermischtes.

Hochwasser. Nach einer Meldung aus Duderstadt führen infolge mehrtägiger Regengüsse die Reine, Rhume und Diemel sowie die Garzflüsse Hochwasser. Viele Wäldchen stehen still. Auch der Rhein ist, wie aus einer Meldung aus Köln hervorgeht, erheblich gestiegen.

Ermordet aufgefunden. Die Witwe des Reintners Löwe in Klognitz wurde, einer Meldung der „Schlesischen Zeitung“ zufolge, gestern früh in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Ihr in demselben Zimmer schlafendes Dienstmädchen war durch Schläge auf den Kopf betäubt worden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 28. November. Anfang 7 1/2 Uhr.

Königliches Opernhaus. Bödmer. **Königliches Schauspielhaus.** Kaiser Heinrich VI. **Deutsches.** Die Revolution in Krähwinkel. **Kammerspiele.** Frühling. **Gemächte.** Anfang 8 Uhr. **Leffing.** Baummeister Solney. Anfang 8 Uhr.

Neues Igl. Opernhaus. Geschlossen.

Neues Schauspielhaus. Julius César.

Komische Oper. Tiesland. **Berliner.** Herodes und Mariamme. **Neues.** Madriet.

Kleines. Moral. **Reichshallen.** Stimmere dich um Amelle. **Hebbel.** Hohes Spiel.

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Schiller. O. (Wagner-Theater.) **Der schwarze Kavaller.**

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Nachmittags 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Abends 8 Uhr: Jerusalem. Sonntag, 29. Nov., nachm. 3 Uhr: Vom Werden und Vergehen der belebten Materie. Das sexuelle Problem.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: **Madame Flirt.**

Residenz-Theater. - Direktion: Richard Alexander. - Täglich abends 8 Uhr: „Kammere dich um Amelle.“

Luisen-Theater. Nachmittags 4 Uhr: **Große Kinder-Vorstellung: Die Königskinder.**

Abends 8 Uhr: **Die Ehre.** Sonntag nachmittags 3 Uhr: Ausgewiesen. Abends: Die Ehre. Montag: Stolz der Stadt.

DERNHARD ROSE THEATER Dr. Frankfurter Str. 103. Abends 8 1/2 Uhr: **Wohltäter der Menschheit.**

Schauspiel in 3 Akten v. J. Philipp. Wochentagspreise. Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: **Hänsel und Gretel.**

Gastspiel-Theater Köpenicker Straße 63. 8 1/2 Uhr: Gastspiel Hedwig Lange. **Demimonde.** Sonntag 3 1/2 Uhr: Ein toller Einfall.

Metropol-Theater Täglich 8 Uhr: **Donnerwetter - tadellos!**

Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz. Sonntag, 29. November, nachm. 3 Uhr: **Durchlaucht Radieschen.**

WINTERGARTEN Sonntag, den 29. November: **Nachmittags-Vorstellung.**

Anfang 3 Uhr. **Ermäßigte Preise!**

für Erwachsene Kinder

Terrasse 2.- 2.-

Loge 3.- 2.-

Parkett-Pantheon 2.50 1.50

Seiten-Terrasse 2.50 1.50

Pantheon 2.- 1.-

Reserviert. Platz 1.- -50

Entree -75 -40

WINTERGARTEN November - Attraktionen

Die Kräfte der Naturwissenschaften

LOUISE BLAT.

WUNDERWELT DER NATURE

LA TITCOMB SAMUELSON FEUER

Die SLEDES des mysteriösen Hais

GOLEMANN'S BRUNNEN HUNDE

ANNA'S JAPANER TRUPPE

BAS. MARTIN Xylophonisten

Der Biograph

Bürgerliches Schauspielhaus Kottbuser-Str. 7-9. **Der Militärstaat.** Morgen, Sonntag: Nachm. 3 Uhr zum erstenmal: **Der Glöckner von Notre-Dame.** Abends 8 Uhr: Ausgewiesen.

Reichshallen-Theater **Stettiner Sänger** Zum Schluss neu: **Der Kompagnie-Ball.** Militärische Humoreske von Heysel. Anf. wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

W. Noacks Theater Direktion: Kon. Oll. Domänenstr. 16. **Ein feste Burg ist unser Gott!** Historisches Volksstück in 5 Akten. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Tanz.

Schiller-Theater.

O. (Wagner-Theater.) Sonnabend, abends 8 Uhr: **Der schwarze Kavaller.** Ein deutsches Spiel in 3 Akten von Heinrich Büttcher.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Der rote Leutnant.** Sonntag, abends 8 Uhr: **Der Familientag.** Montag, abends 8 Uhr: **Vater und Sohn.**

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonnabend, nachm. 3 Uhr: **Die Jungfrau v. Orleans.** Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die Zwillingsschwester.** Schauspiel in 4 Akten von Ludwig Zula.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Götze von Berlichingen.** Sonntag, abends 8 Uhr: **Der schwarze Kavaller.** Montag, abends 8 Uhr: **Der schwarze Kavaller.**

Luisen-Theater.

Sonntag, den 29. November, nachmittags 3 Uhr: **Sonntags-Aufführung!**

Die Böttcherchen sozialen Stücke „Ausgewiesen!“ „Freiheit!“ etc. stehen ihrer Tendenz nach streng auf dem Boden der „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie!“

„Ausgewiesen!“ Soziales Drama aus der Zeit des Sozialistengesetzes von Karl Böttcher. 12 Jahre wegen „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“ polizeilich verboten gewesen!

Die Leser des „Vorwärts“ zahlen gegen Vorzahlung dieses Inserats nur 60 Pf. für 1. Parkett.

Auf allen übrigen teuren Plätzen 25 Pf. Ermäßigung des Kassenpreises. Ausschneiden! Gutscheine für 1-3 Personen.

Zirkus Schumann.

Heute Sonnabend, den 28. November 1908, abends präz. 7 1/2 Uhr: **VIII. Grande Soirée High Life - Gala-Programm** und zum 17. Male: 9 1/2 Uhr: **Golo, der Seeräuber und Mädchenhändler.**

Besonders hervorzuheben: Pompöses Fest beim Maharadscha. Neu: Feenhafte Ballette. Salombos Opertanz. Zerstörung der Burg Golo. Noch nie gesehene technische Effekte. Sonntag: Zwei Gala-Vorstellungen. In beiden Vorstellungen: **Riesenprogramm.** (Nachmittags ein Kind frei.)

Castan's Panoptikum Friedrichstr. 165 (Pachorrpalast).

Ohne Extra-Entree! Große Variété-Vorstellung der Zwerge! Allerseelen! Beachten Sie bitte das Preisrätzel!

Grand-Hotel-Festsäle Am Alexanderplatz. 8. Jährlich. Jeden Sonntag und Dienstag: (2161)*

Hamburger Sänger. Anfang Sonntags 6 1/2 Uhr, wochentags 8 Uhr. Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

XIV. Saison! Zirkus Busch. Sonnabend, den 28. November, abends präz. 7 1/2 Uhr: **Gala-Vorstellung.** 11 1/2 Uhr ca: **Zizi Bamboula!**

Das größte Naturwunder aus Paris. Kapitän Webb's dreifache Seelöwen! Die Hehmed. Berner Waldbühne. Schulreiterin. Herr Ernst Schumann mit d. neuesten Dressuren. Gerard und Fontana, Weltkünstler. Um 9 1/2 ca: **Barbarossa!!** Große Origin-Ausst.-Pantomime des Ritas Gutch in 6 Bildern.

Rixdorfer Theater Bergstraße 147. Sonntag, den 29. November 1908: **Wallensteins Tod.** Anfang 7 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum. Ohne Extra-Entree! Lebend! Das Lebend! **Bärenweib.** Simpson der lebende Amboß der Mann mit dem Steinkörper. Neapolitanische Briganten. Panophon-Vorträge: **Alexander Girardi, Otto Reutter, Caruso** etc. Alles ohne Extra-Entree! Eintritt 50 Pf. Kinder, Soldaten 25 Pf.

Palast-Theater Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Börje. Täglich 8 Uhr: **Der Riesen-November-Spielplan.** U. a.: Istvan Böllis Sprung aus d. VI. Höhe! Vandas Wunderkassen! Rämber Comp., Jongleur! Schmidt-Hawkins!

Die Frau mit den drei Männern! und 12 Attraktionen I. Ranges. Familienarten, wochentags halbe Preise, überall gratis.

Gebrüder Herrnfeld-Theater. Vorverk. 11-2 Uhr. 57 Kommandantenstr. 57. **Herrnfelds größter Erfolg Die beiden Bindelbands.** Vorher: Künstler-Teil.

Puhlmanns Theater und Festsäle (früher Fröbel, auch: J. Leschkowski). **Schönhauser Allee 148.** Heute Sonnabend 9 Uhr: **Die Räuber.** Drama in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 48. Größtes und vornehmstes Theater-saal Moabits. Sonnabend, den 28. November: **Wilhelm Tell.** Schauspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller. Anf. d. Vorst. 8. Aufführung 7 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr. Nach der Vorstellung: **Ball.** Montag, 30. November: **Soirée der Lützow'schen Sänger.**

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: **Das glänzende November-Programm**

Schneider - Duncker 9 Yankee Doodle Girls und 14 neue Variété-Attraktionen

Wagner-Theater. Täglich abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Hugenotten.** Abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.**

Wagner-Theater. Täglich abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Hugenotten.** Abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.**

Wagner-Theater. Täglich abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Hugenotten.** Abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.**

Wagner-Theater. Täglich abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Hugenotten.** Abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.**

Wagner-Theater. Täglich abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Hugenotten.** Abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.**

Wagner-Theater. Täglich abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Hugenotten.** Abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.**

Wagner-Theater. Täglich abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Hugenotten.** Abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.**

Wagner-Theater. Täglich abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Hugenotten.** Abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.**

Wagner-Theater. Täglich abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Hugenotten.** Abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.**

Wagner-Theater. Täglich abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Hugenotten.** Abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.**

Wagner-Theater. Täglich abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Hugenotten.** Abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.**

Wagner-Theater. Täglich abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Hugenotten.** Abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.**

Wagner-Theater. Täglich abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Hugenotten.** Abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.**

Wagner-Theater. Täglich abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Hugenotten.** Abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.**

Wagner-Theater. Täglich abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Hugenotten.** Abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.**

Wagner-Theater. Täglich abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Hugenotten.** Abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.**

Wagner-Theater. Täglich abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Hugenotten.** Abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.**

Wagner-Theater. Täglich abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Hugenotten.** Abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.**

Wagner-Theater. Täglich abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Hugenotten.** Abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.**

Wagner-Theater. Täglich abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Hugenotten.** Abends 8 Uhr: **Die Hugenotten.**

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15. Sonntag, den 29. November, abends 7 1/2 Uhr: **KUNST-ABEND** arrangiert von Margarete Walkotte unter gef. Mitwirkung von Herrn Leo Gollanin, Konzertänger; Frau Amalie Birnbaum, Violin-Virtuosin, Herr Fritz Lachmann, Rezitator; am Flügel: Herr Bernhard Nitsche. Nachher: **Tanz.** Eintritt im Vorverkauf bei Herrn Horsch, Zigarrenhandlung, Gewerkschaftshaus 50 Pf. A. d. Abendkasse 60 Pf.

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor. Anfang 8 Uhr: **Das neue November-Programm.** **Perzina m. seinen 110 Tieren** im Zumeck Regimentskapelle etc. Theaterbesucher geb. freien Eintritt.

Berliner Eis-Palast Lützowstr. 22/24. Ständige Eisbahn. Bis nachts 12 Uhr geöffnet. Auftreten erster Kunstläufer und Käuferinnen, u. a. nur wenige Tage: **Broor Meyer, der beste Kunstläufer der Welt.**

Königstadt-Kasino. Holzmarktstr. 72. Heute und folgende Tage: **Der Seefadett.** Singpiel in 2 Bildern von D. Richter. Musik von Gust. Steffens. Vorher um 8 Uhr: **Die November-Spezialitäten mit Franz Sobanski.**

Casino-Theater Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr. 8 Uhr: **Das glänzende bunte Programm.** 9 1/2 Uhr: **Großer Liedererfolg!** „Die Dianabäder.“ Sonntag 4 Uhr: **Die fidele Kiste.**

Folies Caprice Lindenstr. 132, an d. Friedrichstr. Zum 94. Male: **Die lästige Witwe. Die Brautschau.** Anfang 8 Uhr.

Nathan Wand 129 Stettiner Str. 129. Die Schönen 40962* **Herren-Winter-Paletots und Anzüge** in neuem sowie speziel Monats-Garderobe von Pariseren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziel Dauch-Anzüge sind in großer Auswahl! Preis zu raumend billigen Preisen zu haben. **Nathan Wand** 129 Stettiner Str. 129. Hochbahnstation Kottbuser Tor. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Madame Colley Ashton genannt **Der weibliche Houdini** Großer Beifall! Größte Sensation des 20. Jahrhunderts. Außerdem das **Elite-Programm.** **Schlager auf Schlager!** Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr. **Sanssouci,** Straße 6. Direktion Wilhelm Reimer. Sonntag, Montag, Donnerstag: **Neues Programm.** **Gr. Elite-Soirée** Tanz-Kränzchen von **Hoffmanns Nordd. Sängern** Morgen: **Gr. Elite-Soirée.** Tanzkränzchen. Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Partei-Expeditionen: Zentrum I: Frh. Zinke, Kaiserstr. 69. Zentrum II: Albert Gahnisch, Auguststr. 50, Eingang KochstraÙe. 2. Wahlkreis, Seiten: Gustav Schmidt, Kirchhofstr. 14, Kochparterre. Eiden und Schweden: Hermann Berner, Gneisenaustr. 72, Laden. 3. Wahlkreis: St. Frh. Fringentz, 31, Hof rechts part. 4. Wahlkreis: Oden: Robert Engelke, Albersdorferstr. 3, am Küstnerplatz. - Wilhelm Mann, Fetersburgerplatz 4 (Laden). 4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15 (Laden). 5. Wahlkreis: Leo Buch, Inmannstr. 12 (Kof). 6. Wahlkreis (Moabit und Hansviertel): Karl Kuder 9, Salzweberstr. 8, im Laden. **Wedding:** Karl Weise, Kagarethkirchstraße 49. **Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt:** Hermann Rasche, Ackerstr. 39, Eingang Anklamerstraße. **Gesundbrunnen:** Fr. Trapp, Fietzstr. 10. **Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Hofenerstr. 133. **Alt-Glennicke:** Wilhelm Dürre, Rudowstr. 83 II. **Charlottenburg:** Gustav Charuberg, Seefeldenerstraße 1, 6. Et. Goethestraße, Laden. **Wilmersdorf-Halensee:** Emil, Sigmaringenstr. 5. **Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg:** Otto Seifert, Kronprinzenstraße 4. **Rummelsburg, Boxhagen:** H. Kolenfranz, Alt-Boxhagen 56. **Grünau:** Franz Klein, Bahnhofstr. 6 III. **Bohnsdorf und Falkenberg:** G. Pfeifer, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus. **Rixdorf:** R. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden. **Schmargendorf:** Gustav Kaminski, Tannstraße 2. **Schöneberg:** Wilhelm Baumier, Martin Lützowstr. 51, im Laden. **Tempelhof:** W. Müller, Berlinerstr. 41/42. **Ober-Schöneberg:** Julius Brunow, Eßb. 10, I. **Nieder-Schöneberg:** Bonafant, Gasse, Gasse, Gasse. **Johannisthal:** Friedr. Kaiser-Wilhelm-Platz 4. **Adlershof:** Erich Steiner, Gadenbergstr. 5, II. **Königs-Wusterhausen:** Friedrich Baumann, Amstgarten 3. **Köpenick:** Friedrich Seid, Alexanderstr. 6, Laden. **Friedrichshagen:** Otto Schröder, Fietzstr. 60, St. II. **Friedenau-Steglitz-Müden:** G. Bernice, Schloßstr. 119. **Hof I. in Steglitz:** Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: G. Rohr, Doppelstr. 32, und Fr. Scheibels, Moorstr. 15a. **Marientorf:** August Reib, Gassestr. 206, Hof. **Baumshulenberg:** G. Hornig, Marienburgerstr. 13, I. **Treptow:** Rob. Gramenz, Fietzstraße 412, Laden. **Neu-Weißensee:** Kurt Rubmann, Sedanstr. 105, parterre. **Heinrichsdorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:** G. Gurisch, Kamestr. 12, I. **Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Heinersdorf-West:** Paul Rieck, Vorpostenstraße, Mühlstraße 10. **Pankow-Niederschönhausen:** Wälfenstr. 73. **Bernau-Röntgenal:** Heinrich Broje, Dohrenstr. 74, part. **Eichwalde, Zethon, Hiersdorf und Hanke's Ablage:** Erich Zimmermann, Eichwalde, Kaiser-Friedrich-Str. 8. **Teltow:** Wilhelm Richter, Dohrenstr. 7. **Nowawes:** Wilhelm Jappe, Fietzstr. 45. **Spandau:** R. Döppel, Jagowstr. 9. **Mahlsdorf und Kaulsdorf:** Hugo Scheibe, Mahlsdorf, Waldbergstr. 14. **Sämtliche Verteilungsliteratur** sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert. **Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.** Bitte ausschneiden. 215/1*

Der weibliche Houdini Großer Beifall! Größte Sensation des 20. Jahrhunderts. Außerdem das **Elite-Programm.** **Schlager auf Schlager!** Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr. **Sanssouci,** Straße 6. Direktion Wilhelm Reimer. Sonntag, Montag, Donnerstag: **Neues Programm.** **Gr. Elite-Soirée** Tanz-Kränzchen von **Hoffmanns Nordd. Sängern** Morgen: **Gr. Elite-Soirée.** Tanzkränzchen. Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Der weibliche Houdini Großer Beifall! Größte Sensation des 20. Jahrhunderts. Außerdem das **Elite-Programm.** **Schlager auf Schlager!** Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr. **Sanssouci,** Straße 6. Direktion Wilhelm Reimer. Sonntag, Montag, Donnerstag: **Neues Programm.** **Gr. Elite-Soirée** Tanz-Kränzchen von **Hoffmanns Nordd. Sängern** Morgen: **Gr. Elite-Soirée.** Tanzkränzchen. Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Der weibliche Houdini Großer Beifall! Größte Sensation des 20. Jahrhunderts. Außerdem das **Elite-Programm.** **Schlager auf Schlager!** Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr. **S**

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau und unsere gute Mutter
Lucie Bunn
geb. Ziege
plötzlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 29. November, nachmittags 4 Uhr, auf dem katholischen Kirchhof, Mariendorfer Weg, statt.
Die bestatteten Hinterbliebenen
Jakob Bunn nebst Kindern.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Südlicher Bezirk. Bezirk Nr. 227.
Teil I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin
Frau Lucie Bunn
Reichenberger Str. 95
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Michaelskirchhofes, Mariendorfer Weg, statt.
227/18 **Der Vorstand.**

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin u. Umgegend.
Bezirk Ost.
Todes-Anzeige.
Am 26. November verstarb infolge eines Unfalles unser langjähriges Mitglied, der Kollege
August Roth
im Alter von 60 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag, den 29. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Marius-Friedhofes in Wilhelmshagen aus statt. 31/16
Um rege Beteiligung ersucht
Der Zweigvereinsvorstand.

Am 29. November starb an den Folgen eines Schlaganfalles unser Kollege, der Drechsler
Hermann Klösser.
Wir verlieren in ihm einen treuen Kollegen.
Ehre seinem Andenken!
Die Arbeiter der Firma
Vogt u. Söhne.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drechsler
Hermann Klösser
am 26. November gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 29. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Johannis-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt. 29/15
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse d. Drechsler u. Berufsgen.
Am 26. d. M. verstarb unser Mitglied
Hermann Klösser.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag, den 29. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Johannis-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt. 29/15
Die Ortsverwaltung.

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Dt.-Wilmsdorf u. Umgegend.
Bekanntmachung.
Zum 1. Dezember d. J. befinden sich unser Geschäftsräume
Kaiser-Allee 173a.
Am Sonntag, den 30. Novbr. d. J., bleibt die Kasse wegen Umzugs geschlossen.
290/8 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Sohn
Kurt
im Alter von 6 1/2 Jahren nach neuntägigem Leiden an den Folgen einer Blinddarmentzündung verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Sonnabend, den 28. November, nachm. 1/3 Uhr, auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde statt.
Wilhelm und Anna Simmel
geb. Sternfeld.

Kaufhaus Wedding
Millerstr. 182/183
Großer
Weihnachts-Verkauf
!
nie wiederkehrenden
Preisen.
Mädchen-, Herren- und Knaben-Konfektion, Wäsche, Leinenwaren, Handschuhen, Pelzwaren, Gardinen, Toppchen, Tischdecken.
Auf alle Artikel gewähre **10 % Rabatt** oder **doppelte Nordenmarken.**
Einen eleganten Kalender gratis!

Zentralverband deutscher Textilarbeiter.
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin
Klara Hanke
Seherin, am 26. November gestorben ist. 107/16
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Michaelskirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Dr. Schönemann
Spezial-Arzt für 45032
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonn. 10-12 Uhr.
Offiziäre in nur schöner, schöner Ware, solange Vorrat reicht:

Hasen,
extra stark, für nur . . . 3,30 M.
sauber gefärbt, von . . . 3-4 .
Gänse,
bis 15 Pfd. schwer, pro Pfd. 0,60 M.
Gänsefleisch, halbe Gänse.
Enten,
selbstgeköllt und fett, von . . . 2,50 M.
Hühner
in ganz besonders schöner Auswahl.
Wegner, 50, Mariannenstr. 54.

Ausnahme-Angebot!
Antarktis
Von Dr. Karl Fischer.
Die Erforschung des Südpolargebietes.
Mit zahlreichen Illustrationen und Karten.
Elegant kartoniert statt 5,- M. nur 1,- M.
Expedition des Vorwärts.
Berlin SW. 68,
Sindensstr. 69. Laden.

Pelz-waren
eigener Fabrik
Verkauf nach besonderer Engros- Saison
Pelz-Stolae, Muffen, Kindergarnituren
zu sehr bill. Preis.
Enorm große Ausw.
H. Bonin,
Kürschnerstr., Weißburgerstr. 68 (Kein Laden).
Rep. wird. i. eig. Werkstatt ang. Verzeiger dieses ins. erhalten trotz d. billigen Preise extra 5 % Rabatt.

Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker.
Bekanntmachung
betreffend die Wahl der Vertreter der Kassennmitglieder und Arbeitgeber.
Mit dem 31. Dezember 1908 laufen die Mandate sämtlicher Vertreter der Kassennmitglieder und Arbeitgeber für die Generalversammlung ab. Es haben deshalb auf Grund der §§ 45 u. ff. des Kassensatzes die Neuwahlen derselben stattzufinden.
Zu wählen sind 372 Vertreter der Kassennmitglieder und 177 Vertreter der Arbeitgeber für die nächste dreijährige Wahlperiode, welche mit dem 1. Januar 1909 beginnt und am 31. Dezember 1911 endet.
Die Wahlen der Kassennmitglieder finden am . . . 290/10
Sonntag, den 6. Dezember 1908 statt. Gewählt wird in zwei Abteilungen.

Abteilung I
umfaßt die Kassennmitglieder, welche in Betrieben beschäftigt sind, die links der Spree liegen, sowie alle freiwilligen Mitglieder, die rechts der Spree wohnen (also die Postbezirke SO., S., SW., sowie ein Teil von O. und NW.). Das Wahllokal befindet sich in
Träfels Restkafen, Neue Friedrichstr. 35.
Abteilung II
umfaßt alle Kassennmitglieder, welche in Betrieben beschäftigt sind, die links der Spree liegen, sowie alle freiwilligen Mitglieder, die links der Spree wohnen (also die Postbezirke SO., S., SW., sowie ein Teil von O. und NW.). Das Wahllokal befindet sich in der
„Lebensquelle“ (frühere Arminshallen), Kommandantenstr. 20.
Die Wahlversammlungen werden um 10 Uhr vormittags eröffnet und die Wählerlisten um 4 Uhr nachmittags geschlossen.
Um Zweifeln vorzubeugen, machen wir ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Gesamtzahl der Delegierten in beiden Wahllokalen zu wählen ist. Wahlberechtigt sind nur diejenigen Kassennmitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.
Als Legitimation dient eine Wahlkarte, welche auf Verlangen in unserem Kassenslokal, Georgenkirchstr. 40, Hof 2 Treppen, in den Dienststunden nachmittags von 8 bis 9 Uhr gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches oder einer Bescheinigung des Arbeitgeberes ausgestellt wird, aus welcher hervorgeht, daß Antragsteller in versicherungspflichtiger Beschäftigung stehen. (Datum, Unterschrift der Firma bezw. Stempel.)
Freiwillige Mitglieder haben zur Erlangung der Wahlkarte im Kassenslokal ihr Mitgliedsbuch vorzulegen.

Die Wahlen der Arbeitgeber finden am
Dienstag, den 8. Dezember 1908, im Kassenslokal Georgenkirchstr. 40, vorn 1 Tr., statt.
Zu wählen sind 177 Vertreter.
Es werden hierzu die Arbeitgeber eingeladen mit dem Bemerken, daß um 6 Uhr abends der Wahltag beginnt und die Listen um 8 Uhr abends geschlossen werden.
Wahlberechtigt sind alle Arbeitgeber, welche für die bei ihnen beschäftigten Personen Beiträge aus eigenen Mitteln zu obengenannter Kasse zahlen.
Die Arbeitgeber sind berechtigt, sich bei der Wahl zur Generalversammlung durch ihre Geschäftsführer oder Betriebsbeamten vertreten zu lassen. Von der Vertretung ist dem Kassenvorstande vor Beginn der Wahlversammlung Anzeige zu machen.
Die Arbeitgeber sind ferner berechtigt, zu Mitgliedern der aus Vertretern bestehenden Generalversammlung und des Vorstandes Geschäftsführer oder Betriebsbeamte der zu Beiträgen verpflichteten Arbeitgeber zu wählen.
Der Vorstand,
R. Nürnberg, Vorsitzender,
Jonas Stahl, Schriftführer.

Pelz-Stolas
Muffen
sowie alle sonstigen Pelzwaren
empfehlen nach besonderer Engros- Saison zu außergewöhnl. bill. Preis.
R. Michaelis,
Kürschnermstr.,
Gr. Frankfurterstraße 89, I u. II,
am Strauß-Platz.

Greift zu!
den besten
Monatsanzüge . . . d. 9,50 M.
Abonnementsanzüge . . . 13,00 M.
Wanbleibanzüge . . . 11,00 M.
Parti-anzüge . . . 12,00 M.
Gehrockanzüge . . . 14,50 M.
Anzüge, Ervas f. Maß . . . 20,50 M.
Winterpaletots . . . 9,50 M.
Hosen . . . 2,00 M.
Warme Winterjoppen . . . 6,00 M.

Moldauer
98 Gr. Frankfurter Str. 98
im Laden (am Straußberger Platz).
- Straßenbahn-Vergütung. -

Enorm billig
einzig!!! ist unser Angebot für Herren jeden Standes!!!
Täglich Sonntag verkaufen aus feinsten Maßstoffen vornehmst gefertigte Herren-
Anzüge Paletots
deren sonstiger Maßpreis 40-70 M. ist, jetzt 15-25 M.
Gehrockanzüge jetzt 21-40 M.
Herren-Hosen jetzt 7-12 M.
Deutsches Versandhaus,
Jägerstr. 53, 1. Tropp.
Firma Hausnummer achten.

Das läßt man sich gefallen!
Auf Teilzahlung billiger als anderweitig per Kassa liefert nur das
Verkaufshaus Berliner Herren-Moden, Etalauer Straße 8 I, am Wollenmarkt, an durchwegs jahreslangfähige Stunden Garderobe (schon und nach Maß) eigene Kürschnererei und Werkstätten, dabei kostengünstig, Verarbeitung haltbarer Stoffe, Garantie für tadellose Sitz.
Nicht gefeilte Rohanzüge, Paletots (Monatsgarderobe) werden im Konsumhaus, Frankfurter Allee 189, Ecke Müggelstr., zu Auktionspreisen nur gegen Kassa verkauft. Schluß mit Kassen jederzeit. - Nachdruck verboten.

Wer - Stoff - hat
fertige Anzüge nach Maß 20 M. Tadellosler Sitz, haltbare Futterläden. Bei Stofflieferung billige Preise.
Franko, Aderstraße 143, 44028* Ecke Invalidenstraße.

Solinger Stahlwaren
empfehle in größter Auswahl.
Tischbestecke, Löffel, Tranchier, Hack- u. Wiegemeßer, Scheren, Haarschneide-Maschinen, Taschen- und Rasiermesser, Nickel-Service, Aluminiumgeschirre, Wagen, Haushaltungsmaschinen, Tablette, Kassetten, Revolver, Taschen, Luftbüchsen, Munition, Schiffschrauben usw.
Wilhelm Dietz, Solinger Stahlwaren, Brunnstraße 5, am Rosenhauer Tor

Arbeiter-Notiz-Kalender
1909
Geb. 60 Pf. Porto 10 Pf.
Ein nützlicher Ratgeber, ein unentbehrliches Nachschlagewerk für alle in Partei und Gewerkschaften organisierten Arbeiter.
Der diesjährige Kalender enthält u. a.: Die Reichstagswahlen 1907 und die Nachwahlen. - Biogr. Notizen unserer Reichstagsabgeordneten. - Reichsvereinsverzeichnis. - Die Bedeutung der Landtage. - Sozialdemokratische u. Gewerkschaftsvereine. - Die Gewerkschaften Deutschlands. - Internationale Streik- und Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908. - Adressen der Arbeiter-Sekretariate und der Vorstände der Zentralverbände. - Die deutschen Gewerkschafts-Inspektoren - Kalendarium und Geschäftskalendarium. - Münz- und Geldverhältnisse. - Portofrage. - Vielfachere Übersetzungsliste. Außerdem enthält der Kalender ein ausführlich angeführtes Wort-Verzeichnis.
Zu beziehen durch jede Parteibuchhandlung und bei den Parteipostämtern.
Der Verlag
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint
BERLIN O.
Joachimstraße 11C,
besteht Reparaturen, auf Wunsch zugleich mit vorz. Lötverbesserung.
Spezialität:
Erzeugung des authentischen Kintores für große Söle an allen u. neuen Geigen. * Mäßiges Honorar. *

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.
Zentrum:
Fritz Rufe, Wauerstr. 89.
H. Gahnisch, Auguststr. 50.
Westen:
G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
Osten:
W. Mann, Venedigerplatz 4.
R. Wengels, Rüdendörferstr. 3.
Gustav Vogel, Kopenstr. 83.
Nordosten:
P. Zucht, Ammanuelfstr. 12.
J. Neul, Bernstr. 42.
Norden:
G. Reichle, Ackerstr. 33.
F. Trapp, Steinhilberstr. 10.
Karl Wars, Logenstr. 123.
Karl Weiske, Nagelsbühlstr. 42.
P. Dehnd, Rübepflanzstr. 24.
G. Vogel, Vorplätzstr. 37.
H. Ties, Invalidenstr. 124.
Nordwesten:
Karl Anders, Salzbeckerstr. 8.
Weder, Gohlwitzerstr. 29.
Südwesten:
G. Werner, Gneisenaustr. 73.
Dachs, Vogelbergstr. 27.
Süden:
St. Fris, Brunsstr. 31.
Rich. Schmidt, Kottbuser Damm 8.
Südosten:
Paul Böhm, Langstr. Platz 14/15.
P. Oorich, Engelstr. 15.
Charlottenburg:
G. Scharnberg, Seidenhainstr. 1.
Friedrichsberg:
C. Seifel, Kronprinzstr. 4.
Rixdorf:
M. Heinrich, Rederstr. 7.
Courad, Demmannstr. 50.
Rummelsburg:
H. Roizenfranz, Alt-Bogdanz 55.
Schöneberg:
Wth. Gänicker, Martin-Lutherstr. 61.
Weißensee:
R. Fuhrmann, Sebanstr. 105.
Jul. Schiller, König-Charlotten 59a.
Reinickendorf:
P. Gurich, Ramekestr. 12.
Treptow: 245/2*
R. Gramenz, Kleibolzstr. 412.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Leberhufe Herkules tragen.
Unerreichte Leistungsfähigkeit. Klein-Verkauf. Sehr starkes Leder in prachtvollen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Pilot-Laschen. Große Hufen umsonst.
4 M. 50
Monteur-Jackets „Edilon“, echthaut Koper oder Drell 2 M. 65
Monteur-Hosen „Edilon“, echthaut Koper oder Drell 2 M. 35
Wandhelfer-Hosen Gambinus 6 M. 50
Wandhelfer-Jackets Gambinus 11 M. 50
Raler-Mittel M. 2,75, 2 M. 25
Mechaniker-Mittel (braun) 3,35, 2 M. 75
Weiße Lederhosen 4,50, 3 M. 25
Reißel-Anzüge 7,25, 6,50, 5 M. 50
Weiße Jackets für Pfeisauer, Reimer, Konditoren, Köche usw.
Die Preise gelten für normale Größen.
Baer Sohn
Chausseestr. 29/30, Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Haupt-Station gratis und franko.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schnittlänge, bei Jackets und Mitteln die Brustweite anzugeben. 45232*

Reste!
Damentuche, schwarz und farbig. Costumes-Stoffe (neueste Muster, zu jeder Saison), Astrachan, Krimmer, Wollplüsch, Seidenplüsch, Velours du Nord, Sammet, Seide, Velvet etc. 4147L*

A. B. Koch
Kohlen-Groß-Handlung
gegründet 1893.
Haupt-Kontor und I. Geschäft Berlin O. 34, Brombergstr. 16.
II. Geschäft: O. 17, Fruchtstr. 13.
Preise für nur in Marken ab Maß von 10 Str. an: 49882*
Prima in Halbsteine (Seltene Marken). pr. Str. 97 Pf.
Ferdinand-Preilwitz pr. Str. 97 Pf.
„Anna od. Waldmannscheit“ pr. Str. 99 Pf.
„Pflänerschaft“ „101 Pf.“
„la Diamant“ pr. Str. (110 bis 120 Str.) . . . 105 Pf.
„la Zille o. Aho.“ pr. Str. 105 Pf.
In Antheilhaber Gabels 3, 235 Pf.
Reife, Steinbohlen usw. zu den billigsten Tages- und Konventionenpreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf. mehr. - Bei Originalen verlangen Sie größeren Abschlägen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Zentralhaus moderner Herrenkleidung
Neue Friedrichstr. 35, neben der Zentral-Markthalle, liefert an jedermann elegante
Herren-Garderoben
fertig und nach Maß unter Garantie für tadellose Sitz gegen wöchentlich Teilzahlung von 1 M. an. Kürschnererei u. Verfertigen i. Haus. auf Wunsch Besuch des Kleidenden mit neuesten Stoffmustern.
Sonntags geöffnet.

Husten, Heiserkeit
besonders wunderbar leicht und schnell die berühmten
Hustentropfen
von Otto Reichel.
Nur echt mit Marke „Medico“.
H. 50 Pf. u. 1 M.
Vor Nachahmungen jeder Art sei jedoch dringend gewarnt. In den meisten Drogenläden und bei Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

H. Greifenhagen Nachfl.

Brunnenstrasse 17-18

Veteranenstrasse 1-2

Sonnabend □ Sonntag □ Montag
verabfolgen wir auf unsere bekannt billigen Preise

Doppelte Rabatt-Marken

mit Ausnahme von Lebensmitteln und einiger Netto-Artikel

Ferner stellen wir für diese Tage mehrere Waggon in

Porzellan und Steingut

als ganz besonders vorteilhafte Gelegenheitsposten
sehr billig zum Verkauf

Steingut

Gemüsetonnen regul. Wert bis 1.00 St. 25 Pf.	Salz- und Mehl-Metzen ... St. 32 Pf.
Gewürztönnchen regul. Wert bis 45 Pf. St. 8 Pf.	Essig- u. Oelflaschen bunt decor. St. 18 Pf.
Salz- und Mehl-Metzen mit Holzrückwand, regulärer Wert bis 1.50 St. 48 Pf.	Salatieren blau und bunt ... Satz = 6 St. 98 Pf.
	Milchtöpfe bunt ... St. 18 Pf.

Speiseteller tief oder flach	Stück	5 Pf.
Abendbrotteller	Stück	4 Pf.
Ein grosser Posten Waschgarnituren	blau, rot, grün Stück	1.35
Nachtgeschirre	Stück	28 Pf.

Porzellan

Tassen dekoriert	Stück	18 Pf.	Kaffeesevice 9 teilig, gute Ware dekoriert	2.75
Kinderbecher dekoriert	Stück	8 Pf.	Dejeuneurs gold	95 Pf.
Untertassen weiss	Stück	4 Pf.	Ober- u. Untertassen weiss	10 Pf.
Kaffeetöpfe dekoriert	Stück	15 Pf.	Grosse Kaffeekannen weiss	30 Pf.
Satz-Krüge = 6 Stück, gold oder bunt	95 Pf.			

Speiseteller tief oder flach weiss	Stück	10 Pf.
Abendbrotteller	Stück	8 Pf.
Kompotteller	Stück	6 Pf.
Suppenterrinen alle Grössen	Stück	95 Pf.

I. ETAGE: Ausstellung von

Spielwaren und Puppen

Auf
Teilzahlung

empfehlen wir in 1000 fach. Auswahl elegante

Herren- u. Damen-Garderobe

Garantie für besten Sitz und tadellose Verarbeitung auch bei dem billigsten Stück. Gleichfalls empfehlen wir unsere Abteilung für Pelz-Konfektion wie: Garnituren, Krawatten, Muffen etc. In jeder Preislage und Ausführung. Bei Bedarf berücksichtige man vor allem

Die erste Grossmacht

bestehend aus nachfolgenden 3 Riesenfirmen

M. Glogau nur Alte Jakobstr. 73
Ecke Dresdener Str. Keine Filialen

C. Wachsmann & Co. Reinickendorferstr. 15
direkt am Weddingplatz neben der Feuerwache.

Paul Neugebauer Nachf. Charlottenburg,
Wilmsdorfer Strasse 31

Unsere märchenhaft grossen Läger

In Konfektion bilden das Entzücken der gesamten Damen- und Herrenwelt von Gross-Berlin. Die fabelhaft niedrigen Preise und lächerlich geringen Anzahlungen ermöglichen es Jedermann, sich elegant und schick zu kleiden.

4883L*

Erprobt und bewährt!

Spiritus-Glühlicht

Lampen u. Brenner
Spiritus-Zentrale G. m. b. H.

Berlin NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel

Kein Kaufzwang! Preisliste kostenlos!

Weihnachts-Prämien

für die Leser des „Vorwärts“.

Hackländer's Werke
2 Bände illustriert 3.50 M.

Freiligrath's sämtl. Werke
3 Bände elegant geb. 3.— M.

Gerstäcker's Werke
2 Bände illustriert 3.50 M.

Grillparzer's sämtl. Werke
2 Bände illustriert 3.— M.

Goethes Werke
2 Bände illustriert 3.50 M.

Reuters sämtl. Werke
2 Bände illustriert 3.— M.

Schillers Werke
2 Bände illustriert 3.50 M.

Ludwig, Zwischen Himmel und Erde.
Gleg. geb. statt 12 nur 3.— M.

Expedition des „Vorwärts“
Vindob. 69 (Waben).

Die verpfändet gewesenen Waren werden wegen vollständiger Auflösung

des Konfektionshauses **Blitz** und der Firma E. Süßkind & Co.

his zu **50%** unter Preis verkauft.

Kinder-Joppen warm gefüllt	St. 1.80 an	Kinder-Paletot	Stück von 2.00 an
Burschen-Joppen	Stück 2.20 an	Burschen-Anzüge	Stück von 3.40 an
Herren-Hosen Buckskin	Stück 1.80 an	Burschen-Paletot	Stück von 3.60 an
Herren-Anzüge Wert bis 21 M. jetzt	12.50	Herren-Paletot Wert bis 14 M. jetzt	8.00
Herren-Anzüge Wert bis 30 M. jetzt	17.50	Herren-Paletot Wert bis 30 M. jetzt	13.00
Herren-Anzüge Wert bis 36 M. jetzt	21.00	Herren-Paletot Wert bis 28 M. jetzt	17.75
Herren-Anzüge Wert bis 42 M. jetzt	26.00	Herren-Paletot Wert bis 34 M. jetzt	22.10
Herren-Anzüge Wert bis 50 M. jetzt	32.00	Herren-Paletot Wert bis 42 M. jetzt	28.00
Herren-Joppen	Stück von 3.85 an	Herren-Paletot Wert bis 55 M. jetzt	34.00

85 Chausseestraße 85.
137 Große Frankfurter Straße 137.
24 Kottbuser Damm 24.
Schöneberg, 10 Hauptstraße 10.
9 Rosenthalerstr. 9, Ecke Auguststraße.

Spezial-Geschäft für Uhren

- 1 neue Uhr-Heber in 75 Pf.
- 1 neue Uhr-Spanel - 15 Pf.
- 1 neuer Uhr-Steck - 10 Pf.
- 1 neuer Uhr-Steck - 10 Pf.
- 1 neuer Uhr-Steck 10 Pf.
- 1 neuer Uhr-Steck 5 Pf.

Neue Uhren 1. größter Ausm. genau reguliert

E. Möbis,
14 Beuthstrasse 14

An die Arbeiter Groß-Berlins!

Die Gewerbegerichtswahl für Arbeitnehmer findet am Sonntag, den 29. November 1908, von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags statt. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, sich an der Wahl zu beteiligen. Auch die auswärtig wohnenden, aber in Berlin arbeitenden Genossen haben das Recht und die Pflicht, ihr Wahlrecht in Berlin in dem Bezirk, in welchem sie arbeiten, auszuüben.

Die Liste Nr. I

Liste der freien Gewerkschaften, ist die einzig richtige Liste, die jeder Partei- und Gewerkschaftsmitglied zu wählen hat. Um jede Wahlmogelei zu verhindern, werden die Stimmzettelverteiler der Liste I eine rote Schleife mit einer I versehen als Abzeichen tragen.

Das Ergebnis der Wahlen der Arbeitgeberbesitzer.

Gestern wurden die Wahlen der Arbeitgeberbesitzer zum Gewerbegericht vollzogen. Die freien Arbeitgeber hatten der bürgerlichen Liste ihre eigene — die Liste II. gegenübergestellt. Das Ergebnis ist für die Liste der freien Arbeitgeber ein immerhin recht erfreuliches. Es wurden im ganzen 7116 Stimmen abgegeben, davon waren 29 ungültig. Von den 7087 gültigen Stimmen erhielt die bürgerliche Liste 5445, die Liste der freien Arbeitgeber 1642. Da 70 Wähler zu wählen sind, wurden 54 Wähler von der bürgerlichen und 16 Wähler von der Liste der freien Arbeitgeber gewählt sein.

Wenn also manche Leute glauben, uns durch die Einführung der Verhältniswahl irgendwie Abbruch tun zu können, so haben sie sich sehr verrechnet. Im nachfolgenden veröffentlichen wir das Ergebnis nach Stadtbezirken.

Wahlbezirk	Abgegebene Stimmen	Liste I bürgerliche Arbeitgeber	Liste II freie Arbeitgeber	Ungültig
1	221	207	14	—
2	221	215	6	—
3	227	207	19	1
4	114	112	2	—
5	102	88	14	—
6	98	94	4	1
7	105	94	11	—
8	80	69	11	—
9	91	78	13	—
10	143	109	34	—
11	158	122	35	1
12	156	105	51	—
13	157	110	47	—
14	88	44	43	1
15	133	94	38	1
16	180	151	29	—
17	186	160	26	—
18	224	200	24	2
19	202	171	31	2
20	151	134	17	—
21	105	75	30	—
22	112	87	25	—
23	104	70	34	2
24	174	119	54	1
25	250	181	69	—
26	285	211	73	1
27	182	153	28	1
28	107	91	15	1
29	105	92	13	—
30	97	83	14	—
31	73	58	15	—
32	104	61	43	—
33	90	63	28	—
34	153	86	67	—
35	192	89	100	3
36	122	41	81	—
37	105	73	32	1
38	181	112	67	2
39	134	114	19	1
40	110	84	26	—
41	190	179	10	1
42	257	237	17	3
43	192	108	83	1
44	116	82	34	—
45	69	58	11	—
46	124	75	49	—
47	188	118	70	—
48	167	87	80	2

Partei-Angelegenheiten.

Wierth Wahlkreis. Am 6. Dezember findet eine Urania-Vorstellung statt. Billets, die bis zum 30. d. M. nicht zurückgebracht werden als verkauft betrachtet und müssen unbedingt bezahlt werden. Der Vorstand.

Rehendorf. Heute abend: Aufführung des Theaterstücks „Auszug aus dem Leben“ bei Niet. Es wird ersucht für rege Beteiligung Sorge zu tragen. Gewerkschaftskommission und Vorstand des Wahlvereins.

Nieder-Schönhagen. Heute, Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal „Neu-Karlshof“ der Lichtbildervortrag des Genossen Roth über „Im Reiche der schwarzen Diamanten“ statt. Nach dem Vortrag Tanz. Eintritt 20 Pf. Der Wahlvereinsvorstand.

Zegel. Morgen, Sonntag, den 29. November, vormittags 8 Uhr, findet von den bekannten Bezirkslokals eine Flugblattverbreitung statt. Der Anruf über soziale Gesetzgebung findet am selbigen Tage vormittags 9 Uhr statt. Der Vorstand.

Bezirk Waldmannsflust. Am Sonntag, den 29. November, vormittags 1/2 9 Uhr, findet für die Orte Hermsdorf, Waldmannsflust und Vorhagen von den bekannten Lokals zur Agitation für die Konsumvereine eine Flugblattverbreitung statt. — Die Billets vom Stiftungsfest müssen in aller kürzester Frist abgerechnet sein.

Wilhelmstraße. Der Wahlverein feiert heute abend 8 1/2 Uhr im Lokal von Deutschmann sein 7. Stiftungsfest. Die Genossen werden ersucht, für einen guten Besuch des Festes Sorge zu tragen. Der Vorstand.

Friedrichsfelde. Die Bibliothek des Wahlvereins befindet sich nicht mehr bei dem Genossen Steffen, sondern bei dem Genossen Dutter, Pringelallee 47, I.

Berliner Nachrichten.

Zu den Gewerbegerichtswahlen.

Wachung vor Wahlmogelei!!!

Die Diesenthaler haben in Berechnung auf Väterung den Namen „Allgemeiner deutscher Metallarbeiterverband“ angenommen. Das beweist ein Verstoß, den sie in einer am Donnerstag stattgefundenen Versammlung gelobt haben. Danach sollen bei der Gewerbegerichtswahl am Sonntag ihre Stimmzettelverteiler fortwährend die Stimmzettel unter der Bezeichnung „Liste des Deutschen Metallarbeiterverbandes“ anbieten, in der Hoffnung, dadurch von mit den Verhältnissen nicht ganz vertrauten Metallarbeitern Stimmen zu ergattern. Das ist natürlich nur ein Wahlmanöver. Auch werden von der genannten Richtung Wahlkontrollmarken herausgegeben, die eine ihnen allerdings angepaßte Farbe — blau — haben.

Die Wahlkontrollmarke der freien Gewerkschaften ist rot!

Die Arbeiterschaft wird ersucht, auf diese Machinationen ein besonderes Augenmerk zu richten.

Sehe sich jeder Wähler seinen Stimmzettel genau an.

Die Liste I ist die allein richtige.

Die Stimmzettelverteiler tragen rote Schleifen mit einer I in derselben. Versuchen über eventuelle Unregelmäßigkeiten sind dem Bureau der Gewerkschaftskommission, Engelauer 15, Amt IV 3733, möglichst sofort zu melden.

Das Wahlergebnis wird am Sonntagabend im Gewerkschaftshaus verkündet.

Das Alte fürzt.

Wie ein Zwerg zwischen zwei Riesen stand das kleine zweistöckige Haus in der belebten Straße, eingeklemmt von zwei modernen vierstöckigen Gebäuden. Rechts und links der Straße zogen sich in Pfeilergerader Flucht die kolossalen Geschäftsbauten hin, mit ihren hohen Spiegelscheiben und ihrer stolzen Front. Und nur das eine kleine Häuschen hatte bis jetzt der Spitzhade getrotzt. Es sah zwischen den beiden hohen Prachtbauten so unscheinbar, so schief und winzig aus, als wäre ein Riese darüber hinweggeschritten und hätte es mit einem mächtigen Fußtritt kläglich zusammengedrückt.

Alle Kameraden hatten der pietätlosen Neuzeit weichen müssen, nur das gringeländte, armselige Häuschen, mit dem schmalen, dürftigen Vorgarten, „es blieb aus alten Zeiten“ in dieser Straße zurück. Rechts von dem engen Lureingang stand eine Bank, auf der mehrere Körbe mit Gemüse und Obst ein liebliches Stillleben bildeten, und hinter den blühblau gepulzten, kleinen Fensterscheiben war auf einem Plakat zu lesen: „Hier kann gerollt werden!“ Auf der anderen Seite befand sich eine von den alten charakteristischen Weibstuden, deren Urgenüßlichkeit in den rührendsten Tönen am meisten von jenen beweint wird, die sich in den großen, neuzeitlichen Prunkrestaurants am wohlsten fühlen. Blicke man im Vorübergehen durch die Fenster, so sah man in blendendweißer Schürze die rundliche, stets vergnügte Birnin mit ihren strammten Armen, die an Hebeebäume erinnerten, an dem Schenktisch emsig hantieren, um den gewöhnlich einige Droschkentritscher stehend einen kläglichen Imbiß nahmen oder sich mit einem berben Schluck für die nächste Fahrt stärkten. Auf dem Fensterbrett aber lagte ein knuspriger Schweinebraten, eine Schüssel mit Röllmöpfen und ein Teller, den ein Duzend mehr oder minder frischer Knobländer krönten. An der Tür prangte in stolzen Lettern die inhaltschwere Ankündigung, daß es hier einen „kräftigen Hausmannstisch für 50 Pf. mit Bier“ gebe. — Vorbei.

Eines Morgens waren die gastlichen Pforten geschlossen, der knusprige Schweinebraten, die Röllmöpfe, die Knobländer und auch Obst und Gemüse verschwunden. Fortan konnte auch hier nicht mehr gerollt werden. Aus den niedrigen Fenstern gähnte eine öde, melancholische Leere. Und noch einige Tage später kamen fleißige, wetterharte Arbeiter und errichteten an dem Gartensaum ein hölzernes Schuttdach. Ein Zettel verkündete: Hier sind Baumaterialien abzugeben! Und nun verschwand zusehends mit jedem Tage ein Teil des Häuschens nach dem andern. Das Dach war abgedeckt, in den ehemaligen kleinen Stübchen hing die zerfetzte, verblühte Tapete von der Wand. Durch die zerbrochenen Mauern konnte man in einen engen Hof sehen, der in mackerlicher Unordnung allerlei Gerümpel barg. Nicht lange, dann waren auch die letzten Mauerreste beseitigt, das Ausschachten begann. Die Straße hallte wider von den lauten Zurufen der Kutscher, die die Pferde antrieben. Während sie vorn noch Schutt und Erde wegschafften, wurde hinten schon der Grundstein gelegt. Hier darf nicht gezögert werden, sollen der Profit und die Zinsen nicht schmälert werden. Hier ist Zeit im wahrsten Sinne des Wortes Geld. Bald wuchsen die ersten Mauern aus der Tiefe empor, und wer einige Wochen nicht an der Stelle vorüberkam, stand vor einer ziemlich vollendeten Latzmauer.

Vom schwindelnden Dachgebälk winkte ein grüner Baum und farbige Bänder flatterten lustig im Winde. In eiliger Hast schritt der gewaltige Bau seiner Vollendung entgegen. Ein riesiges, weitverzweigtes Eisengerüst bildet die Front und Glasflächen von gewaltigen Dimensionen füllen die eisernen Rahmen aus. Ein neues Warenhaus feiert seine Auferstehung. Gewandte Dekorateurs entfalten Geschmack und Kunst, vollziehen die „Ausmachung“, wenden alle Tricks und Kniffe an, um Straßenpassanten in Schaulustige und Schaulustige in Kauflustige umzuwandeln. Ein Schaufenster mit Galanteriewaren, eins mit Güten, die

kleinsten 70 Zentimeter im Durchmesser, ein drittes mit Stoffen und Koben, schillernd und glänzend, in kunstvollem Faltenwurf, ein viertes mit Spielwaren, mit Puppen, die Rama und Papa rufen und „richtig schlafen“ können usw. Und Kinder bleiben stehen und drücken sich die kleinen Näschchen an den Scheiben platt, und distinguierte Damen geraten beim Anblick der Toiletten in Verzückung und stellen tiefgründige Betrachtungen darüber an, wie „himmlisch“ ihnen doch der weiße Federhut mit seinen 90 Zentimetern Durchmesser „stehen“ müsse.

Die Straße zeigt nun ein einheitliches Gepräge und die beiden Hauswirte rechts und links schmunzeln vergnügt, daß die alte Parade endlich weg ist.

Seelenrettungsversuche bei Kirchenaustrittserklärungen.

Die Einsicht, daß es ein Gebot der Ehrlichkeit ist, nach innerer Loslösung von der Kirche auch die äußere Trennung von ihr zu vollziehen, ist längst nicht mehr auf die Männer beschränkt geblieben. Auch die Frauen gelangen in immer wachsender Zahl zu dem Entschluß, sich offen als gottlos zu bekennen und ihren förmlichen Austritt aus der Kirche zu betreiben. Ebenso mehren sich rasch und immer rascher die jugendlichen Personen beiderlei Geschlechts, die beizeiten aus der Kirche austreten. Bereits mit Vollendung des 14. Lebensjahres wird die „Religionsmündigkeit“ erreicht, und von diesem Zeitpunkt an darf jeder selber über seine Stellung zur Religion entscheiden, also auch nach eigenem Ermessen sich von der Kirche lossagen. Meistlich häufiger als bisher kommt aber auch das vor, daß Eltern schon für ihre nicht religionsmündigen Kinder den Austritt aus der Kirche erklären. Daß das gleichfalls zulässig ist, wird noch nicht mal allgemein bekannt sein, sonst würde die Zahl dieser Fälle sich wahrscheinlich noch viel rascher steigern.

Denen, die die Kirche als ein Bollwerk der bestehenden Klasse gegen die „Begehrlichkeit“ der Besitzlosen zu schätzen wissen, ist diese Loslösung schon der Jüngeren und Jüngsten ganz besonders schmerzhaft. Mit welchem Ingrimm mancher solchen Verlust nachschaut, das zeigt ein Erlebnis, das eine Frau E. auf dem Amtsgericht Berlin-Tempelhof (am Halleschen Ufer in Berlin) hatte, als sie für sich und zugleich für zwei noch nicht religionsmündige Kinder den Austritt aus der Kirche erklären wollte. Sie hatte vorchristlichgemäß die Absicht des Austrittes für alle drei dem Gericht angemeldet, und es waren ihr dann auch für alle drei die Vorladungen zum Termin zugefandt worden. Innerhalb der ihr gestellten Frist ging sie zum Gericht und nahm auch die Kinder mit, weil sie meinte, daß deren persönliche Anwesenheit nötig sei. Im Zimmer 16 legte Frau E. die Vorladungen samt den erforderlichen Ausweispapieren über die Religionszugehörigkeit einem jungen Beamten vor. Der Kommandant, den dieser ihr gegenüber anschlug, erregte ihre Verwunderung, aber den kann man ja auch bei anderen Gelegenheiten in den Bureau unserer Behörden zu hören bekommen. Noch schlimmer erging es der Frau E. im Zimmer 19 mit einem älteren Beamten, dem sie zugeführt wurde. Dieser fixierte sie einigemal, dann begann er sie zu examinieren, und es entwickelte sich zwischen ihm und ihr ein höchst eigenartiges Zwiegespräch. — Der Beamte, die Papiere nehmend: „Sie sind Witwe?“ — Frau E.: „Ja.“ — „Und Sie wollen aus der Landeskirche austreten?“ — „Ja.“ — „Sind das Ihre Kinder?“ — „Ja.“ — Zur Tochter: „Wie alt sind Sie?“ — „Ich bin 13 Jahre.“ — Zum Sohn: „Und Du?“ — „12 Jahre.“ — Zur Mutter, ärgerlich: „Was sollen die Kinder hier! Die brauchen Sie nicht mitzubringen!“ Er fuhr fort zu examinieren: „Wollen Sie übertrreten oder austreten?“ — „Austreten!“ antwortete sie darauf. — „Die Kinder auch?“ — „Ja.“ — Der Beamte, mit strengem Blick und in labendem Ton: „Das macht man doch nicht! Hier kommen Väter her, die aus der Landeskirche austreten, aber sie sagen, ihren Kindern überlassen sie das selber. Und nun wollen Sie solchen Einfluß auf die Kinder ausüben und sie mit aus der Kirche austreten lassen!“ — „Ja, ich bin doch die Mutter! Außerdem brauch' ich gar keinen Einfluß auszuüben. Meine Kinder sind schon so erzogen, daß sie selber wissen, was wir hier wollen.“ — „Ja, ha, ha,“ spottete er, „solche Kinder! Die haben überhaupt noch keinen Willen.“ Dann, väterlich mahnend: „Also nicht wahr, Sie unterlassen das noch? Lassen Sie die Kinder erst ein paar Jahre älter werden, dann können sie es aus eigener Ueberzeugung tun.“ — „Nein! Ich als Mutter wünsche, daß meine Kinder jetzt mitaustreten. Es bleibt ihnen ja überlassen, später wieder einzutreten, falls ihre Meinung sich dahin ändert. Ich denke doch, das kann dann nicht schwierig sein.“ — Der Beamte, unwillig: „Wiedereintreten, wenn sie mal erst draußen sind! Das kennen wir schon!“ Darauf schlug er einen anderen Ton an. Er sagte der Frau E., sie solle sich nur nicht so aufs hohe Pferd setzen, und begann jetzt, ihr Schwierigkeiten zu machen. Frau E. ist selber die Vormünderin ihrer Kinder. „Ich verlange jetzt,“ erklärte der Beamte, „Papiere vom Oberbormundschaftsgericht als Ausweis darüber, daß Sie wirklich die Vormünderin Ihrer Kinder sind.“ Frau E. verabschiedete sich mit kurzem Gruß und wollte gehen. Aber da fuhr der Beamte auf: „Wollen Sie denn nicht selber jetzt Ihren Austritt erklären?“ Richtig! Bald hatte sie's in der Erregung übersehen, daß ihr, wenn sie gleichfalls jetzt ihre Austrittserklärung verschoben hätte, wahrscheinlich die Kosten des vereitelten Termins aufgelegt worden wären. Sie gab ihre Austrittserklärung zu Protokoll und wurde dann entlassen.

Wir können der Frau E. nur raten, sich über den seelenretterischen Eifer dieses Beamten zu besinnen, damit dem Herrn von höherer Stelle klargemacht wird, daß sein Verhalten ungehörig war. Er dürfte in die Absicht der Frau E., für ihre Kinder den Austritt zu erklären, absolut nichts hineinreden. Er hatte lediglich die vorgeschriebenen Formalitäten zu erfüllen und im übrigen zu schweigen. Gegen die Einforderung besonderer Papiere, die ihm erst hinterher als notwendig erschienen, wird am Ende nichts zu

fagen sein. Frau C. wird es sich durch die entstehenden Umstände selbstverständlich nicht verleiden lassen, ihre Absicht der Ausreisungserklärung für die Kinder auszuführen.

Kinematographische Vorstellungen an Sonn- und Feiertagen. Soweit die Bestimmungen über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage die öffentlichen Schaustellungen beschränken, finden diese Bestimmungen auf öffentliche kinematographische Vorstellungen Anwendung. Sie fallen nach Ansicht des Kammergerichts mit unter den Begriff der öffentlichen Schaustellungen. Kürzlich hatte der erste Strafsenat die für die Provinz Hannover erlassene Verordnungsverordnung in einem Strafverfahren gegen West anzuwenden. Sie geht soweit, daß sie öffentliche Schaustellungen u. a. an den ersten Tagen der drei großen Feste verbietet, ohne einen Unterschied zwischen solchen ersten und weiteren Charakter zu machen. Der Senat billigte die Beurteilung des Herrn West, der am ersten Oftertage in seinem kinematographen Theater in Hannover Bilder aus der christlichen Legende vorgeführt hatte. Bei einem so allgemeinen Verbot für die höchsten Feiertage, meinte der Senat, könne es nicht darauf an, daß im gegebenen Falle der erste Charakter gewahrt sei.

Postbahnhof Wäldenstraße. Ein eigener Bahnhof für den Post- und Paketverkehr ist am Schlesischen Bahnhof im Anschluß an den Bau des großen Umladepostamtes in der Wäldenstraße errichtet und seit kurzem in Betrieb genommen worden. In diesem Zweck ist durch Verlängerung eines der Bahnsteige des Schlesischen Bahnhofes ein neuer 200 Meter langer überdachter Bahnsteig geschaffen worden, zu dessen beiden Seiten Gleisanlagen hergestellt sind. Dieser neue Bahnhof dient ausschließlich zur Abfertigung der Postzüge. Von dem Umladepostamt führen Aufzüge nach dem Bahnsteig zur bequemen Beförderung der Pakete von resp. nach den Bahnwagen. Die Gleise für die Postzüge sind völlig unabhängig von denjenigen für die Staatsbahnzüge und mit letzteren zu Rangierzwecken nur durch Weichen verbunden. Die Neuanlage ermöglicht eine weit kleinere Erlebigung des Paketverkehrs. Es können täglich 10 bis 12 besondere Postzüge fertiggestellt und vom Schlesischen Bahnhof abgelassen werden, eine Möglichkeit, die besonders für den bevorstehenden Weihnachtspaketverkehr von großer Bedeutung ist. Der Paketverkehr ist in dem Dezembermonat in Berlin so umfangreich, daß allmählich eine ganze Reihe von Paket-Sonderzügen zu 20 bis 50 Wägen Länge nach den verschiedenen Richtungen des Deutschen Reiches abgelassen werden. Bisher war der Raum zur Verladung der Postpakete ungenügend, und es kam infolgedessen vor, daß die einlaufenden Pakete Stunden hindurch lagern mußten und, weil sämtliche vorhandenen Räume gefüllt waren, auf der Straße zur Auffastelung kamen. Derartige Unannehmlichkeiten werden durch den Bau des Umladepostamtes und des Postbahnhofs Wäldenstraße für die Zukunft gänzlich vermieden. Derselbe Zugang vom Schlesischen Bahnhof nach dem Wäldener Bahnhof in der Wäldenstraße sind durch Tunnelbauten geschaffen und auch bereits dem öffentlichen Verkehr übergeben worden. Von den Bahnsteigen für die Staatsbahnzüge sowohl für die Ost- wie Westrichtung sind Laufgänge über die Frenschstraße hinweg zu den Tunnelanlagen angelegt worden, welche letztere unter dem Bahnkörper der Schlesischen und Stadtbahn nach dem Wäldener Bahnhof führen. Der sehr starke Umsteigerverkehr zwischen Wäldener und Stadtbahn erfährt durch die Neueinrichtung eine wesentliche Erleichterung.

Der Doktoritel als Garant. Vor mehreren Wochen (in Nr. 202 des „Vorwärts“) nahmen wir Bezug auf ein durchsichtiges Inserat im „Berliner Lokalanzeiger“, wonach zur Gründung einer Firma ein „Doktor“ gegen Honorar für die Befähigung seiner Namenshergabe gesucht wurde. Wir gaben dabei gleich der Vermutung Ausdruck, daß der Doktoritel als vorgeschobenes „Mitglied“ den zu ruffenden Goldfischen als Lockspeise dienen könne. Die Auffassung, die unsere Vermutung von Befähigung ist ziemlich schnell gefolgt. Im gestrigen „Lokalanzeiger“ finden wir nämlich eine offenbar von derselben Seite ausgehende Annonce, wonach eine handelsgerichtlich eingetragene Firma mit Doktoritel für 2000 M. abzugeben ist. Ein glattes, leichtes Geschäft, zu dem sich selbstverständlich der erforderliche Dumme finden wird. Wenn er zu spät seinen Reifall bemerkt, mag er sich bei August Schiel für dessen Mithilfe an dem eigenartigen Handel bedanken. Im selben Blatt wird auf dem Wege des Inserats eine „Idee zum Geldverdienen“ gesucht. Es gibt doch noch humoristische Leute in unseren ersten Zeilen!

Die Defraudationen bei den städtischen Gaswerken, über die wir berichteten, sind erheblich umfangreicher, als man anfänglich angenommen hatte. Vorläufig ist festgestellt, daß der Magistrats-Bureau-Geldarbeiter Fritz Hainke, der nur in Vertretung einen Buchhalterposten bekleidet, etwa 20 000 M. veruntreut hat. Doch ist es nicht unwahrscheinlich, daß sich die unterliegenden Beträge noch höher stellen. Die Defraudationen sind vor zwei Tagen durch einen Zufall aus Tageslicht gekommen.

Die großen Unterschlagungen in der Aktiengesellschaft Lutterfall am Kurfürstendamms haben gestern vor dem Kriegsgericht der 1. Kammerinstanz ein Kapitel. Bekanntlich hatte der Buchhalter Prang, der längere Zeit in der Gesellschaft tätig war, es fertig ge- macht, im Laufe der Zeit zum Schaden der Gesellschaft 20 000 M. zu unterschlagen. Er verdeckte die Unterschlagungen dadurch, daß er einestheils Einnahmen mit zum Teil buchte und den Rest in die eigene Tasche steckte. Auch ganze Einnahmen eignete er sich an und buchte sie gar nicht ein. Dagegen schrieb er Ausgabenposten in den Büchern nieder, die gar nicht gezahlt waren. Das Geld wanderte vielmehr in seine eigene Tasche. Da er ein guter Buchhalter der Rechnung war und bei den Weiten hohe Summen verlor, wurden die Unterschlagungen immer häufiger und bald hatten sie die Höhe von 20 000 M. erreicht. Im Sommer d. J. wurden sie endlich entdeckt und er wurde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Das Kriegsgericht hatte gestern darüber zu entscheiden, ob der Angeklagte, der Unteroffizier der Landwehr ist, auch noch fernerhin diese Charge bekleiden dürfe und ob er zu degradieren sei. Das Gericht kam auch zur Degradation des Angeklagten.

Ein Kindermord liegt anscheinend einem Verbrechen zugrunde, der in dem Hause Dreimstrasse 145 gemacht wurde. In einer vorhergehenden Etage des Treppenhofs entdeckte ein Hausbewohner ein Paket, das den Leichnam eines neugeborenen Kindes enthielt. Eingekühlt war der tote Körper in einen Unterrod und in Fettsäure- wasser. Die Leiche wurde nach dem Schouhaus gebracht, wo sie obduziert werden soll.

Am Interesse des radfahrenden Publikums macht der Polizeipräsident darauf aufmerksam, daß die bis zum 1. August d. J., dem Tage des Inkrafttretens der Polizeiverordnung über den Rad- fahrverkehr vom 19. Juni d. J., ausgestellten Radfahrkarten am 1. Januar 1909 ihre Gültigkeit verlieren. Es sind also vom 1. Januar 1909 ab nur noch solche Radfahrkarten gültig, die nach dem 31. Juli d. J. ausgestellt worden sind.

Größter Feuer vom gestern vormittag um 10 Uhr in der Lindbergh- straße 11 zum Glück. Das Feuer kam angeblich durch Unvorsichtigkeit in der Kartonfabrik von E. Jacobson auf dem Hofe des Grundstücks aus und fand an den Wänden u. a. schnell reiche Nahrung. Als der erste Lösungsversuch unter Leitung des Brandinspektors Scheibler an der Brandstelle ansetzte, hatten die Flammen schon eine große Ausdehnung erlangt. Das Personal hatte sich nur durch eilige Flucht in Sicherheit bringen können. Der leitende Offizier ließ sofort nach einige Tage nach der Brandstelle beordern. Mit mehreren Wasserpistolen wurde dann kräftig Wasser gegeben und große Wassermengen in die Glut geschleudert. Das Gebäude blieb am 10 1/2 Uhr einem glühenden Haufen, in dem die Flammen förmlich wühlten. Rauschender Qualm stülte die angrenzenden Gasse und Häuser. Die kleine und jämmerliche Straße war angefüllt von den Rauchgasen der Weir und mußte von der Polizei abgesperrt werden. Erst nach mehrtägiger Tätigkeit konnte die Feuerwehre wieder abrücken. Die Fabrikanten sind total ausgebrannt.

Feuerwehrrachrichten. In der letzten Nacht um 2 Uhr wurde die Feuerwehre bewilligertweise nach der Kurfürststr. 130 alarmiert. Der Täter ist entkommen. Gleichzeitig hatte die Feuerwehre in der Spandauer Straße 70/71 mit einem Zischlerbrande zu tun. Es gelang, den Brand durch kräftiges Wassergeben auf die Zischlerei zu beschränken. Auf dem Boden des Hauses Konfir. 71 brannten Kastragen, der Fuhboden u. a. und in der Schönhäuser Allee 167 Gardinen usw. Hinter dem Hause Lebehofstr. 13 war auf freiem Felde eine Laube in Brand geraten. Der 15. Zug löschte die Flammen mit einer Schlauchleitung.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf. Mit dem Wahlergebnis in der zweiten Abteilung beschäftigte sich am Mittwochsabend eine Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins. Besonders hervorgehoben zu werden verdient, was der im Südbezirk durchgefallene, aber in der ersten Wählerklasse nach aus dem Schilde erhobene Herr Rahmig über den Ausfall der Wahl äußerte. Wir lassen zur Erheiterung unserer Leser die Ausführungen dieses Herrn aus dem „Rixdorfer Tageblatt“ folgen:

„Herr Stadts. Rahmig bemerkte, die bürgerlichen Parteien hätten bei den diesmaligen Stadtverordnetenwahlen gezeigt, daß sie für ihre Interessen nicht das richtige Verständnis besäßen. Namentlich müsse man sich wundern, daß sich wiederum Hausbesitzer gefunden hätten, die sich den Sozialdemokraten zur Verfügung gestellt hätten. Allerdings würden dieselben froh sein, wenn ihre sechs Jahre um sind. Die Laubbild der bürgerlichen Parteien sei lebhaft zu beklagen. So hätten Hausbesitzer nicht gewählt, weil ihnen von Sozialdemokraten der Irrsinn vorgepredigt worden sei, daß ihre Wohnungen leer bleiben würden, wenn sie gegen die Sozialdemokratie stimmen sollten. Aufschmerzte seien aber die Geschäftsleute brangsalariert worden, um für die Sozialdemokratie zu stimmen.“

In dieselbe Kerbe hieb auch der Schmiedemeister Herr Deter. Auch er malte gräßliche Bilder vom Terrorismus der Sozialdemokratie an die Wand. Damit haben sich die Herren wenigstens kostenlos über ihren Reifall hinweggeholfen. Daß ihre Ausführungen von der Wählerschaft ernst genommen werden, dürfen sie wohl nicht erwarten.

Nur das „Rixdorfer Tageblatt“ macht sich die Argumente der Rahmig und Deter zu eigen. Auch dieses Blatt sagt die Sozialdemokratie an. „Jeden Geschäftsmann mit Vohlott bedroht zu haben, wenn er nicht sozialdemokratisch wähle“. Im übrigen gibt das im Dienste der bürgerlichen Parteien stehende Blatt unsere Bemerkungen über den Ausfall der Wahl in der zweiten Abteilung wieder, bis auf die Stellen, die auf die „unparteiische Kampfesweise“ des Blattes Bezug haben. Wir verstehen es, wenn das „Rixdorfer Tageblatt“ darüber hinweggeht und sich mit einer allgemeinen Bemerkung begnügt. Es gehört zum Charakter eines nach außen hin unparteiisch sein wollenden Blattes, alles zu vermeiden, was seinen Profit zu schmälern geeignet wäre. Wir haben es auch nur für unsere Aufgabe gehalten, die teilweise verdeckte Kampfesweise des „Rixdorfer Tageblattes“ niedriger zu hängen.

Die Stadtwahl im Westbezirk der zweiten Abteilung findet am Freitag, den 11. Dezember, von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr abends im Lokale der Vereinsbrauerei statt. Wo dahin wollen unsere Genossen unermüdetlich tätig sein, damit auch diese Mandate Besitztum der Sozialdemokratie werden.

Rathwahl in der dritten Abteilung. Bekanntlich ist der Genosse Wilhelm Schuch in der dritten Abteilung zweimal in der zweiten Abteilung im Südbezirk gewählt. Genosse Schuch hat die Wahl in der zweiten Abteilung angenommen. Es findet daher in der dritten Abteilung in den Bezirken 4b und 17 Rathwahl statt. Der Termin für die Wahl ist auf den 14. Dezember, vormittags von 10 bis abends 7 Uhr, festgesetzt.

Eine traurige Aufklärung hat jetzt das Verbleiben des zwölfjährigen Schulknaben Kurt Ebert, Wobbestraße 14, geklärt. Die Versicherung, daß sich E. ein Zeit angetan hat, hat sich selbster- löst. Nach nahezu sechs Wochen in die Leiche des vermißten Knaben jetzt bei Tempelhof aus dem Tellostank gefunden worden. Der kleine E. hatte sich leinergel nach der Turnhalle von seinen Schulkameraden verabredet und auch von seinen Eltern hatte er vorher schriftlich Abschied genommen.

Schöneberg. Ueber die Reichsfinanzreform sprach in der sehr aufmerksamen Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Egg. An- zurechnen können langgeheute der Redner zunächst die Schulden- wirtschaft der Reichsregierung und deren Ursachen und läßt ab- schließlich eine scharfe Kritik an dem neuen Steuerprogramm. Diefem 600 Millionen-Rückgang, der der arbeitenden Bevölkerung nur wieder neue Lasten aufbürde, könne unter keinen Umständen aus- gemittelt werden. Das ewige Käufen für Arme, Marine und des- gleichen müsse nun endlich eingestellt, desgleichen für die Ein- führung einer Erbschaftsteuer und einer progressiven Reichs- einkommensteuer Sorge getragen werden. Auch an den Abwärtigen könne gepostet werden. Der Referent schloß seinen Vortrag mit der Aufforderung an die Versammelten, die gegenwärtige Zeit zu intensiver Agitation für die Sache der Arbeiterklasse auszunutzen. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion wandte sich Genosse Ritter gegen die Aus- führungen des Finanzministers Preußern von Arnim, die dieser in Bezug auf die Gewerkschafts- und Parteibeiträge der Arbeiter gemacht. Auch Genosse Egg nahm in seinem Schlusswort noch hierauf Bezug. Treffend bemerkte der Redner, der Herr von Arnim wisse ganz gut, daß auch die Konserverialen ihren Kampf nicht mit Weiswasser und Rosenöl führen. Hier scheint wohl mit der Weis mitzusprechen, denn während jene Herren ihre Gelder zur Agitation erst zusammenschmökern müssen, werden die Beiträge der Arbeiter freiwillig geleistet. Im übrigen habe der Arbeiter alle Verantwortung, sich eine bewusste Einmischung in seine Sachen zu verschließen.

In Vereinsangelegenheiten teilte der Vorsitzende noch mit, daß der Genosse Ruten seine sämtlichen Ämter in der Partei niederge- legt habe. Der Vorstand habe deshalb beschlossen, eine Neuwahl für den 1. Schreiffreez fest nicht mehr vorzunehmen, da ja am 1. Januar des nächsten Jahres die Neuwahl des Gesamtvorstandes stattzufinden habe. Die Versammlung erklärte sich hiermit ein- verstanden. Ferner bewies der Versammlungsleiter auf die am Sonntag, den 29. d. M., stattfindende Gewerbegeheimwahl und ersuchte um rege Beteiligung. Genossin Wäumer forderte die an- wesenden Frauen, die noch nicht dem Wahlverein angehören, auf, diesem beizutreten. Genossin Wikert empfahl den Anwesenden die Bemühung in den neuen Rathhäusern (im Tunnel) stattfindende Ausstellung von Jugendliteratur zum bevorstehenden Weihnachts- feste zur gefälligen Benutzung.

Mit einem kräftigen Appell an die Versammlung, die Worte des Referenten zu beherzigen und Refuziten für unsere Partei zu werden, schloß der Genosse Ritter die imposante Versammlung. Ein Baumfall ereignete sich gestern vormittag auf dem Gelände der Englischen Gartenbahn in der Förgauer Straße in Schöneberg. Dort wurden verbleibende Baumstämme abgerissen, auch der Ver- förderung von Material aufgestellte Fahrstuhl wurde aus dem Hand-

genommen. Gegen 10 Arbeiter waren dabei. Die letzte Eisenstange dieses Fahrstuhls, dessen unterer Teil in einem Schacht stand, zu entfernen. Als die Arbeiter auf Befehl des Konzepts die Stange aus der einen Seite des Schachtes lauten wollten, schlug dieselbe um und verletzte die Arbeiter Max Hinf, Arno Heise und Fritz Kähn. Letzterer mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden. Die Arbeiter hatten den Monteur vorher darauf aufmerksam gemacht, daß es sehr bedenklich sei, so wie angeordnet, zu verfahren.

Lichtenberg. Am Sonntag nachmittags von 2-4 Uhr findet ein vom Bildungs- ausbau arrangierter Besuch des Museums für Naturkunde, Ju- biläumstraße 43, statt.

Drohender Konflikt in der Krankenhaußbaufrage.

Die Beschlüsse der gemischten Kommission haben belamlich vor den Augen der Stadtverordnetenversammlung keine Gnade gefunden. Aus der Mitte der Versammlung wurden weitere Terrains in Vor- schlag gebracht, die vorteilhafter und billiger sein sollten. Diese Vorschläge sollte die Kommission prüfen. Nunmehr hat die Kom- mission die von Stadtverordneten gemachten Offerten einmütig als zu teuer und ungeeignet verworfen. Die Krankenhaußbaufrage steht demnach wieder auf dem alten Punkt. Beschlossen wurde, ein Gutachten vom Gesundheitsamt eingeholen über die Luftverhältnisse in der Umgebung des von der Kom- mission früher vorgeschlagenen Platzes und mit dem Ver- käufer über die Herabsetzung des Kaufpreises zu ver- handeln. Ein weiterer Vorschlag, den Stadtpark (früher Dörfchen Park) als Bauplatz in Vorschlag zu bringen und als Ersatz für den Verlust des herrlichen Gumbelbestandes — wohl des einzigen am Orte überhaupt — den Hypothek in der Frankfurter Chaussee als Anlage herzurichten, wurde dem Stadtbauamt zur Begutachtung in Bezug auf den finanziellen Effekt überwiesen. Die Begründung dieses an sich beachtenswerten Vorschlages forderte aber den leb- haftesten Widerspruch unserer Genossen in der Kommission heraus.

Von Interesse ist folgende Erklärung, die Mitglieder des Magistrats einem Kommissionsmitgliede abgegeben haben:

„Wenn auch die Stadtverordnetenversammlung beschließen sollte, dem Verlangen nach einem Bauplatz, der den wirklichen Ver- dürfnissen Rechnung trägt, nachkommen zu wollen, einem solchen Beschlusse würde die Majorität des Magistrats auf keinen Fall beitreten. Gelder dafürten für einen Bauplatz nicht mehr aus- gegeben werden, auch dann nicht, wenn es darum mit der Stadtverordnetenversammlung zum Konflikt und zur Klage käme.“

Der erste Bürgermeister erklärte, daß offiziell ein solcher Bes- schluss nicht gefaßt sei. Es scheint aber, als ob in der Tat die Majorität eine solche Anschauung zur Tat werden lassen wolle.

Daß ein solcher Nachtrag der Herren von „Vest und Bildung“ von unseren Genossen genügend gewürdigt wurde, versteht sich von selbst. Aber wir wollen sehen, wie sich die Stadtverordneten-Versammlung zu dieser Drohung stellen wird.

Rummelsburg.

Die Gemeindevertretung hatte in ihrer letzten Sitzung eine Änderung des Statuts für den Finanzionsverband Lichtenberg-Rummelsburg — die sich durch die Verleihung der Stadtrechte an Lichtenberg in formeller Beziehung erforderlich machte — zu be- schließen. Unsere Vertreter benutzten diese Gelegenheit gleichzeitig zur Stellung zweier Ergänzungsanträge zum Verbandsstatut. Diese Ergänzungsanträge gingen dahin:

1. Die Verbandsauswahlglieder sind verpflichtet, in der Gemeindeförperschaft, von der sie delegiert worden sind, auf Ver- langen mündlichen Bericht zu erstatten.

2. Der Verbands-Voranschlag (Etat) ist auch jedem Gemein- devertreter beziehungsweise Stadtverordneten zuzustellen.

Die Änderungen in formeller Beziehung, wie auch die Er- gänzungsanträge unserer Genossen wurden einstimmig an- genommen.

Zum zweitenmal hatte sich die Vertretung mit einer von der Regierung gewünschten Änderung der vor etwa einem halben Jahr eingereichten aber noch nicht genehmigten Wertzuwachssteuer- ordnung zu befassen. Der Regierungspräsident unter Zustimmung des Ressort- ministers verlangt: daß auch dem Staatsoberhaupt und dem Status ausländischer Staaten, sowie den ausländischen öffentlichen Kassen, Anstalten, Stiftungen und Vereinen Steuerbefreiung gewährt wird. Die bürgerliche Mehrheit stimmte diesem Verlangen do- battelos zu. Dagegen wurde ein Hinweis des Herrn Ressort- ministers, welcher dahin geht, „denjenigen Teil einer Wertsteigerung, welcher länger als 10 Jahre vor dem Inkrafttreten der Wert- zuwachssteuerordnung eingetreten ist, von der Wertzuwachs- steuerung auszuschließen“ — als die Wertzuwachssteuerung „sehr einengend“ bezeichnet, und demzufolge einmütig verworfen.

Das Fremdenverbot für den Besuch der hiesigen Gemein- deschulen durch am Orte nicht einheimische Kinder wurde auf 2,50 Mark pro Monat festgesetzt. Hieraus wurde die Gründung einer technischen Lehrerbildungsanstalt an der lottbolischen Schule, sowie die Gründung einer Oberlehrerschule und je einer Stelle für eine Ober- lehrerin und eine technische Lehrerin an der höheren Mädchenschule und am Lehrerbildungsseminar beschlossen.

Zum Ausbau des Realprogymnasiums beschloß die Vertretung auf Antrag des Gemeindevorstandes, zunächst nur eine Obersekunda und weiter eine Prima ohne Parallelklassen einzurichten.

Die hierzu benötigten Geldmittel, wie die erforderlichen Ober- lehrerstellen wurden bewilligt.

Zu einer scharfen Debatte zwischen unseren Vertretern und dem Gemeindevorstand gab der von demselben beantragte Erri- chung einer 7. und 8. Vorwärtsschule an der Anabermittelschule Bes- anlassung. Zur Begründung dieser recht unverständlichen Vorlage wurde nur ausgeführt, daß denjenigen Schülern, die aus der Volksschule kommen, und die mit dem 14. Lebensjahr die Schule verlassen, die Erziehung der ersten Klasse bereitet würde. Diese mit den tatsächlichen Verhältnissen im trassen Widerspruch stehende Begründung konnte denn auch sofort von unseren Vertretern durch den Hinweis, daß solche ehemaligen Volksschüler, welche mit dem 14. Lebensjahr die Schule verlassen, jetzt sogar 2 Jahre in der ersten Klasse der Anabermittelschule zubringen müssen, gebührend gekennzeichnet werden. Der Bürgermeister konnte hierauf nur er- widern, daß ihm das Material hierzu fehlt, und daß er sich nur auf die Mitteilungen des betreffenden Schulleiters berufen könne.

Im übrigen vertreten unsere Vertreter Ritter, Müller und John in erster Linie den prinzipiellen Standpunkt der Partei in der Schulfrage; sie wiesen dann noch im besonderen darauf hin, daß auch alle namhaften Vorschläge, wie auch fast die ganze deutsche Lehrerschaft, welche doch wohl als die Verufensten in dieser Frage anzusehen sind, sich gegen die Errichtung von Vorwärtsschulen an den höheren Schulen ausgesprochen haben.

Diesem Erfolg schloß nun aber der Reichsanwalt Wernhardt, der heilige Führer der ernannten Gemeindevertreter der ersten Klasse, und erklärte kategorisch — alle Einwände und Neben in dieser Frage sind vollständig irrelevant, die Herren Sozialdemokraten sind als prinzipielle Gegner nicht zu überzeugen, und auch wir lassen uns durch nichts von unserem Standpunkte abbringen. Einige bürger- liche Vertreter wollten trotzdem zu erklären, daß auch sie gegen die Errichtung der beantragten Vorwärtsschulen sind.

Die Abstimmung ergab bei 28 anwesenden Vertretern 12 Stimmen für die Vorlage und 10 Stimmen dagegen. Leider es- mangelte es 4 bürgerlichen Vertretern an dem nötigen Material, um ihre Meinung auch durch Abstimmung zum Ausdruck zu bringen.

Bei der Debatte der Bewilligung der Kosten für die Verblei- bungsarbeiten hielten unsere Genossen den Prinzipienantrag- folgen eine Kommission zu wählen, welche der nächsten Gemeinde-

Betreiberführung Vorschläge zu unterbreiten hat, wie der Arbeitslosigkeit in der Gemeinde Kummelsburg gesteuert werden kann, und wie im besonderen die Not der Arbeitslosen zu mildern sei. Gegen diesen Antrag wandte sich nur der Herr Rechtsanwalt Bernhardt, er gab die prophetische Weissung zum besten, daß die Gemeinde Kummelsburg wieder in der Lage ist, Arbeit zu bieten, noch übrige Gelder zur Milderung der Not auszugeben habe. Nachdem unser Genosse Müller den Antrag noch näher begründet hatte, wurde derselbe mit großer Mehrheit angenommen. In der hierauf festgesetzten Kommission wurden von unseren Vertretern drei gewählt. In der nun folgenden nichtöffentlichen Sitzung wurde einstimmig beschlossen, bei dem Kreisaußschuß den Antrag auf Eingemeindung der zwischen dem Berliner Gasanstaltsgelände und unserer Gemeindegrenze gelegenen Teil der Kummelsburg nach Kummelsburg zu beantragen. Das betreffende Gelände gehört zurzeit zum Gutsbezirk Köpenick-Forst, es befinden sich darauf bereits die industriellen Etablissements von Radge, Nobelhof und die Zentrale der Berliner Elektrizitätswerke.

Schlendorf.
Am Dienstag hielt der Wahlverein seine ordentliche Monatsversammlung ab. Genosse Brähler behandelte in seinem zweiten Vortrage die Gewerbeversicherung; die Ausführungen wurden von der gutbesuchten Versammlung mit großem Interesse verfolgt. Im Dezember wird der dritte Vortrag über die Invalidenversicherung erfolgen, worauf schon hiermit hingewiesen wird. — Aus einem Bericht aus der Gemeindevorstandersitzung ging hervor, daß den Hinterbliebenen der Opfer des Grubenunglücks von Radob 300 M. überwiesen wurden, damit, wie Herr Thonison gesagt habe, die Sozialdemokraten nicht wieder etwas zu reden hätten. Das hierüber zu Sagende soll bei passender Gelegenheit nachgeholt werden.

Schmargendorf.
Ueber „das persönliche Regiment“ sprach in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Hoffmann-Kowalew. Er beleuchtete in eingehender Weise die letzten Vorkommnisse auf der politischen Bühne und ging besonders mit dem persönlichen Regiment und der feigen Haltung der bürgerlichen Parteien in und außerhalb des Reichstages scharf ins Gericht. Die Versammelten bezeugten durch Zwischenrufe und lebhaften Beifall am Schluß des Vortrages, daß sie mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden waren. Eine Diskussion fand nicht statt. Genosse Specht gab den Bericht von der Arbeitslosen-Zählung. Ferner wird darauf hingewiesen, daß auch im nächsten Ort in nächster Zeit eine Agitation für den Achtuhr-Lohnschluß eingeleitet werden soll, wozu sich die Genossen dann zahlreich zur Verfügung zu stellen haben.

Treptow-Baumfäulenweg.
Ein Schachturnen hält die 2 Männer-Abteilung des Turnvereins „Jahn“ (Mitgl. d. Arb.-Turnerbundes) am Sonntag, den 29. November, nachmittags von 3-5 Uhr, in der Turnhalle der 1. Gemeindefchule (Bouchestraße) ab. Freunde und Gönner des Turnvereins sind willkommen.

Schwabbe.
Ueber das Thema: „Der Kulturwert in der Arbeiterbewegung“ sprach in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins für Schwabbe, Zeuthen und Mierdorf Genosse Kimmritz. Der Vortrag fand den Beifall der Versammelten. In der Diskussion wurden noch die Ausführungen des Referenten vom Genossen Wabbe wirksam ergänzt. Dann beschäftigte sich die Versammlung mit dem Antrage der Zeuthener Genossen, behufs besserer Agitation den Wahlverein in zwei selbständige Wahlvereine Schwabbe und Zeuthen-Mierdorf zu trennen. Seitens des Vorstandes wurde der Verammlung empfohlen, von einer derartigen Trennung Abstand zu nehmen. In dieser Angelegenheit wurde dadurch die Agitation infolge Zersplitterung der zur Verfügung stehenden Kräfte nur erschwert, die Klassenverhältnisse verschärfert und die gemeinsamen Aufgaben nicht gefördert werden. Nach einer ausgiebigen Diskussion an der sich die Genossen Wabbe, Neumann, Handke, Kimmritz, Fehring, Mollentzin und Witte beteiligten, wurde der Trennungsvorschlag gegen zwei Stimmen abgelehnt. Nachdem der Vorsitzende unter Beifall der Versammlung den Bescheid des Vorstandes in Sachen Ausschluß des Genossen Hoffmann aus dem Wahlverein mitgeteilt hatte und ein Antrag angenommen wurde, der den Vorstand ermächtigt, in dieser Angelegenheit die notwendigen weiteren Schritte zu unternehmen, erfolgte Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung.

Wettersen.
Bei der Wahl der Arbeitgeberbeisitzer wurden im ganzen 215 Stimmen abgegeben. Es erhielten die Kandidaten des Gewerkschaftskartells 62, die der Gegner 163 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war eine hohe. In den einzelnen Bezirken hatten die Gegner alles aufgegeben, um den Sieg auf ihrer Seite zu haben.

Nieder-Schönhausen.
In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt Genosse Dehner-Waldmanns eine mit großem Interesse aufgenommenen Vortrag über „Die politische Lage und die Pflicht der Sozialdemokratie“.

Unter Vereinsangelegenheiten gab der Vorsitzende Genosse Seckitz bekannt, daß trotz zweimaliger Vorladung die Mitglieder Rauter, Axtl, Liebede, Arbeiter Otto Dreger, Arbeiter Albert Pawlowitz und Arbeiter Gustav Verfert es nicht für notwendig hielten, sich wegen Fernbleibens von der letzten Gemeindevorstandersitzung zu verantworten. Auf Antrag wurden dieselben einstimmig ausgeschlossen. Einen großen Raum in der Debatte über die dringlichen Angelegenheiten und die Agitation am Orte nahm die zeitweise stattfindende „Vorwärts“-Agitation ein.

Die Genossen Weiper und Joachimthal gaben der Auffassung Ausdruck, daß diese dringlichen Agitationskempfe sehr wenig Erfolg haben könnten, da sich niemand ein Bild von dem sonstigen

Inhalte des „Vorwärts“ machen könnte. Durch Verbreitung des ganzen „Vorwärts“ an einigen aufeinanderfolgenden Tagen, an einen bestimmten Kreis von Personen, etwa an alle diejenigen, die bei Wahlen sozialdemokratisch gestimmt hätten, würde man weit bessere Resultate erzielen wie bisher. Es müßten endlich einmal Mittel zur Verfügung gestellt werden, um eine derartige durchgreifende Agitation zu ermöglichen. Sollte die bürgerliche Presse aus dem Hause der vielen Arbeiter herausgedrängt werden, so müßte zu einer derartigen Agitationsform gegriffen werden.

Im allgemeinen wurde auch von mehreren anderen Diskussionenrednern der Wunsch geäußert, bei sich bietender Gelegenheit dem Kreise dementsprechende Anträge durch unsere Vertreter zu unterbreiten. — Des weiteren wurde nochmals darauf hingewiesen, daß der Gemeindevorstand der Anregung unserer Genossen zufolge dem Bauunternehmer des Rathausbaues es zur Bedingung gemacht habe, bei Bedarf die am Ort anwesenden Bauarbeiter zu berücksichtigen. Bei Abweisungen wolle man sich sofort an den Vorsitzenden Genossen Seckitz wenden.

Sohen-Schönhausen.
Persönliches Regiment und neue Steuern lautete das Thema, welches Genosse Dittmer in einer besonders stark von Frauen besuchten Versammlung behandelte. Mit heikendem Spott kritisierte Redner das persönliche Regime und brandmarkt dann die neuen Steuerentwürfe, welche der arbeitenden Klasse wieder neue Lasten aufbürden. Lebhafter Beifall lohnte den Redner am Schluß seiner treffenden Ausführungen.

Verfammlungen.

Deutscher Metallarbeiterverband. In der am Sonntag abgehaltenen Generalversammlung der Verwaltungsjahre Berlin erhaltete der Kassierer Henning die Abrechnung vom dritten Quartal. Die Abrechnung der Hauptkasse schließt in Einnahme und Ausgabe mit 448 642,20 M., die der Lokalkasse mit 787 600,81 M. Für Unterstützungsweide wurden aus beiden Kassen zusammen folgende Posten ausgegeben: An Kranke 120 957 M., an Arbeitslose 184 563 M., an Reisende 6824 M., an Streikende 45 592 M., an Genesende 34 310 M., in Kasernen 16 287 M., bei Umzügen 2205 M., Sterbegeld 2395 M., Rechtschutz 4334 M. — Der Bestand der Lokalkasse ist von 558 770 M. auf 620 906 M. gestiegen. — Für Krankenunterstützung sind im dritten Quartal 10 000 M., für Arbeitslosenunterstützung 50 000 M. weniger gezahlt worden als im zweiten Quartal. Im vierten Quartal oder bei den Aufwendungen für diese beiden Unterstützungsweide wieder. Wie der Kassierer bemerkte, geht aus der Anzahl der eingegangenen Mitgliederbeiträge hervor, daß trotz der Krise eine Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen ist. In den ersten drei Quartalen des Jahres 1908 gingen von männlichen Mitgliedern 2 004 932, von weiblichen 112 174 Beiträge ein. In den ersten drei Quartalen des Jahres 1907 dagegen betrug die Zahl der Beiträge männlicher Mitglieder 1 693 228, der weiblichen 100 923. Es ist also gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von 111 404 Beiträgen männlicher und 271 Beiträgen weiblicher Mitglieder zu verzeichnen. — In der Diskussion wandte sich Hofmeister dagegen, daß der Mitgliederstreik aus der Lokalkasse bezahlt wurde, ohne daß die Generalversammlung danach befragt worden sei. Nicht gegen den Streik selbst, auch nicht gegen dessen Unterstützung aus lokalen Mitteln wolle sich der Redner wenden, sondern nur dagegen, daß die Ausgabe auf die Lokalkasse übertragen worden sei ohne Zustimmung der Mitglieder. — Sohen bemerkte hierzu, die Mitgliederbewegung habe sich so schnell zum Streik entwickelt, daß es nicht möglich gewesen sei, die Generalversammlung wegen der Unterstützung zu befragen. Die Lokalkasse sei deshalb mit dieser Ausgabe belastet worden, weil in diesem Falle nicht alle statutenmäßigen Bedingungen für die Heranziehung der Hauptkasse gegeben waren und die Ortsverwaltung glaubte, deshalb in diesem Falle die Hauptkasse nicht in Anspruch nehmen zu sollen. — Ein anderer Diskussionredner, Scharf, kam auf die Frage der Jugendorganisation zu sprechen. Er trat dafür ein, daß der Verband eine besondere Jugendsektion mit eigener Leitung bilde, damit die Interessen der jugendlichen Verbandmitglieder in wünschenswerter Weise vertreten werden können. — Hierzu bemerkte Sohen: Die Vertretung der gewerkschaftlichen Interessen der jugendlichen Arbeiter sowie der Lehrlingschaft sei natürlich Sache der jugendlichen gewerkschaftlichen Organisation. Diese Interessen habe der Verband schon immer vertreten und tue es auch jetzt und in Zukunft. Auch die Erziehung der Jugend lasse sich die Gewerkschaft angelegen sein. Ueber die Einrichtungen, welche zu diesem Zweck gemäß den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses und des Parteitagess zu treffen seien, hätten sich die in Frage kommenden Instanzen bereits verständigt. Die dringlichen gewerkschaftlichen Interessen sollen Jugendkommissionen bilden. Ob in Berlin eine solche Kommission für alle Gewerkschaften ausreicht sei, oder für jeden in Betracht kommenden Beruf eine besondere Kommission zu bilden sei, werde die Gewerkschaftskommission zu entscheiden haben. — Die Einrichtung einer besonderen Jugendsektion nach dem Beispiel des Transportarbeiterverbandes hält Sohen nicht für nachahmenswert. Im übrigen weiche er von den Beschlüssen der Jugendorganisation darin ab, daß diese meinen, die Jugend müsse sich selber erziehen, während er der Ansicht sei, die Jugend könne nur durch dazu fähige Erwachsene erzogen werden.

Im Vorstande ist das Amt eines Weisthers erledigt. Die Versammlung proklamierte die Kollegen Wegner und Gutschke als Kandidaten für die Weistherwahl, welche statutenmäßig durch Abstimmung vorzunehmen ist.

Freireligiöse Weinstube. Sonntag, den 29. November, vormittags 9 Uhr, in der Halle der Gemeinde, Pappelallee 15-17: Freireligiöse Versammlung, vormittags 11 Uhr in der Schule, Riehm-Brannstraße 61 Vortrag von Herrn Adolf Stern über Wesen und Ursprung des jüdischen Ideals. Herren und Damen sind als Gäste sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. D. 29 Hamburg). Filiale Baumfäulenweg. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Köding, Baumfäulenstraße 67: Mitglieder-Versammlung.
Theater-Vereinigung „Freie Bühne“ (Mitglied des Bundes der Arbeitertheatervereine Deutschlands.) Sitzung jeden Comabend 9 Uhr bei Schöde, Reppenbogensstraße 74. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Die Reichsfinanzreform. Eine nationale Frage. Von Graf E. v. Reventlow. 30 S. Verlag: Deutsche Zukunft in Leipzig.
Concer. Internationale Monatschrift der Vereinigung für Streikforschung. Heft 1. Bureau der Vereinigung, Berlin, Bendlerstr. 13.
Der soziale Gedanke. Beiträge aus den Schriften der Begründer des Sozialismus. Von Dr. jur. C. Dabbs und Dr. phil. C. Max herausgegeben von Ed. Bruckstein. Geb. 1,80 M. Verlag Soziales Erkennen, Dresden A. 16.
Kulturgeschichte des deutschen Volkes. Von Dr. Otto Henne am Rhein, Staatsarchivar in St. Gallen. 1832 aus dem historischen Bildungen im Text und auf 136 Tafeln. Neue billige Volksausgabe in 12 Hefungen a 1 Mark. In zwei Bänden gebunden 18 Mark. Berlin, Hirschfelder Verlag Baumgarten.
Der öffentliche Arbeitsnachweis in der Schweiz. Von Dr. A. Celis. 47 Seiten. Verlag: Rascher u. Co. in Zürich.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 2, zweites Hof, zweiter Eingang, vier Treppen, 10 Uhr abends 7 Uhr wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gestützt 7 Uhr wochentags beginnt die Sprechstunde um 8 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht ertheilt. Für die Verantwortung im Briefkasten sind 14 Tage vorgesehen. Bitte Fragen rasch an die Sprechstunde vor.

C. H. 1. Zur Zahlung würden Sie mir verpflichtet sein, wenn eine Krankenversicherungsanstalt erforderlich wäre. Nehmen Sie die Zahlung unter Hinweis darauf, daß die Lokater Pflege im elterlichen Hause hätte erlangen können, und lassen Sie es auf eine Klage ankommen. Für den Fall einer Klage lassen Sie sich wegen der Streitigkeit der Rechtslage durch einen Anwalt vertreten. Nimmt man an, daß Sie zahlungspflichtig seien, so hebt diese Zahlungspflicht auch nach erhaltener Volljährigkeit der Lokater nicht auf. — **Kontordia.** Unterredung mit dem Redakteur. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Rathaus für die Verhältnisse wohl gekümmert. — **W. G. 1001.** Moralisch ja, nach dem Gesetze nein. — **C. H. 1002.** Das Verhalten der Polizeibehörde ist u. G. nicht gerechtfertigt. Legen Sie Beschwerde bei der Polizeidirektion ein. — **W. G. 17.** Nein. — **C. H. 365.** Nein, es sei denn, daß ein gerichtliches Anerkenntnis der Tatsachen vorliegt. — **V. H. 100.** Die Klage könnte auch von hier aus angelegt werden. Ohne genaue Kenntnis des Sachverhalts können wir Ihnen leider nicht mitteilen, ob die Klage Aussicht auf Erfolg haben wird. — **W. G. 16.** Wenn Kinder und ältere Leute sich nicht wechselfähig zu Erben eingestellt haben, so wären die Geschwister erbberechtigt. Die Hälfte fällt dem Vater zu; außerdem erhält er als Voraus die Hochzeitsgeschenke und das zum gemeinschaftlichen Haushalt konstante Mobiliar. — **C. H. 100.** Nachteiliges über den von Ihnen genannten Verein ist uns nicht bekannt geworden. Außerdem rufen wir, nur dem Reichtum entsprechenden bei Genossen Simonowski, Engelster 15, einzugehen. — **Schmargendorf 100.** Ihre Anfrage ist durch die Zeitschrift Köhler über die Angelegenheit erledigt. — **W. G. 78.** 1. bis 3. Nein. — **W. G. 100.** Es werden nicht die einzelnen Gegenstände, sondern der gesamte Nachlaß geerbt. Nach dem Tode des Erblassers, so erbt das Kind 1/2, die Witwe oder der Blinder 1/2, der Nachlaß. Das persönliche Eigentum des Erblassenden gehört nicht zum Nachlaß. — **W. G. 4.** Das vor 1900 hier angelegte Testament ist, wenn es nicht dem Gericht übergeben ist, ungültig. — **W. G. 1000.** Verjährung liegt nicht vor. Eine andächtige Forderung verjährt erst in 30 Jahren, von der letzten Fälligkeit an gerechnet. — **W. G. 1000.** Liegt der Sachverhalt so, wie Sie ihn schildern, so haben Sie volles Recht den Vertrag gekündigt. Der Arbeitgeber könnte nicht gegen Sie, sondern Sie gegen den Arbeitgeber auf Zahlung des Lohnes für 14 Tage klagen.

W. G. 70. 1. Nein. 2. Ja. 3. Wenn wegen des Ehebruchs die Ehe geschieden ist, so ist die Ehefrau während der Eheverheiratung, jedoch kann das Ehegüterverhältnis des Mannes erteilt. — **W. G. 25.** 1. Nein. Die Veränderung angelegter Forderungen teilt erst in 30 Jahren nach der letzten Fälligkeit ein. 2. Das Kind ist dazu berechtigt. 3. Das Urteil ist einem Gerichtsvollzieher zur Vollziehung zu übergeben. — **W. G. 33.** Leider würde die Forderung des Arztes in Höhe von 15 bis 25 M. für armenheim erachtet werden. — **W. G. 1876.** Da: Gehaltsforderungen sind leider lediglich auf Grund von Arbeitsurteilen auszusprechen. — **W. G. 100.** Ihre Mutter möchte sich direkt mit einer Anwalt Verbindung setzen. Allgemeine Bestimmungen und ein allgemeines Arbeitsnachweis besteht nicht. — **W. G. 8.** Das wäre ungeschicklich. — **W. G. 32.** Fordern Sie nochmals unter Androhung eventuell durch Nachzahlung zu Ihnen, die Abholung des Restes und Abgabe des Inhalts innerhalb einer von Ihnen zu bestimmenden angemessenen Frist und führen Sie diese Forderung eventuell aus. — **W. G. 32.** Nein. Die können nur auf Abnahme klagen. — **W. G. 12.** Ein Antrag auf Annullierung erscheint nicht richtig, wenn mindestens 100 Markien geklebt sind. — **Steuer 555.** Sie müssen bei der Steuerabgabe die Darlegung des Sachverhalts um Niederzahlung der Steuer einbringen. — **W. G. 20.** Nach dem von Ihnen angeführten Paragraphen bleibt der Verkäufer für die Miete hafter. — **W. G. 100.** Da über die Kündigungsgeld nicht vereinbart ist, so können Sie bis am 15. zum Osten als Abmahnung kündigen. Sie haben also für den Monat Dezember nichts zu zahlen. Sollte die Miete Sachen einbehalten, so hätten Sie beim Amtsgericht dagegen zu klagen.

Witterungsbericht vom 27. November 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (Höhe über Meer)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (in Grad Celsius)	Stationen	Barometer (Höhe über Meer)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (in Grad Celsius)
Schwabbe	769,5	SW	4	10,5	Hagenow	747,0	SW	3	10,5
Pankow	769,5	SW	4	10,5	Pankow	751,0	SW	1	10,5
Berlin	769,5	SW	4	10,5	Berlin	769,5	SW	3	10,5
Frankfurt	771,0	SW	3	10,5	Hamburg	761,0	SW	1	10,5
München	773,0	SW	3	10,5	Berlin	773,0	SW	3	10,5
Wien	767,0	SW	7	10,5					

Weiterprognose für Sonnabend, den 28. November 1908.
Troden und vielwolke Wetter, nachts etwas kälter, am Tage wieder mild bei klaren fahrlüchlichen Wintern.
Berliner Wetterbureau.

Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestraße 70-71.

Anlässlich des Weihnachtsfestes verabfolgen wir von

Sonnabend, den 28. November
bis
Freitag, den 4. Dezember

Doppelte Anzahl Sparmarken

Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark
4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch **8 Sparmarken.**

Vorzugspreise in Lebensmittel.

*) Ausgenommen sind einige Artikel.

Unerreicht billige Preise

in

Paletots

In allen Grössen fertig am Lager.

- Ser. I Dunkel melierter Cheviot mit farbigen Streifen . . 12 M.
- Ser. II Marengo-Cheviot, sehr solide Qualität . . . 14 M.
- Ser. III Dunkelgrau mel. Cheviot mit braun, u. grünl. Streifen 17 M.
- Ser. IV Mittelgrau mel. Cheviot m. dunkl. Streif., vorz. i. Trag. 20 M.
- Ser. V Dunkelbraun mel. Cheviot m. farb. Effekten, sehr mod. 23 M.
- Ser. VI Schwarzgrau mel. Cheviot mit feinen dunklen Streifen 24 M.
- Ser. VII Dunkelgrau mel. Cheviot m. br. Fischgr.-Must., a. eleg. 26 M.
- Ser. VIII Eskimo schwarz u. dunkelgrau meliert, vorz. Qualität 26 M.
- Ser. IX Mittelgrau mel. Cheviot m. dunkl. Streif., sehr elegant 30 M.
- Ser. X Braun mel. Cheviot mit br. Fischgr.-Must., sehr mod. 30 M.
- Ser. XI Eskimo, schwarz u. grau meliert, besond. gute Qualität 33 M.
- Ser. XII Dunkelgrau mel. Cheviot in Qual., bes. zu empfehl. 33 M.
- Ser. XIII Olivbrauner Cheviot m. grünlich. Streifen, neue Farbe 35 M.
- Ser. XIV Dunkl. u. mittelgr. mel. Chev. m. schm. u. br. Str., a. eleg. 38 M.
- Ser. XV Eskimo, schwarz u. graumel in Qual., bes. zu empfehl. 43 M.
- Ser. XVI Marengo-Cheviot mit dunklen Streifen, sehr elegant 43 M.
- Ser. XVII Dkigr. mel. Chev. m. br. Streif., u. br. Edif., Era. f. Mass 48 M.
- Ser. XVIII Schw. Eskimo, m. Seide durchw., erstkl. Fbr., Era. f. Mass 48 M.
- Ser. XIX Dunkl. u. mittelgrau mel. Chev. mit dkl. Streif., sehr elegant, erstkl. Ausstattung, vollk. Ersatz für Mass 53 M.

Oben angeführte Artikel sind auf „Koshaar“ verarbeitet, loh ver- und Achsel und erzielen eine Eleganz, die selbst der besten Massarbeit



Unübertroffene Auswahl

in

Ulster

In allen Grössen fertig am Lager.

- Ser. III Dunkelgrau mel. Cheviot mit bräunlichen Streifen 17 M.
- Ser. IV Braun mel. Cheviot mit breitem Fischgrätenmuster und dunklen Streifen, sehr modern . . . 20 M.
- Ser. V Grau mel. Cheviot mit farb. Effekten, sehr elegant 20 M.
- Ser. VI Olivbrauner Cheviot mit grünl. Effektl., neueste Farb 23 M.
- Ser. VII Mittelgrau mel. Chev. m. br. Str., vorz. i. Trag. 23 M.
- Ser. VIII Braun mel. Cheviot mit feinen Streifen 26 M.
- Ser. IX Grau mel. Chev. m. brost. Fischgrätenmuster, sehr eleg. 26 M.
- Ser. X Mittelgrau mel. Chev. m. farb. Ed., besond. z. empfehl. 30 M.
- Ser. XI Olivbrauner Cheviot m. breit. Streifen, neueste Farbe 30 M.
- Ser. XII Mittelgrauer Chev. mit grünl. Effektl., vorzügl. Qual. 30 M.
- Ser. XIII Dunkelgr. mel. Chev. m. br. Fischgr.-tammust., sehr eleg. 33 M.
- Ser. XIV Dunkelbr. mel. Chev. m. grünlichen Streifen, sehr mod. 33 M.
- Ser. XV Marengo-Cheviot mit dunklen Streifen, sehr vornehm 33 M.
- Ser. XVI Olivbrauner Cheviot m. grünlichen Effektl., sehr mod. 38 M.
- Ser. XVII Mittelgr. Chev. m. schm. Fischgrätenmuster, sehr empf. 38 M.
- Ser. XVIII Dunkelgrauer Chev. mit farb. Effektl., prima Qualität 38 M.
- Ser. XIX Dunkelgrau mel. Chev. m. fein. Streifen, Ersatz f. Mass 43 M.
- Ser. XX Mittelgrau mel. Chev. m. dunkl. Streifen, erstkl. Verarb. 43 M.
- Ser. XXI Olivbrauner Cheviot mit breitem Fischgrätenmuster 48 M.

weide dadurch das hässliche Einfallen d. Kleidungs-tückes auf Schulter nicht nachsteht u. sich auch durch jahrelanges Tragen nicht verliert.

Chaussee-Str. 63

D. Perleberg

Ecke Liesen-Str.

Enorme Auswahl in Jünglings-Paletots und Ulster sowie Knaben-Paletots und Pyjacks.

17. Ziehung 5. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 27. November 1908, vormittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

127 352 89 406 70 625 197 899 909 43 1079 931 431
[1000] 817 854 915 2910 140 568 853 339 3050 110 94
319 97 [500] 748 984 4198 237 38 [500] 311 38 85 541 63
779 827 [3000] 926 5192 70 351 453 83 572 78 605 780 88
909 [500] 12 [3000] 6107 625 745 68 807 7070 268 430
[3000] 333 99 [1000] 752 55 72 805 45 8174 344 70 83 84
305 611 [500] 89 90 819 [500] 31 9304 330 651 52 940
10877 11034 103 321 789 837 372 54 510 615 112 740
336 89 [3000] 418 878 13043 102 93 214 540 515 615 740
831 14390 484 572 [500] 718 832 58 15097 171 258 330
843 [3000] 716 36 16132 888 584 58 87 [1000] 17005 34
230 97 [1000] 330 474 729 [5000] 39 336 18077 106 278
406 72 329 [3000] 615 719 90 907 19093 12 173 263 530
62 77 88 981
20088 207 482 [500] 548 603 [1000] 758 931 21022
[500] 328 50 93 423 [3000] 85 560 22431 823 23132 [500]
284 [1000] 385 435 570 417 731 24087 443 615 26 33
25099 320 474 709 30 61 96 991 985 26128 84 312 54
96 506 48 618 61 75 778 861 73 27193 377 606 197 895 928
64 [500] 28900 53 122 83 498 501 [500] 619 33 53 823
82 [3000] 29074 465
30149 780 810 78 31055 57 391 [1000] 342 477 505
792 32057 180 646 724 843 33918 48 [1000] 148 437 [500]
509 834 890 890 34941 [1000] 43 [1000] 78 707 48 35020
93 178 92 499 85 644 58 36033 181 [1000] 307 425 567
70 610 834 [500] 30 37100 [500] 85 200 [500] 31 [500]
344 410 801 38260 [500] 364 483 500 848 39033 44 79
87 127 309 11 515 608 [1000] 78 831 851
40844 87 173 39 385 497 610 42 41118 96 374 887
778 934 967 42037 144 306 844 43073 146 69 85 [3000]
215 987 855 905 74 [500] 79 44318 [3000] 484 380 878 924
45003 214 482 748 908 [500] 46099 181 258 450 560
47183 289 322 1000 [1000] 631 806 [500] 932 48167 360 411
865 73 609 853 922 49109 41 [500] 246 884 707 975
50021 64 96 259 503 809 [1000] 41 51128 73 366
396 575 92 883 916 52037 188 85 [500] 39 48 890 843
329 [1000] 507 64 53087 [1000] 92 131 211 18 898 710
[500] 500 54147 331 923 [500] 59 [3000] 55047 [500] 23
99 [500] 322 58 412 87 572 824 997 56704 837 57108
[3000] 418 780 867 [1000] 58011 188 [1000] 443 58 83
[500] 698 700 83 818 48 59158 56 222 388 [500] 781 70
935 [500]
60978 89 417 848 959 61308 30 89 643 84 803 [500]
63 322 94 62789 [1000] 89 [3000] 811 942 58 63184
64064 176 205 896 585 [500] 848 39 805 65237 288 458
[1000] 97 561 690 746 50 894 79 913 68187 489 538 628
39 994 67098 48 82 84 48 584 585 991 928 59 68149 394
92 391 424 61 513 586 [5000] 758 76 913 [1000] 64 69122
82 [1000] 82 210 559 84 782 911 97
70111 529 77 632 742 71325 657 919 39 72079 396
833 700 [500] 928 73972 85 163 500 508 548 74096
264 210 [3000] 83 336 59 407 88 94 824 901 44 84 75210
83 381 608 33 944 83 89 76122 219 440 [500] 702 77153
[500] 219 309 489 734 54 82 955 78073 341 338 [500] 59
73 415 59 [1000] 41 512 99 825 79140 45 454 535 [1000]
65 743 [500] 859
80181 233 74 96 390 485 618 860 68 81286 543 834
21 89 354 [1000] 82089 277 32 967 751 904 83045 103
263 46 771 82 899 943 57 84000 19 [500] 63 133 35 78
272 233 [1000] 112 33 997 85043 238 86120 396 370 80
450 684 87123 332 81 489 579 [1000] 685 789 [1000]
88146 200 61 302 641 807 35 914 89133 222 39 658
918 58
90187 232 33 557 888 [500] 873 91138 588 [500]
821 88 880 92075 290 477 914 93190 237 933 78 94383
97 322 52 124000 443 74 620 620 [1000] 23 184 95018 118
42 224 844 838 784 96289 219 721 [1000] 67 92784 [3000]
287 97 509 638 98122 [500] 204 71 303 57 571 59 99125
618 64 811 21 20 788 831 61
100192 499 931 [500] 848 990 101139 215 50 80
53 376 17 497 822 54 102784 [3000] 293 514 [3000] 63
897 232 103173 485 [500] 549 713 829 [1000] 33 [500]
104183 961 [500] 512 44 659 105052 215 33 [500] 85
289 432 82 500 35 82 623 40 758 69 997 979 106301 308
412 618 97 808 74 107655 104 374 352 417 33
[500] 645 711 89 801 108602 288 413 606 809 109006
312 378 649 88 702 815 63
110104 92 [500] 122 273 208 115 21 780 70 888 98
111020 248 443 28 [5000] 608 73 [500] 112036 174
509 824 124308 683 92 904 74 92 125113 38 522 76
114184 202 79 656 [500] 832 918 115376 609 34 808
823 [3000] 47 981 116225 33 [500] 375 405 85 647 73
73 838 914 75 [3000] 82 117641 215 85 468 21 90 547
643 57 930 118189 95 286 433 816 119106 356 612 702
849 54 930
120064 200 94 388 522 747 934 75 121800 44 778
94 [500] 944 80 122752 123000 349 [3000] 61 419
683 824 124308 683 92 904 74 92 125113 38 522 76
808 [500] 665 858 90 126209 45 81 201 445 39 744 12736
[500] 289 285 710 91 901 128098 40 43 332 85 749 822 937
129899 411 644 714 81 [500]
130190 701 13 [500] 260 54 462 63 567 649 254
131111 237 275 700 937 132007 [500] 69 271 [500] 414
610 803 138 133000 107 35 808 78 454 737 134379 71 694
745 800 914 135007 [3000] 46 64 66 67 231 373 425 639
802 994 136200 23 67 814 26 43 487 748 803 923 137000
125 48 299 327 624 723 874 [1000] 138095 [3000] 721
623 139232 407 738

140184 [1000] 688 971 141005 72 [500] 81 123

315 530 30 857 718 58 811 820 142111 39 76 358 778
143300 572 608 816 70 144090 181 34 [500] 28 30 409
629 31 73 86 167 886 145331 931 796 802 [1000] 146101
216 427 890 758 147264 734 [1000] 61 807 984 148384
149091 [1000] 906 11 60 308 811 731 65 888
150089 127 96 499 864 733 907 151196 388 888
780 872 152037 83 146 404 31 448 89 153688 833
912 89 [1000] 154194 85 234 395 43 67 887 155044 175
93 228 525 611 774 156209 [500] 371 881 120 80 829
[500] 60 157093 253 441 [3000] 73 640 158394 460 97
331 25 883 924 159148 321 [500] 402 390 [500] 699
160063 210 98 569 783 924 60 77 161041 304 24
59 499 [3000] 629 44 162119 206 312 45 785 163087
194 328 86 361 507 [1000] 19 [500] 56 707 802 164150
304 486 [500] 588 [500] 50 163248 49 [500] 806 692 770
84 [500] 831 166097 429 800 2 17 823 902 19 25 42
167065 190 544 56 782 74 814 67 168018 41 431 73
738 [1000] 882 169169 257 430 68 50 710 806 519
170102 904 323 823 45 915 28 59 171201 23
421 907 49 675 811 962 172248 61 72 361 72 927 173034
46 217 221 474 702 16 73 174253 [500] 215 809 616
928 34 175120 [1000] 555 68 213 974 176481 97 [3000]
563 608 56 966 [500] 177008 62 116 70 246 356 80 [500]
444 702 818 178015 [1000] 260 [500] 77 301 569 747
360 927 81 179027 229 901 33
180160 91 307 454 77 92 98 598 87 668 887 181152
780 [1000] 65 [3000] 182040 167 435 804 735 808 941
183094 191 [500] 375 441 47 694 [1000] 978 184007
56 346 561 64 [500] 797 185067 348 481 715 42 974
186010 267 87 873 [1000] 469 262 [1000] 266 200
187125 93 [500] 214 331 545 90 628 188196 224 239
403 48 977 189090 479 839
190076 387 768 191478 192064 358 484 78 682
817 [3000] 193028 190 215 35 320 [500] 737 817 194314
78 607 28 90 [1000] 719 883 [1000] 995 195250 553 828
908 196239 154 916 [500] 384 371 580 831 63 734 [500]
808 921 30 197151 311 10 480 602 782 808 195004 49
[500] 81 894 87 462 694 784 85 894 [500] 199037 73
194 74 528 506 [500] 44 50 81 603 43 [500] 51 63 [500]
701 949
200121 89 558 [1000] 815 [500] 848 201149
[1000] 430 516 641 71 846 940 55 202192 577 671 812
945 78 80 203084 65 129 274 439 98 529 431 33 916
204121 53 24 210 77 401 53 531 49 826 36 102 205328
45 598 791 838 44 79 93 948 [1000] 206078 37 149 70
[3000] 321 455 74 551 701 35 896 207006 [500] 42 157
335 948 208170 73 230 539 46 25 481 [500] 77 [500] 517
618 389 209119 274 438 678 943
210029 313 545 76 700 908 86 211047 712 [500]
30 405 533 689 719 821 229 212026 567 806 564 213301
[500] 326 [500] 73 596 924 214127 471 35 398 713 950
215111 307 309 75 508 778 891 900 216055 631 76
90 [500] 737 50 800 59 28 217905 470 827 772 811 38
218390 [1000] 884 90 843 56 70 219124 73 638 752 445
220084 89 235 441 625 45 718 590 82 221181 611
870 906 [1000] 222025 468 505 606 217 223029
224109 285 [500] 361 76 418 [1000] 31 90 470 296 801
2252008 30 295 374 694 712 14 28 59 379 226187
252 [500] 260 84 630 73 [500] 715 87 227023 654 578
758 [1000] 800 48 [1000] 228200 28 317 99 317 44 83
844 62 229288 68 50 523 23 25
230078 [3000] 166 232 62 402 564 758 81 830 80
2321201 60 402 726 884 902 232777 248 738 971
233197 377 430 11 537 81 [500] 710 978 [1000] 77
234157 74 212 608 34 822 84 98 998 235054 625 80 707
881 971 46 236074 588 70 237191 [1000] 358 49 411
640 41 784 [1000] 878 970 238099 106 [3000] 847 [500]
503 718 82 89 239429 679
240076 166 378 507 45 718 694 [1000] 913 37 [500]
241038 87 [1000] 387 484 [3000] 512 88 738 [3000] 818
242388 642 312 92 243017 123 [1000] 389 479 330 502
244001 33 119 [1000] 306 525 388 [3000] 63 [500] 62
245387 452 552 601 882 [500] 246011 703 51 850 487
800 941 247000 155 282 77 378 579 808 911 248008
[3000] 504 824 249100 66 87 305 3 496 210 29 59 717
19 823 [3000] 81
250007 70 87 865 86 798 895 906 251507 721
252008 54 190 200 348 89 418 711 36 21 844 334 253068
126 323 62 468 93 534 871 49 [500] 925 254153 88 388
[500] 717 387 93 255417 84 93 508 601 [3000] 818 256373
648 257156 442 659 727 [1000] 804 29 [1000] 258426
21 602 842 259080 234 77 368 321 694 740 829
260171 78 394 [500] 409 648 811 261021 128 [500]
70 97 279 505 682 67 87 859 994 [1000] 262187 267 513
606 134 80 815 857 [1000] 78 263154 [3000] 63 300 97
599 707 260 264101 472 732 [500] 89 [1000] 265317 81
[1000] 498 558 87 [1000] 610 924 266145 227 486 874
80 267117 314 [1000] 430 580 90 702 833 [3000] 268483
37 44 602 997 269000 109 216 95 428 77 [1000] 677
83 935
270171 [500] 475 280 [500] 865 271121 41 228 83
453 [1000] 597 622 743 82 272144 281 460 88 677 706
870 597 273157 258 [1000] 508 19 822 72 274500 784
[3000] 62 923 1200 [1000] 275051 88 164 90 407 583
842 935 276096 146 62 215 [1000] 338 435 32 611 710
277127 328 38 542 607 737 [500] 99 915 22 278013 109
213 40 [500] 501 633 945 74 279150 728 324 263 615
280169 77 320 48 228 406 254 281706 89 96 [1000]
554 88 997 779 522 282085 429 670 74 95 903 [500]
283784 [1000] 848 968 284000 163 400 788 285013
122 805 806 84 [3000] 285 286142 40 287735 83 507
728 849 [1000]
Im Gewinnrade verbleiben: 1 Prämie zu 300.000 M.,
1 Gewinn zu 100.000 M., 1 zu 75.000 M., 2 zu 50.000 M.,
2 zu 40.000 M., 2 zu 30.000 M., 10 zu 15.000 M., 20 zu 10.000 M., 44 zu 5.000 M.,
713 zu 2.000 M., 1104 zu 1.000 M. je 500.

17. Ziehung 5. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 27. November 1908, nachmittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

660 584 [3000] 928 64 87 1407 530 [3000] 26 311 90
80 871 2070 306 83 74 461 84 525 42 [1000] 650 888 3186
[500] 214 449 500 9 902 4107 224 402 88 92 [500] 516
[3000] 607 746 5034 38 72 368 431 55 [500] 827 [500] 90
6017 138 9

Die Pariser Mordaffäre Steinhell

Hält gegenwärtig die Öffentlichkeit in Spannung. Um unsere Leser über den Fall zusammenhängend zu informieren, teilen wir noch einmal in Kürze die Vorgeschichte dieser Mordaffäre mit. In der Nacht zum 30. Mai wurden in ihrem einsam zwischen Gärten gelegenen Hause in der Sadgasse Konfin der Maler Adolphe Steinhell und seine Schwiegermutter, Frau Japy, ermordet. Ein junger Diener, Rémy Couillard, der um 8 Uhr morgens die Zimmer betrat, fand zuerst Frau Steinhell rächelnd, mit Bindfäden am Pfosten ihres Bettes festgebunden, unfähig zu sprechen, da der Mund mit blutiger Watte vollgestopft war. Rémy Couillard stürzte ans Fenster und schrie um Hilfe, und während er Frau Steinhell lösband, entdeckten ein in der Nachbarschaft wohnender Künstler und ein Polizist, die auf die Hilferufe herbeigeeilt waren, die Leichen des Malers Steinhell und der Frau Japy. Der Maler und seine Schwiegermutter waren mit dünnen Striden erdrosselt worden. Die Schränke waren erbrochen und ausgeraubt. Hatten die Mörder es auf den Raub abgesehen, so mühte es zweifelhaft erscheinen, daß sie zum Hause gehörten, denn Herr und Frau Steinhell wollten am nächsten Tage nach ihrem Landhause übersiedeln, wo ihre 10jährige Tochter bereits weilte, und Diebe, die mit den häuslichen Vorgängen vertraut waren, hätten vermutlich noch die 24 Stunden gewartet.

Bald darauf wurde der Diener Steinhells unter dem Verdacht, den Mord ausgeführt zu haben, verhaftet. Gestift wurde der Verdacht, weil in der Tasche des Dieners die Ringperle Steinhells gefunden wurde. Jetzt, nach langer Zeit, ist erst Licht in die dunkle Affäre gekommen. Das Rätsel des Mordes ist von der Frau des Ermordeten selbst gelöst worden. Bereits in der vorgestrigen Nacht hatte Frau Steinhell gegenüber zwei Journalisten, und zwar einem Redakteur des „Matin“ und einem Redakteur des „Echo de Paris“, in einer dreistündigen qualvollen Unterredung endlich das Geständnis abgelegt, daß sie es selbst gewesen ist, die die Perle in die Brieftasche ihres Kammerdieners gesteckt hat, um den Verdacht auf ihn zu lenken. Sie machte den Mörder ihres Gatten und ihrer Mutter namhaft und bezeichnete als den Mörder der Sohn ihrer Köchin namens Alexander Wolff.

Am Donnerstag früh wurde Frau Steinhell vom Untersuchungsrichter vernommen und gab zu, die Perle in die Brieftasche des Kammerdieners Couillard gebracht und einen Diamanten auf dem Boden verstreut zu haben, um die Gerichtsbehörden irreführen. Sobald Frau Steinhell die ersten Geständnisse abgab, unterzeichnete der Untersuchungsrichter den Freilassungsbefehl für Couillard. Nach dem Verhöre konfrontierte der Untersuchungsrichter Frau Steinhell mit der Köchin Mariette Wolff. Die Konfrontation verlief sehr bewegt, ergab aber kein Resultat. Auch der Sohn der Köchin, Alexander Wolff, wurde Frau Steinhell gegenübergestellt, wobei diese ihre Beschuldigung aufrecht erhielt, während Wolff zu leugnen fortfuhr.

Wolff und dessen Mutter Mariette Wolff wurden darauf in Haft genommen. Am Freitag wurde auch Frau Steinhell in das Gefängnis eingeliefert und gegen sie die Anklage wegen Mordes erhoben. Wolff ist, nachdem eine Durchsuchung seiner Wohnung keinerlei belastendes Material zutage gefördert hat, endgültig aus der Haft entlassen worden.

Manche Blätter, wie das Journal „Liberté“, erinnern jetzt an die besonderen Vorkommnisse beim Tode des Präsidenten Faure, die, wenn sie wahr sind, in Anbetracht der jetzigen Umstände gewissermaßen als Enthüllungen wirken werden.

Am 17. Februar 1899 empfing Präsident Faure um 6 Uhr nachmittags den Besuch der mit ihm befreundeten jungen Frau Steinhell und führte sie in ein Zimmer, das an sein Arbeitskabinett anstieß. In einem weiteren benachbarten Salon befand sich der Chef des Sekretariats des Präsidenten, Le Gall, und in einem dritten Gemache einer der Ordonnanzoffiziere, der gerade den Besuch eines Verwandten, eines Arztes, bei sich hatte. Plötzlich hörte Le Gall einen Schrei. Er öffnete die Tür und fand den Präsidenten Felix Faure in seinem Lehnstuhl ohnmächtig liegen. Vor ihm stand zum Tode erschrocken Frau Steinhell. Beim Eintreten des Sekretärs fiel sie in Ohnmacht. Der Sekretär rief den Ordonnanzoffizier um Hilfe, der sofort den ihn besuchenden Arzt holte. Dieser stellte fest, daß Präsident Faure an einem Herzschlage infolge Adrenoverfälschung plötzlich verstorben sei. Der Präsident rückte noch, der Arzt erklärte aber, daß jede Hilfe vergebens sei. Man legte den Präsidenten auf eine Matratze

auf den Boden. Frau Steinhell wurde durch eine Hintertür aus dem Hofe hinausgeführt und in einem Wagen nach ihrer Wohnung gebracht.

Manche Blätter behaupten deutlich, daß Präsident Faure zu Frau Steinhell engere Beziehungen unterhalten habe. „Liberté“ erinnert daran, daß der Frau Steinhell befreundete Untersuchungsrichter Demercier gelegentlich eines Alpenwanders sie mit Felix Faure, zu dem sie später in besonderen Beziehungen gestanden hat, bekannt machte. Was von all diesem wahr ist, wird wohl nie sicher bekannt werden, zur Beurteilung der Frau interessiert es jedoch auch als Gerücht. Ueber den mutmaßlichen Geliebten der Frau Steinhell wissen die Blätter zu melden, daß sich unter den Bekanntschaften des Ehepaars Steinhell auch ein reicher Industrieller befand, der die Scheidung des Steinhell erwartete, um die Frau zu heiraten. Steinhell wollte aber in eine Scheidung nicht willigen. Dieser Bewerber hatte keine Kenntnis von dem geplanten Verbrechen, dessen Ausführung Frau Steinhell der allgemeinen Ansicht nach einem ihrer Hausgenossen übertragen hat.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 28.11., seit 25.11., and another set of columns for specific locations like Remel, Ullst, Regal, Inkerburg, etc.

+ bedeutet Hoch, - Niedr., - ? Unterpegel, - ? Eisstand, - ? Eisfeld, oberhalb von Thorm Eisstand.

H. JOSEPH & Co.

Berliner Straße 54-55

RIXDORF

Berliner Straße 54-55

Weihnachtsverkauf.

Außergewöhnlich preiswertes Angebot in allen Abteilungen! Spielwaren-Ausstellung

Gratis verabreichen wir bei Einkauf von 2 M. an, unseren Kalender für 1909 in Form einer reizenden Zeitungsmappe Gratis

Advertisement for W.E. V.B. Weihnachts-Kommission Nr. 48. Includes a circular logo with 'W.E. V.B.' and a list of products like '1 Pfund in Kochzucker', '1 Pfund in Mehl', etc.

Advertisement for Monigkuchen-Stadt-Kommission Nr. 46. Includes a list of products like '3 Pfund in Kochzucker', '1 gr. Pack braune Lebkuchen', etc.

Advertisement for H. Marcus Restbestände. 'Um die noch vorhandenen großen Restbestände des Kaufhauses H. Marcus bis Weihnachten vollständig zu räumen, sind die Preise nochmals wesentlich herabgesetzt!'. Lists various clothing items like 'Damen-Kostüme', 'Mädchen-Kleider', etc.

Advertisement for Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41.

Advertisement for Arbeiter finden für den Winter. Gute und billige Unterkleider in großer Auswahl. Brunnenstr. 153, Gelber Laden.

